

Disruption

No 102 | Oktober 2024

IRS AKTUELL

Magazin für Raumbezogene Sozialforschung

Disruptiven Wandel erforschen

Tesla in Brandenburg

Abzug der sowjetischen Truppen

Disruptionen ländlicher Räume

Urbane Resilienzstrategien

Kriegszerstörung als Gelegenheit

4 Medienspiegel

6 Stillstand und Beschleunigung



12 Konflikte um die Gigafactory: Teslas Disruption

18 30 Jahre nach dem sowjetischen Truppenabzug: Ein vergessener Teil der „Wende“?



24 Wie disruptiv ist ländlicher Wandel?



30 100 resiliente Städte

38 Im Gespräch: Elisa Kochskämper und Lars Wiesemann

44 Zerstörung als Gelegenheit

NACHRICHTEN

23 KOMMENDE VERANSTALTUNGEN

51 INSTITUTSNACHRICHTEN

Prof. Dr. s.c. Rolf Kuhn war der Impulsgeber einer ideenreichen Gestaltung von Bergbaufolgelandschaften in der Niederlausitz

52 „Ein Ökosystem für Sozialunternehmen“
Interview mit IRS-Wissenschaftler Ralph Richter

53 Online-Ausstellung „Zwangsräume“ für Grimme-Publikumspreis nominiert

IRS unterzeichnet Charta der Vielfalt

54 Land Brandenburg investiert am Forschungsstandort Erkner

IRS-Beschäftigte besuchen Eisenhüttenstadt

55 FORSCHUNG

57 PUBLIKATIONEN

61 VERANSTALTUNGEN

64 ALUMNI-INTERVIEW MIT ARIANE SEPT

66 PERSONALIEN

72 KONTAKTE

73 IMPRESSUM

Liebe Leserinnen und Leser von IRS aktuell,

bevor wir zu den großen gesellschaftlichen Erdbeben kommen, möchte ich von einer kleinen Disruption berichten, die mich persönlich sehr freut. Seit August 2024 wird am Hauptgebäude des IRS gearbeitet. Lärm, Staub und Dreck am Arbeitsplatz fördern nicht unbedingt die Produktivität, aber dieses Mal sehen wir unmittelbare Fortschritte: Reihe für Reihe werden die in den 90er-Jahren eingesetzten Fenster entfernt und durch moderne und zugleich denkmalchutzgerechte Fenster ersetzt, die eine stark verbesserte Wärmedämmung bieten und unserem historischen Gemäuer viel besser zu Gesicht stehen. Die großen Umbauten beginnen dann 2026. Wir halten Sie auf dem Laufenden.

Unser Titelthema „Disruption“ braucht eigentlich keine Einführung mehr, die Welt ist schließlich voll davon. Aus sozialwissenschaftlicher Sicht sind Disruptionen aber noch viel zu wenig ausgeleuchtet. Uns interessiert die Rolle von disruptiven Ereignissen im sozial-räumlichen Wandel. Wir sind daran gewöhnt, Pandemien, Extremwetter oder auch die jüngsten Durchbrüche des Rechtspopulismus als Gefahren anzusehen, gegen die wir uns wappnen müssen – und das sind sie zweifellos. Aber eben nicht nur. Unser aktuelles Forschungsprogramm, das unter dem Titel „Disruption – kritische Momente sozial-räumlichen Wandels“ steht, nähert sich dem Thema ergebnisoffen. Wir fassen auch die Möglichkeit ins Auge, dass disruptive Situationen kreative Kräfte freisetzen, die Fortschritt ermöglichen, und damit den organisierten Stillstand (denken wir etwa an die Klimapolitik) aufbrechen. Apropos: Halten Sie sich am besten schon einmal den 26. und 27. Juni 2025 frei. Dann findet in Berlin das nächste Raumwissenschaftliche Kolloquium statt. Darin thematisieren wir die unangenehme Diagnose, dass momentan sozial-ökologische Transformationen erstickt werden, bevor sie richtig angefangen haben.

In dieser Ausgabe geben wir Einblicke in verschiedenste Forschungsprojekte des IRS, die alle gemein haben, dass sie disruptive Dynamiken im Kontext sozial-räumlichen Wandels in den Blick nehmen. Ab Seite 24 reflektiert Gabriela Christmann, die diese Ausgabe wissenschaftlich betreut hat, gemeinsam mit Jae-Young Lee über disruptiven und nicht-disruptiven Wandel in ländlichen Regionen. Der Beitrag sticht insofern heraus, als er einen weiten Bogen über viele Jahre Forschung zu ländlichen Räumen spannt. Das ist kein Zufall. Diesen September ging Gabriela Christmann in den Ruhestand. Sie hat als Abteilungsleiterin und später Forschungsgruppenleiterin die Forschung des IRS zu Raumpionieren und sozialen Innovationen in Landgemeinden vorangetrieben. Sie hat als stellvertretende und in einer Übergangszeit auch als kommissarische Direktorin Verantwortung für das IRS übernommen. Und sie hat es verstanden, international ausgerichtete, exzellente Forschung mit einem intensiven Beratungsdialo g mit Praxisakteuren zu verbinden, vom Landbürgermeister bis zur EU-Kommissarin. Ich danke ihr herzlich für ihren Einsatz.

Nun wünsche ich Ihnen eine anregende Lektüre

Ihr Oliver Ibert
Direktor des IRS



DER SPIEGEL

01.05.2024

„Die Westdeutschen hätten auf die Ostdeutschen zugehen müssen“

SPIEGEL: Frau Brückweh, die Ostdeutschen wachten am 3. Oktober 1990 in einem anderen Staat auf. Doch der gesamtdeutsche Staat erhielt schließlich keine neue Verfassung. Warum? Brückweh: Es fehlte an Mut. Mancher warnte schon damals vor langfristigen Folgen für das Gemeinwesen, und zwar im ganzen Land. [...] Die gängige Erzählung geht so: Das Grundgesetz funktioniert hervorragend, das muss man nicht ändern. Deshalb wird nun der 75. Geburtstag dieser Verfassung gebührend gefeiert – obwohl sie in einem großen Teil des Landes erst seit 34 Jahren gilt.

Abgeholt – Wissenschaft in vollen Zügen

29.05.2024

Der ländliche Raum als Vorreiter für Veränderung

Wie entsteht Neues? Neues Wissen? Neue Prozesse? Prof. Dr. Suntje Schmidt vom Leibniz-Institut für Raumbezogene Sozialforschung in Erkner beschäftigt sich mit Veränderungsprozessen im ländlichen Raum. In ihrer Forschung spielen innovatives Handeln, Wert von Arbeit und Bürgerwissenschaft wichtige Rollen. So werden Themen aus verschiedenen Perspektiven zusammen mit Bürgerinnen und Bürger beleuchtet. Teils so lange, bis „Prozesse fliegen gelassen werden“. Was sie damit meint, erzählt sie uns in unserem Wissenschaftspodcast aus dem fahrenden Zug.

Deutschlandfunk

06.07.2024

Ein Plattenbauviertel kämpft gegen den schlechten Ruf

Halle-Neustadt wurde zu DDR-Zeiten als Musterstadt geplant. Für die ersten Bewohner war es damals Glück, im neuen Komfort unterzukommen. Seit der Wende dominiert Armut das Viertel. Doch es gibt viele, die sich gegen die Chancenlosigkeit stemmen. „[...] Einst als Chemiarbeiterstadt gegründet, gilt sie heute als sozialer Brennpunkt: Die Plattenbausiedlung Halle-Neustadt. [...] Hier treffe ich einen Städteforscher, der ein Buch über Halle-Neustadt geschrieben hat, oder besser gesagt, ein Buch über die soziale Spaltung in ostdeutschen Großstädten. Und die These von Matthias Bernt lautet: Ostdeutsche Großstädte sind stärker gespalten als westdeutsche Großstädte.“

BR PODCAST

27.08.2024

Pandemien, Kriege, Klimawandel

Klar und verständlich, transparent und nachvollziehbar, so sollte die ideale Krisenkommunikation aussehen, sagen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler. Das klingt leicht, ist es aber nicht. Denn in vielen Krisen, wie beispielsweise während der Coronapandemie geht es darum, unterschiedliche Informationen zu transportieren, und auch viel Unwissenheit. Das ist für diejenigen, die entscheiden müssen, in den Ministerien und Behörden ein Dilemma: Wie klar und verständlich kommunizieren, wenn gar nicht klar ist, worum es geht? [...] „Als erstes möchte ich ganz allgemein verstehen: Was überhaupt ist eine Krise im wissenschaftlichen Sinn? [...] Professor Oliver Ibert forscht in Erkner am Leibniz-Institut für Raumbezogene Sozialforschung über Krisenkommunikation. [...]“

Chance, aber kein Selbstläufer

Inzwischen ist es offiziell: Wenn es nach dem Senat geht, wird Berlin eine weitere Internationale Bauausstellung (IBA) veranstalten – es wäre die dritte nach den West-Berliner Events von 1957 und 1984/87. Loslegen möchte man baldmöglichst und diesmal in Kooperation mit Brandenburg. Wenn alles glatt läuft, fällt die Präsentation der Resultate in die 2030er Jahre und damit in ein Jahrzehnt, in dem sich Schwarz-Rot wahlweise auch eine Weltausstellung (2035) oder gar Olympische Spiele (2036 oder 2040) vorstellen kann. [...] Die Hauptstadt sieht sich zwar gerne als Vorreiter innovativer Stadtentwicklung, hinkt aber, was die Umsetzung angeht, im internationalen Vergleich seit Jahren hinterher. Und so sehr man es sich wünschte: Diese Kluft mit einer IBA zu schließen, wird kein Selbstläufer. [...] Christoph Sommer ist Geograf und arbeitet am Leibniz-Institut für Raumbezogene Sozialforschung (IRS) in Erkner. Er forscht schwerpunktmäßig zu Stadtentwicklungspolitiken und Planungskonflikten.

Schwierige Suche nach bezahlbarem Wohnraum in Thüringen

Im Frühjahr stellte die linksnahe Rosa-Luxemburg-Stiftung die am Institut für Europäische Urbanistik der Weimarer Bauhaus-Uni entstandene Onlinestudie „Soziale Wohnraumversorgung in Thüringen. Herausforderungen und Möglichkeiten der Landesebene“ der Wissenschaftlerin Lisa Vollmer vor. [...] Seitdem ist fast ein halbes Jahr vergangen. Vollmer wechselte nach neun Jahren in Weimar inzwischen ans Leibniz-Institut für raumbezogene Sozialforschung in Erkner bei Berlin. Signale aus Thüringen über politische Unterstützung oder konkrete Initiativen für eine LWG empfangte sie dort nicht, sagt sie auf Nachfrage.

Research Cutting-Edge

The natural and social sciences are making well-known use of applications for mapping and drone imagery. Soon historians, too, may be adding them to their toolkit of materials. A group of researchers at the Leibniz Institute for Research on Society and Space (IRS) based in Erkner, near Berlin, is studying how geodata – for example, from both recent and historical maps as well as drone imagery – can enhance historical research. [...] The pilot project could help historians compare historical maps with modern aerial footage in order to examine spatial change and its social ramifications over time.

TAGESSPIEGEL

31.08.2024

Vor 30 Jahren zogen die Sowjettruppen ab

Runde Jubiläen haben eine seltsame Kraft, historische Ereignisse aus dem Nebel der Geschichte kurzzeitig herauszuholen. [...] Ich forsche zur Konversion von militärischen Flächen nach dem Abzug der ehemals sowjetischen Truppen aus dem Großraum Berlin. Wenn ich davon erzähle, wird oft gefragt, ob man dieses historische Ereignis mit einem Datum verbinden kann. Dass es der 31. August 1994 war, ist den wenigsten bekannt. Nicht einmal das Jahr hat einen festen Platz in der deutschen Erinnerungskultur.

Stillstand und Beschleunigung



Das Thema Disruption verbindet verschiedene Forschungsaktivitäten des IRS zu sozial-räumlichem Wandel. Doch was ist mit dem Begriff genau gemeint? Wie wirken disruptive Ereignisse langfristig, und wie kann die Gesellschaft sinnvoll darauf reagieren?

*Text von
Prof. Dr. Oliver Ibert*

Am 22. Juni 2020 sollte in der Geschäftsstelle der Leibniz-Gemeinschaft in Berlin-Mitte ein Symposium mit dem Titel „Disruption: Sozial-Räumliche Transformation zwischen Veränderung und Bewahrung“ stattfinden. Es sollte meine feierliche Einführung als Direktor des IRS werden. Räume waren gebucht, Referenten hatten zugesagt, Einladungen waren versendet, Catering bestellt. Im März musste die Veranstaltung dann „pandemiebedingt“ – so lautete die Vokabel, die uns von nun an für fast zwei Jahre verfolgen sollte, – ersatzlos abgesagt werden. Die Ironie blieb uns nicht verborgen. Die COVID-19-Pandemie unterbrach auch einen umfassenden Strategieprozess, den das IRS gerade erst begonnen hatte, und dem wir uns nun intensiv widmen wollten. Stattdessen: Krisenstab, Institutsschließung, Homeoffice, Hygienekonzept und die Erkenntnis, wer die wirklich systemrelevanten Arbeitskräfte in einem Forschungsinstitut sind.

Zu diesem Zeitpunkt hatte das IRS bereits seit mehreren Jahren über die Dynamiken von Krisen geforscht. Ausgangspunkt war die Beobachtung, dass Krisen sich häufen und immer mehr unseres gesellschaftlichen Handelns unter dem Eindruck von sich teils überlagernden Krisen stattfindet – Epidemien, Wirtschafts- und Finanzkrisen, geopolitische Konflikte und Fluchtereignisse, bis hin zur Diagnose einer permanenten „Polykrise“. Unter

dem Eindruck der Pandemie wuchs das Interesse an Krisenforschung noch einmal steil an, und wir intensivierten, nunmehr hauptsächlich online, unsere Forschungsanstrengungen zum Thema. In unserer IRS aktuell-Ausgabe „Neues aus der Krise“ vom Dezember 2020 haben wir einen Zwischenstand unserer Ergebnisse veröffentlicht. Im September 2021 legten wir ein Policy Paper mit Empfehlungen für erfolgreiche wissenschaftliche Politikberatung in Krisen vor, basierend auf einem BMBF-Projekt zur Rolle von Expert*innen in Krisen.

Warum Disruption?

Vom Brexit-Referendum bis zum Angriffskrieg gegen die Ukraine: Die 2010er- und frühen 2020er-Jahre sind nicht zu Unrecht als historische Phase der Umbrüche und Verunsicherung bezeichnet worden. Mit dem IRS-Forschungsprogramm für den Zeitraum ab 2022 haben wir unserer Forschung nun einen übergeordneten Leitbegriff gegeben, der diese Zeitdiagnose aufgreift. Er lautet Disruption. Aber Moment mal: Warum eigentlich „Disruption“ und nicht „Krise“?

Der Begriff der Krise erwies sich für unsere Forschung in mehrererlei Hinsicht als zu eng. Letztlich wohnt dem Begriff der Krise immer eine bestimmte Dramaturgie



inne: Ein auslösendes Ereignis (eine Pandemie, eine Bankenpleite) bringt ein gesellschaftliches System oder mehrere (etwa das Gesundheits- und das Finanzsystem) in eine bedrohliche Schiefelage. Unter Zeitdruck und Unsicherheit setzt hektisches Handeln ein. Die Krise spitzt sich zu bis zu einem Höhepunkt, ab dem dann nach und nach die (System-)Normalität zurückkehrt. Die Zeitlichkeit und – für unsere Forschung mindestens ebenso relevant – auch die Räumlichkeit dieser Abfolge steht im Zentrum zahlreicher Krisenstudien. Ein großer Teil der Krisenforschung findet außerdem im Kontext von Krisenmanagement statt, und dort liegt auch ihre hauptsächlichliche Anwendung. Und während das Lernen aus Krisen immer wieder als Möglichkeit angesprochen wird, steht beim Thema Krise doch ganz klar der Umgang mit Bedrohung im Fokus.

In der Forschung des IRS stehen räumlicher und gesellschaftlicher Wandel im Fokus. Die Zunahme von disruptiven, potenziell krisenauslösenden Ereignissen sehen wir in einem Spannungsverhältnis zu einer anderen Zeitdiagnose: der des lähmenden Stillstands. Ob Erderwärmung oder die dramatische Zunahme der erzwungenen Migration weltweit: Wir stehen vor globalen, durchaus existenziellen Herausforderungen, aber unter Entscheidungsverantwortlichen in Politik und Wirtschaft herrscht ein bemerkenswertes Ausmaß an Handlungsverweigerung und Verdrängung. Doch die vorgetäuschte Ruhe wird von disruptiven Momenten unterbrochen. In ihnen brechen sich Entwicklungen Bahn, die einen längeren Vorlauf hatten und sich nun stark beschleunigen. Die Frage ist: Was machen solche Ereignisse mit längerfristigen sozio-ökonomischen oder sozial-ökologischen Entwicklungstrends? Wie gehen soziale Akteure mit ihnen um?

Versuch einer Definition

Im Brückenprojekt „Disruption und räumliche Entwicklung: Konzepte zu raum-zeitlichen Dynamiken, Wahrneh-

mungsweisen und Handlungsstrategien“ arbeiten Vertreter*innen unserer drei Forschungsschwerpunkte und ihrer Leitprojekte zusammen, um eine gemeinsame Perspektive auf gesellschaftliche Disruptionen zu entwickeln. Hier haben wir uns intensiv mit dem Forschungsstand zum Thema beschäftigt und festgestellt, dass es sich, relativ gesehen, um Neuland handelt. Noch gibt es keine allgemeingültige Definition von Disruption in der sozialwissenschaftlichen Forschung. Wir konnten aber einige zentrale Charakteristika herausarbeiten: Der Begriff der Disruption bezeichnet eine *Episode intensiven Wandels*. Auf einer vergleichsweise kurzen Zeitskala sind relativ deutliche Veränderungen beobachtbar, oft verbunden mit einem klaren Anfang und Ende. Sie lösen *große Unsicherheit* aus. Die Ereignisse lassen sich nicht in vorherrschende Weltbilder einfügen. Sie führen zu einem Kollaps von Sinnggebung und entziehen gewohnten Praktiken und Routinen die Grundlage. Dies geschieht *überraschend*. Der Wandel und damit verbundene Ereignisse treffen Akteure unvorbereitet. Unsicherheit und Wandel erfassen multiple Sektoren, sind skalenübergreifend und übertreten territoriale Grenzen (*Transgression*). Disruptionen wirken außerdem stark *emotionalisierend*. Die kognitiven Herausforderungen sind überlagert von starken, oft negativ gefärbten Emotionen wie Angst, Wut oder Hilflosigkeit. Die *Öffentlichkeit partizipiert* also an den Ereignissen. Mechanismen der Aufmerksamkeitsökonomie sind Teil der Dynamik von Disruptionen.

Nehmen wir die COVID-19-Pandemie als sehr naheliegendes Beispiel. Obwohl eine solche Pandemie von Forschenden lange vorhergesagt worden war, überraschte sie mit ihrer plötzlichen Ausbreitung die Öffentlichkeit. Lange geglaubte Sicherheiten, dass so etwas „bei uns“ nicht passieren könne, verschwanden über Nacht. Maßnahmen, die noch kurze Zeit vorher unvorstellbar waren, wurden auf einmal umgesetzt. Die Pandemie versetzte sicherlich viele Institutionen in den Krisenmodus.



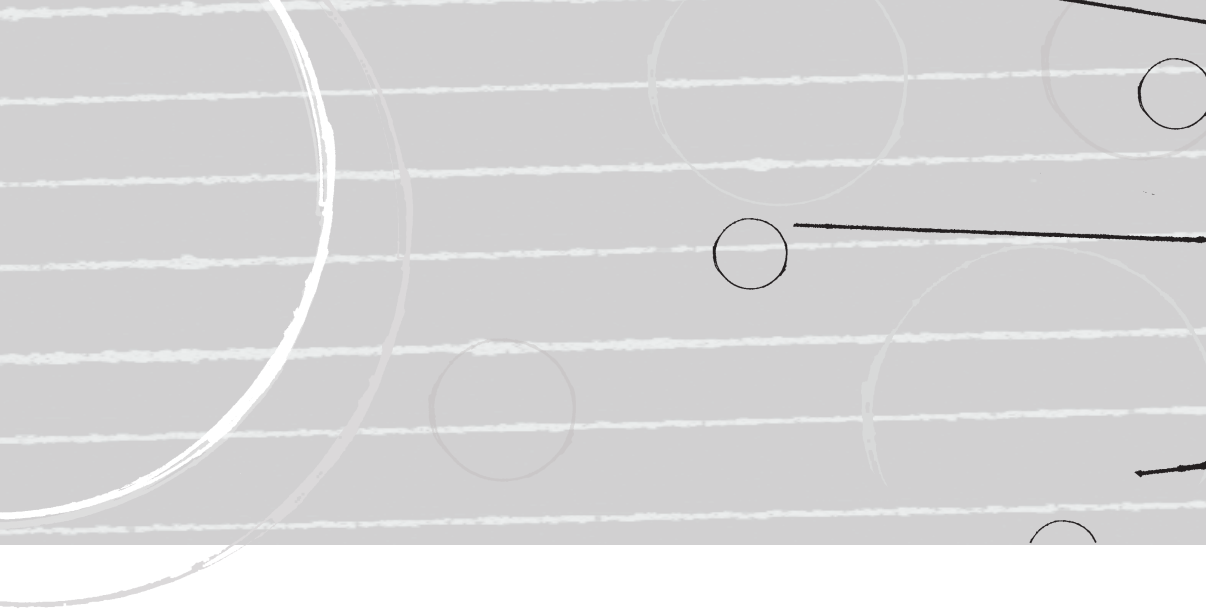
Zugleich löste sie selbst wie auch die Maßnahmen zu ihrer Eindämmung bei vielen eine Erfahrung der Hilflosigkeit und bei einigen auch extreme Wut bis hin zu politischer Radikalisierung aus.

In unserer Forschung interessieren wir uns für die Umbrüche in Wahrnehmung, Bewertung und Handeln, die Disruptionen auszeichnen. Wir fragen nach den Interpretationen, Reaktionen und Strategien, die Akteure rund um Disruptionen zeigen. Und wir möchten das Potenzial für längerfristigen sozial-räumlichen Wandel – unabhängig von dessen Richtung – eruieren. Disruptionen sind nicht immer Ereignisse, die die Handelnden von außen treffen. Disruptionen können auch strategisch vorbereitet und aktiv vorangetrieben werden. In diesem Heft berichtet beispielsweise Manfred Kühn aus dem Leitprojekt „Konflikte in der Planung“ und zeigt, wie Tesla und die Brandenburger Wirtschaftspolitik im Geheimen die Gigafactory-Ansiedlung in Grünheide vorbereitet und dann in Rekordzeit umgesetzt haben – mit disruptiven Wirkungen auf das Verhältnis zwischen Öffentlichkeit und Institutionen im Land. Wie der Hype um disruptive Innovationen im Silicon Valley (und anderswo) zeigt, sind Disruptionen auch keinesfalls nur negativ konnotiert. Ganze Branchen durcheinander zu wirbeln, gilt unter Tech-Entrepreneuren als erstrebenswertes Ziel. Populistische Politiker*innen werden von manchen als Disrupteure eines wahrgenommenen politischen Mainstreams gefeiert; die Disruption wird herbeigesehnt.

Doch möglicherweise ist das Sehnen nach einem Aufbrechen bestehender Ordnungen nicht der exklusive Beritt des Populismus. Vielleicht öffnen disruptive Situationen – und womöglich sogar nur sie – tatsächlich Gelegenheitsfenster, nicht nur für kurzfristige Maßnahmen, sondern für langfristigen Wandel im Sinn der sozial-ökologischen Transformationen, die so dringend nötig sind. Denken wir etwa an den Schub, den der russische Angriffskrieg gegen

die Ukraine dem Ausbau erneuerbarer Energien (allerdings auch dem Bau von LNG-Terminals) gegeben hat.

Selbstverständlich blickt das IRS auch auf den Forschungsgegenstand Disruption aus einer räumlichen Perspektive. Räumlich bedeutet dabei: Wir blicken auf konkrete Orte, an denen soziale Praktiken ausgeführt werden, und die möglicherweise durch Disruptionen einen radikalen Wandel ihrer Funktionsweise und ihrer Bedeutung erfahren. Ein Beispiel dafür ist der Wandel von Arbeitsorten – nicht nur – in Folge der COVID-19-Pandemie, den wir im Rahmen des Leitprojekts „Post-Office“ untersuchen. Zugleich blicken wir auf die Bedeutung von territorialen Grenzen, denn diese entscheiden oft darüber, wo welche institutionellen Ressourcen zur Verfügung stehen und welche Regeln gelten. Kerstin Brückweh, die Leiterin unseres Forschungsschwerpunktes „Zeitgeschichte und Archiv“ hat dieses Jahr den Band „Die Wiederbelebung eines ‚Nicht-Ereignisses‘?“ herausgegeben. Darin geht es um die Frage, warum im Zuge der deutschen Vereinigung 1990 keine neue gesamtdeutsche Verfassung verabschiedet wurde. Zum 75-jährigen Jubiläum des Grundgesetzes wirft diese Debatte ein Schlaglicht darauf, wie radikal unterschiedlich die „Wende“ diesseits und jenseits der deutsch-deutschen Grenze(n) erlebt wurde, selbst in einem sehr lokalen Rahmen wie in Ost- und West-Berlin. Die plötzliche Dynamik der Ereignisse überraschte Menschen auf beiden Seiten. Doch während im Westen ein konstanter institutioneller Rahmen zur Verfügung stand, verschwanden die etablierten gesellschaftlichen Bearbeitungsmechanismen im Osten vollends. Eine räumliche Perspektive bietet also auch einen guten Zugang zu den sehr unterschiedlichen Betroffenheiten von, Perspektiven auf und Umgangsmöglichkeiten mit disruptiven Ereignissen.



Beschleunigte Trends, verfestigte Muster

Aber wie wirken Disruptionen langfristig? Unsere Forschungen sind noch nicht abgeschlossen, doch es zeichnet sich ein Bild ab. Disruptive Ereignisse können in der Tat zu tiefgreifenden, langfristigen Veränderungen führen. Doch haben vor allem jene Veränderungen, eine gute Chance, sich weiter zu entfalten, die bereits eine gewisse Reife haben. Disruptionen helfen dem „vorbereiteten Geist“ (Pasteur). Sie ermöglichen Ideen eine ungeahnte Bewährungschance, die diese ohne Disruption entweder viel später, vielleicht sogar überhaupt nicht erhalten hätten. Der Beitrag von Piotr Kisiel in diesem Heft liefert ein Beispiel für eine solche Dynamik: Bereits vor dem Zweiten Weltkrieg hatten Stadtplaner*innen in Deutschland Pläne für eine radikale Umgestaltung der Städte. Die dicht bebauten, engen und ästhetisch vielfältigen baulichen Strukturen sollten breiten Magistralen und luftigen Wohnsiedlungen in funktionalem Stil weichen. Doch erst die Zerstörungen des Krieges öffneten ein Gelegenheitsfenster für solche Eingriffe.

Auch der radikale Wandel der Arbeitswelt als direkte Auswirkung der COVID-19-Pandemie ist ein solches Beispiel. Während Beschäftigte in Supermärkten und Arztpraxen ihre Arbeit unter erschwerten Bedingungen fortsetzen mussten, führte der Zwang zur Kontaktreduktion bei Kreativschaffenden und Wissensarbeiter*innen zu einem radikalen Wandel. Obwohl persönlicher Kontakt und Ko-Präsenz in diesen Gruppen hoch geschätzt wird, wurden schnell technische Ersatzlösungen eingesetzt, die im Grundsatz bereits zur Verfügung standen. Unsere Forschungen zeigen, dass die Arbeitskräfte sich sehr schnell und hoch flexibel auf die schlagartig notwendig werdenden „kontaktlosen“ Formen der Zusammenarbeit, nun vermittelt über Online-Tools, einstellen konnten und

dabei gleichsam über Nacht das klassische Büro als multifunktionales Zentrum der Wissensarbeit aufgeben und gegen das Homeoffice eintauschen konnten. Die vorher nicht gängige Arbeit mit Videokonferenzen erlebte nun ihren Durchbruch in die Fläche. Interessanterweise profitierte davon nicht der etablierte Anbieter Skype, sondern das etwas jüngere Unternehmen Zoom. Sogar das zugehörige Verb änderte sich von „skypen“ zu „zoomen“.

Zu sehen ist also eine stark beschleunigte Ablösung des klassischen multifunktionalen Büros als „dem“ Zentrum von Wissensarbeit durch multi-lokale Praktiken, in denen verschiedene Arbeitsschritte räumlich verteilt an mehreren Orten ausgeübt werden. Arbeit wird dabei nur noch punktuell in dafür vorgesehenen rein professionellen Räumen des Büros verrichtet, dafür häufiger in die Nähe sozialer („Homeoffice“) oder freizeittlicher („Workation“) Aktivitäten verlagert, ergänzt um temporäre Nutzungen gemeinschaftlicher Arbeitsorte („Coworking“). Wie das Büro sind diese neuen Arbeitsorte gut an das Internet angeschlossen, so dass nicht nur Erreichbarkeit gewährleistet ist, sondern auch komplexe Verschmelzungen von online und offline praktiziert werden können. Diese Vermengung hat darüber hinaus ein teils nostalgisches Bedürfnis nach reinen Offline-Umgebungen geweckt, so dass vom Netz abgeschnittene, peripher gelegene Orte immer häufiger ebenfalls im Mosaikmuster multi-lokalen Arbeitens zu finden sind. Es gibt bereits erste Hinweise, dass multi-lokale Arbeitspraktiken Dezentralisierungstendenzen in der Siedlungsentwicklung noch einmal forciert haben.

Menschen können angesichts disruptiver Ereignisse also in den Krisenmodus wechseln, der es ermöglicht improvisierte Lösungen und unkonventionelle Praktiken schnell umzusetzen. In gewisser Weise ist es so etwas wie ein Privileg, in Folge eines disruptiven Ereignisses eine Krise zu erleben, denn immerhin bedeutet



Krise, dass institutionelle Aufmerksamkeit und organisationale Ressourcen auf das jeweilige Probleme gerichtet werden. Wenn aber Handlungsdruck auf fehlende Handlungsmöglichkeiten trifft, dann bleibt oft nur Fatalismus oder Resignation. Dies ist beispielsweise eine emotionale Gemengelage, die vielen Menschen in Ostdeutschland aus der Transformation nach der „Wende“ erleben mussten. Solche Erfahrungen können sich verstetigen. Mittlerweile wird Ostdeutsche Identität weniger auf die geteilten Erfahrungen im Sozialismus zurückgeführt, dafür treten stärker die generationenübergreifend gemeinsam erlittenen Ohnmachtserfahrungen in der post-sozialistischen Phase der Transformation in den Vordergrund. Die Trennung in Ost-West wird dabei perpetuiert, verändert aber ihren Inhalt. Das war ein wichtiges Ergebnis des 49. (Online-)IRS-Regionalgesprächs am 25. November 2020 anlässlich von 30 Jahren Wiedervereinigung zur „Anhaltenden Aktualität Ostdeutschlands“. Die disruptiven Transformationsprozesse der Wende- und Nachwendezeit nimmt der Forschungsschwerpunkt „Zeitgeschichte und Archiv“ in seinem Leitprojekt „Sozialräumliche Transformationen in Berlin-Brandenburg 1980-2000“ in den Blick. Małgorzata Popiolek-Roßkamp berichtet in diesem Heft über eine oft vergessene Facette der Transformation, nämlich den Abzug der sowjetischen Truppen 1994.

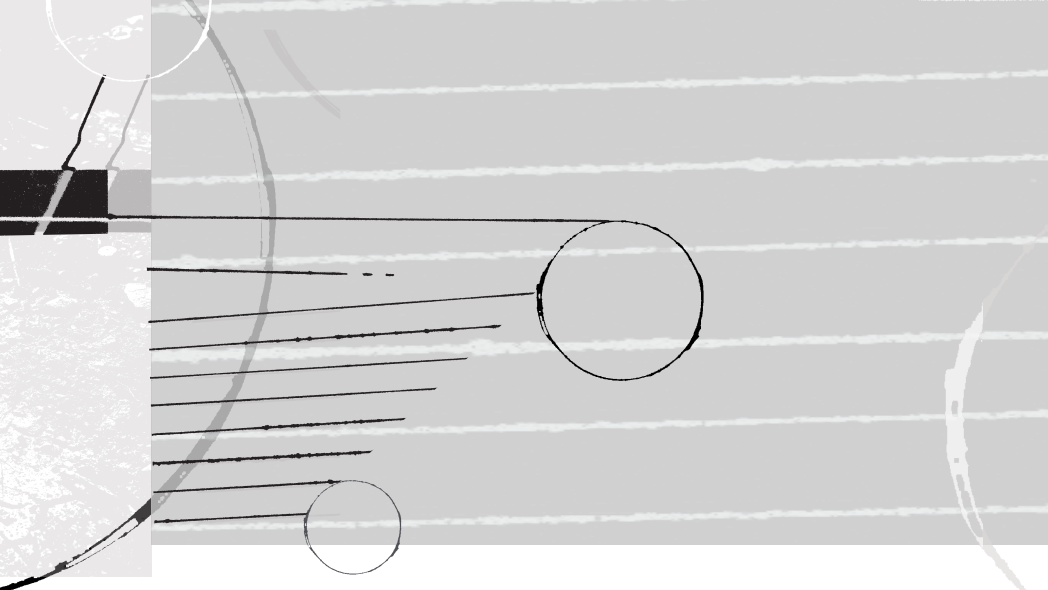
Die gegenwärtigen Entwicklungen um das Gigafactory-Projekt in Grünheide deuten darauf hin, dass zwar durch Überraschungseffekte forcierte Veränderungen erreicht werden können. Das Projekt verschiebt Maßstäbe für eine „beschleunigte“ Planung und Entwicklung. Gleichzeitig deutet sich aber auch an, dass sich der Überraschungseffekt und die Strategie der Überrumpelung nicht nur mit der Zeit abnutzen, sondern dass sie auch Widerstände verstärken und Vertrauen in zukünftiges kollektives Handeln nachhaltig stören. So zeigen die Forschungen am IRS, dass selbst routinemäßig abwägbare

Planungsprobleme wie die Neubewertung von Abwasserwerten, erhöhte Wasserverbräuche oder Rodungen von monokulturellen Kiefernforsten mittlerweile auf ein Konfliktniveau angeschwollen sind – inklusive Protestcamps mit Baumhäusern sowie Brandanschlägen auf Überlandleitungen –, das für eine mögliche Erweiterung der Tesla-Produktion am Standort weder auf schnelle noch auf sinnvolle Lösungen mehr hoffen lässt.

Viele Ereignisse der jüngeren Zeit haben außerdem gezeigt, dass eine ablehnende Haltung gegenüber den während einer Disruption getroffenen Maßnahmen (von Corona-Kontaktbeschränkungen bis zu Waffenlieferungen an die Ukraine) nicht nur zu Wut führt, sondern dass diese Wut – von Disruption zu Disruption – in politische Mobilisierung übersetzt werden kann. Ein an sich normaler demokratischer Vorgang, der aber zuletzt besonders extremistischen Kräften genutzt hat, die das Bild eines unterdrückerischen „Systems“ beschwören. Verfestigung von Mustern und erstarkende Gegenkräfte – dies sind auch beobachtbare längerfristige Konsequenzen von Disruptionen. Um Transformation erfolgreich zu gestalten, braucht es also mehr als disruptive Unterbrechungen des Status quo.

Bouncing forward

Welche praktischen Ratschläge können wir als Forschende auf dieser Basis nun Praxisakteuren der Raumentwicklung mitgeben? Auch dazu eine kurze Anekdote: Im September 2020 war ich zu einem Workshop am Deutschen Institut für Urbanistik (Difu) für Forschende und Praktiker der Stadtentwicklung eingeladen, in dem es um „Zukunftstrends und ihre Bedeutung für den Metropolitanraum Berlin-Brandenburg“ ging. Wie würde die Stadtregion im Jahr 2040 aussehen? Wie weit würden sich Transformationsziele bis dahin verwirklicht haben? Es ging darum, heute bereits bekannte, langfristig wirksame Trends zu identifizieren und ihre Wirkung auf den



Sozialraum in einem Zeithorizont von 20 Jahren einzuschätzen. Dabei haben die Teilnehmer*innen aus Stadtentwicklungspraxis und Forschung auch das Gedankenexperiment umgekehrt, sich also 20 Jahre zurückversetzt und gefragt, welche der damals thematisierten Trends sich in der aktuell erlebbaren Region tatsächlich manifestiert hatten. Schnell wurde klar, dass zwar kontinuierliche Entwicklungen vorhanden waren, vor allem aber, dass die Bewertungsmaßstäbe und Prioritäten der Stadtentwicklung mehrfach durch Ereignisse erschüttert worden waren (die Anschläge vom 11. September 2001, die globale Finanzkrise 2008, das Brexit-Votum 2016 oder die COVID-19-Pandemie, die im September 2020 gerade eine kurze Atempause machte), die in keinem der bekannten Trends angelegt waren.

Dies ist vielleicht die wichtigste Lektion. Extremereignisse und damit verbundene plötzliche Verschiebungen von Bewertungsmaßstäben und Normalitätserwartungen werden mit hoher Wahrscheinlichkeit die künftige Entwicklung prägen, das zumindest lehrt der Blick in die jüngere Vergangenheit. Die Herausforderung an Entscheidungsverantwortliche ist damit in gewisser Weise paradox, denn sie besteht darin, langfristige Trends zu analysieren und gleichzeitig das Unerwartete zu erwarten; und auch das Unwahrscheinliche aber dennoch Mögliche stärker ins Kalkül zu ziehen. Bei der Gestaltung von Transformationsprozessen wird idealerweise eine langfristige Strategie der Anpassung (etwa an den Klimawandel) und Vorbereitung (preparedness) verfolgt. Es geht also darum, langfristigen Wandel beharrlich voranzutreiben und dabei immer wieder auf sich plötzlich ändernde Maßstäbe zu reagieren.

Wie schwierig das schon vom Grundgedanken her ist, machen der Beitrag von Elisa Kochskämper zu urbaner Resilienz sowie das Interview mit ihr und Lars Wiesemann vom vhw – Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung deutlich. Sie zeigen, dass der Schlüssel zum

Erfolg in einem Verständnis von Resilienz liegt, das bei disruptiven Ereignissen nicht auf die Wiederherstellung des Ausgangszustands abzielt. Ziel muss stattdessen ein „bouncing forward“ sein, in dem die Reaktion auf ein Ereignis zugleich einen transformativer Schritt nach vorne bedeutet. Bereits die Vorbereitungsmaßnahmen auf Extremereignisse (etwa Hochwasserschutz) sollten multifunktional sein, so dass sie auch dann einen transformativen Zweck erfüllen, wenn das Ereignis selbst gar nicht eintritt. Neu gestaltete Stadtplätze, die zugleich als Auffangbecken für Starkregen dienen, sind ein Beispiel für dieses Mindset. Gleichzeitig müssen sich gesellschaftliche Akteure mehr denn je der Emotionalisierung bewusst sein, die sich in Folge von Disruptionen in großen Teilen der Bevölkerung zeigen kann, insbesondere wenn Disruptionen wiederholt mit individuellen Ohnmachtserfahrungen einhergehen. Es müssen daher Formate und Maßnahmen gefunden werden, um die Handlungsfähigkeit und Selbstwirksamkeit von Betroffenen zu erhöhen.

Am 14. November 2024 werden wir in der Geschäftsstelle der Leibniz-Gemeinschaft gemeinsam mit dem vhw einen Workshop „Was kommt als nächstes? Transformative Stadtentwicklung in einer Zeit von Krisen und Umbrüchen“ mit Vertreter*innen von Kommunen abhalten. Darin wird es darum gehen, die Wahrnehmungen von disruptiven Ereignissen in Kommunen zu eruieren, und über erfolgversprechende Umgangsformen damit zu reflektieren. Er soll nicht die letzte solche Veranstaltung bleiben. Das IRS hat sich einem Ideal von Wissenstransfer verschrieben, bei dem Wissenschaft und Praxis gemeinsam und auf Augenhöhe an Problemen arbeiten. Deshalb werden wir auch beim Thema Disruption weiter auf Praxisakteure zugehen.

Teslas Disruption

Um die Ansiedlung der Tesla-Gigafactory in Brandenburg gibt es seit ihrer Bekanntgabe Streit. Aus Konflikten um Sachfragen entstanden schnell auch Verfahrenskonflikte. Sie werden hoch emotional ausgetragen. Zwischenzeitlich eskalierten sie. Das Genehmigungsverfahren hat den Streit dabei nicht entschärft, sondern eher zur Polarisierung zwischen Gegnern und Befürwortern beigetragen. Auf beiden Seiten des Konflikts wird eine Rhetorik der Disruption benutzt, um eigene Positionen zu begründen.

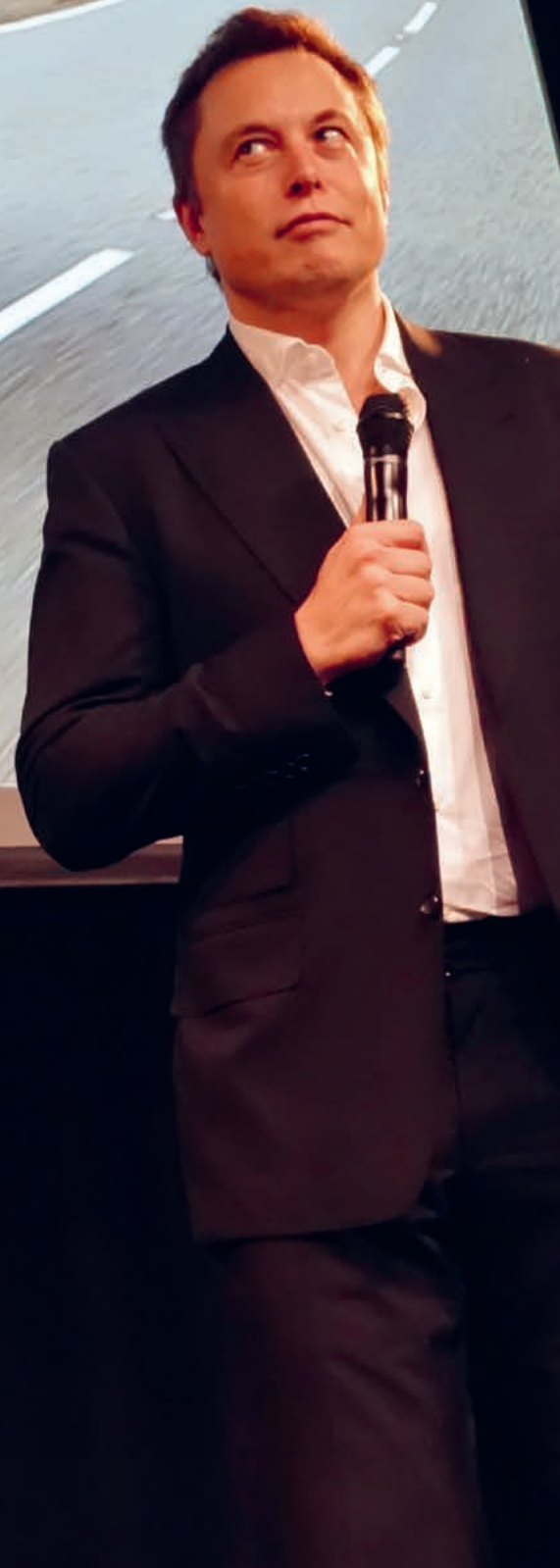
Text von
Dr. Manfred Kühn

Als Elon Musk am 19. November 2019 in Berlin das „Goldene Lenkrad“, eine Designauszeichnung für Teslas Model 3, entgegennahm, hatte er eine Überraschung im Gepäck. „Wir haben uns entschieden, die Tesla-Gigafactory für Europa in der Gegend um Berlin anzusiedeln“, eröffnete er fast beiläufig einem zunächst sprachlosen und dann begeisterten Publikum. Ebenso überrascht, aber nicht in jedem Fall begeistert, waren viele von der Entscheidung Betroffene: die Lokalpolitik in der Standortkommune Grünheide und ihren Nachbargemeinden, die zuständigen Behörden und vor allem die Menschen in der Ansiedlungsregion südöstlich von Berlin.

Die Überraschung war kein Zufall. Nach einem geheimen Standortwettbewerb hatte Tesla über Monate und ebenfalls im Geheimen mit dem brandenburgischen Wirtschaftsministerium verhandelt. Wirtschaftsminister Jörg Steinbach hatte sich mit Nachdruck für das Projekt eingesetzt. Ursprünglich waren Tesla Standorte in der Strukturwandelregion Lausitz angeboten worden, doch Elon Musk bevorzugte einen Standort nahe an der Metropole Berlin. So fiel die Entscheidung auf Grünheide, gelegen direkt am Berliner Ring. Hier besteht seit 2004 ein gültiger Bebauungsplan für großflächige Industrieansiedlung – ein Ergebnis eines seinerzeit gescheiterten Ansiedlungsversuchs von BMW. Nach einer Batteriezellenfabrik in Nevada, einer Photovoltaikfabrik in Buffalo im US-Bundesstaat New York und einer Batteriezellen- und Autofabrik in Shanghai ist Grünheide erst der vierte Standort für eine Tesla-Gigafactory. Mit der Entscheidung, die Fabrik in Brandenburg zu errichten, begannen verschiedene Planungskonflikte um das Projekt, die sich bis heute fortsetzen.

Worum geht es in den Konflikten? Zunächst drehte sich der Streit um Arbeitsplätze, den Industriestandort Brandenburg und die Wende zur Elektromobilität auf der einen sowie Waldrodung, Wasserverbrauch und Verkehrsbelastung auf der anderen Seite. Doch schnell Verließ der Konflikt die Ebene eines inhaltlichen Interessengegensatzes. Es ging zunehmend um die Fairness der Genehmigungs- und Planungserfahren, um demokratische Mitbestimmung und ein wachsendes Misstrauen gegenüber Investor und Behörden. Und so führte die Auseinandersetzung um das Für und Wider der Tesla-Fabrik in einen emotional aufgeladenen Kampf. Im März 2024 wurde ein Brandanschlag auf die Stromversorgung der Gigafactory verübt. Bis heute besteht ein Protestcamp im benachbarten Wald.

Mit dieser Dynamik ist der Fall Tesla nicht allein. Von der Startbahn West des Frankfurter Flughafens bis zum Tiefbahnhof Stuttgart 21 sind Planungsprozesse um Großprojekte in der Vergangenheit regelmäßig eskaliert und haben sich so in das gesellschaftliche Gedächtnis eingebrannt. In Stuttgart trug der Konflikt zum Wechsel von einer CDU-geführten zu einer Grünen-geführten Landesregierung 2011 bei. Nicht nur Planer*innen und Behörden, sondern auch die Forschung über Planungsprozesse sieht sich deshalb mit der Frage konfrontiert, wie mit solchen Konflikten umzugehen ist. In den 1980er- und 1990er-Jahren war in der Planung noch die Überzeugung verbreitet, dass Konflikte durch die richtige Kommunikation und durch demokratische Partizipation aufgelöst werden können (kommunikative Planungstheorie). Aus dieser Zeit stammen auch viele heute verbreitete Beteiligungsformate. Doch die Hoffnungen auf ihre befriedende Wirkung erfüllen sich immer weniger.





Konflikte zivilisieren?

Heute folgt die Planungsforschung eher einem anderen Verständnis, das auf die belgische Politikwissenschaftlerin Chantal Mouffe zurückgeht: Sie sieht „antagonistische Konflikte“ – also Konflikte zwischen feindlichen Lagern – als Merkmal politischer Auseinandersetzungen. Diese lassen sich, so Mouffe, nicht durch Argumente oder Information auflösen. Die Aufgabe demokratischer Institutionen sei es daher, die Konflikte zu zivilisieren und in „agonistische“ Gegnerschaft zu überführen, in der zumindest Einigkeit über ein legitimes Verfahren besteht. So können Konflikte ausgetragen werden. Gewinner und Verlierer gibt es am Ende dennoch.

Bezogen auf Planungsprozesse heißt das: Es müssen rund um Planungsprojekte Arenen für den Streit und starke, allseits akzeptierte Verfahren mit transparenten Entscheidungsregeln angeboten werden, so dass aus Feinden Gegner werden können (agonistische Planungstheorie). Soziologen wie Rolf Dahrendorf und Lewis Coser betonten darüber hinaus, dass Konflikte für die Gesellschaft produktiv sein können, weil sie dabei helfen, Missstände zu identifizieren. In Konflikten steckt also auch das Potenzial für Wandel – zum Beispiel hin zu besseren Planungsprozessen.

Die Frage ist: Gelingt die Zivilisierung des Konflikts? Und führen Planungskonflikte zu strukturellen Veränderungen? Hier setzt unsere Forschung an. Wir nutzen die Tesla-Ansiedlung als Beispiel für ein konfliktbehaftetes Großprojekt. Wir wollen herausfinden, ob die Verwandlung von Konflikten (von antagonistisch zu agonistisch) so funktioniert, wie die Theorie es beschreibt. Außerdem interessiert uns, ob Konflikte um Großprojekte Änderungen an Institutionen der Politik und Planung bewirken. Als Maßstab nutzen wir dabei den Begriff der Disruption, wie er im IRS-Forschungsprogramm (2022-2025) entwickelt wird: verstanden als radikaler Wandel, der ein etabliertes System tiefgreifend stört oder unterbricht.

Die Tesla-Ansiedlung bot für uns eine besondere Gelegenheit für intensive Forschung, denn die Gigafactory entstand in unmittelbarer Nähe des IRS. Grünheide ist die deutlich kleinere Nachbargemeinde von Erkner. Vom Standort des IRS aus waren die Veränderungen im Zuge der Fabrikerrichtung ab 2021 nicht zu übersehen – von schwarzen Vans, die VIPs vom Erkneraner Bahnhof abholten, bis zur Eröffnung einer eigenen Bahnlinie von Erkner „nach Tesla“ im September 2023. Im Juni 2021 nutzten wir das 50. Brandenburger Regionalgespräch des IRS, ein in der Region etabliertes Dialogformat, um mit den Akteuren der Auseinandersetzung um Tesla ins

Gespräch zu kommen – pandemiebedingt online, weshalb das Gespräch heute auf dem YouTube-Kanal des IRS abrufbar ist. Das Regionalgespräch bildete den Auftakt für unsere Feldforschung. In den folgenden Monaten werteten wir die Berichterstattung zur Ansiedlung in regionalen Medien aus, besuchten Veranstaltungen (online und in Präsenz) und führten Interviews mit Vertreter*innen von Politik, Behörden und Zivilgesellschaft. In einem weiteren Regionalgespräch im April 2024 diskutierten wir unsere Erkenntnisse mit Fachleuten aus der Planung (siehe Seite 63).

Disruptives Unternehmen

Die Tesla-Ansiedlung hat, soviel lässt sich festhalten, disruptiv auf die Beziehungen in der Region gewirkt. Um sich einen Eindruck von der Wucht der Veränderung zu verschaffen, hilft schon ein Blick auf die Größenverhältnisse – und auf das Unternehmen, das hinter der Ansiedlung steht. Die Gemeinde Grünheide (Mark) hat etwa 9.000 Einwohnerinnen und Einwohner. Sie verfügte bereits vor der Tesla-Ansiedlung über ein Güterverkehrszentrum. Ansonsten ist Grünheide von Seen und Wäldern geprägt, ein Großteil der Fläche ist als Wasser- oder Landschaftsschutzgebiet ausgewiesen. „Der Name ist auch quasi Programm“, wie eine interviewte Person anmerkte. Hier investierte Tesla sechs Milliarden Euro, um den europäischen Markt mit Elektro-SUVs zu versorgen, 500.000 Fahrzeuge pro Jahr, später sogar eine Million. Das Fabrikgelände erstreckt sich über 300 Hektar, auf denen zuvor Kiefern standen. Eine Erweiterung um 100 Hektar ist geplant. Derzeit beschäftigt die Gigafactory etwa 12.500 Menschen. Im geplanten Endausbau ist von 40.000 Arbeitsplätzen die Rede, mit der entsprechenden Wertschöpfung, aber auch entsprechenden Belastungen für die Infrastrukturen der Region. Tesla selbst ist ein Global Player, dessen Börsenbewertung zeitweise größer war als die der gesamten deutschen Autoindustrie zusammengenommen.

Tesla – und besonders Elon Musk – hat sich den Begriff der Disruption zu eigen gemacht. Die Parole „Move fast and break things“ stammt zwar von Mark Zuckerberg, kann aber auch für dessen Tech-Unternehmerkollegen Musk als handlungsleitend gelten. Der Begriff der „disruptiven Technologie“ oder auch der „disruptiven Innovation“ wurde zuerst an der Harvard Business School verwendet, um die Verdrängung etablierter Produkte oder Dienstleistungen auf einem Markt durch neue Anbieter, oftmals schnell wachsende Start-ups wie Uber oder Airbnb, zu beschreiben. Die Idee knüpft an die alte marktliberale Vorstellung der „schöpferischer Zerstörung“ von Joseph Schumpeter an.

Im Silicon Valley wurde der Begriff begeistert aufgegriffen. Tesla selbst wird in der Wirtschaftspresse als ein

Beispiel für Disruption beschrieben, weil das Unternehmen mit neuen E-Autos den weltweiten Markt für Elektromobilität erschloss, den die etablierten Autokonzerne lange Zeit ignoriert hatten. Tesla beschreibt den Wandel hin zu einer klimaneutralen Mobilität als Teil seiner Mission. Um den Innovationsvorsprung gegenüber den etablierten Konzernen zu nutzen, beruhte die disruptive Strategie von Tesla nicht zuletzt auf einer enormen Beschleunigung des Baus seiner Gigafactories. Bei Tesla, wie bei anderen Musk-Unternehmen auch, ist Disruption damit explizit Teil seines Versprechens an die Welt und keine unbeabsichtigte Nebenfolge des Handelns. Dieses Selbstverständnis kann dabei helfen zu verstehen, wie sich das Unternehmen bei seinem Ansiedlungsprojekt verhält.

Überraschung und Beschleunigung

Disruptiv wirkt der Ansiedlungsprozess mit seinen radikalen Veränderungen für die Region unter anderem durch die Überraschung, mit der er begann, und die Geschwindigkeit, mit der er sich vollzieht; das viel zitierte „Tesla-Tempo“. Gleich zu Beginn legte Tesla einen ehrgeizigen Zeitplan vor: Bereits im Juli 2021, 20 Monate nach der Ankündigung im November 2019, sollten die ersten Autos vom Band rollen. Kaum jemandem in Grünheide war 2019 bewusst, dass mit dem für BMW beschlossene Bebauungsplan nach wie vor gültiges Baurecht für eine Autofabrik bestand. Die Eignung des Standorts musste damit nicht mehr in einem Raumordnungsverfahren geprüft werden und es gab keine öffentliche Debatte dazu. Das Landesamt für Umwelt Brandenburg musste die Fabrik „nur noch“ immissionsschutzrechtlich prüfen und genehmigen. Die Gemeinde Grünheide musste sich außerdem mit einer Änderung des bestehenden Baubauungsplans befassen, da das Bauareal zwischenzeitlich Teil eines Wasserschutzgebiets geworden war. Um das Projekt zu beschleunigen, wurden beide Genehmigungsprozesse parallel durchgeführt und die B-Plan-Änderung mit großer Eile vorangetrieben.

Überhaupt wurde das Verfahren auf Betreiben des Investors wo immer möglich beschleunigt. Das Landesamt für Umwelt erteilte 19 Vorabzulassungen für einzelne Realisierungsschritte, von Baumrodungen bis zum Produktionsstart. So konnte der Bau der Fabrik im Juli 2020 beginnen, und im März 2022 rollten die ersten Autos vom Band – Rekordzeit für ein Projekt dieser Größe in Deutschland und nah an der Bauzeit der Gigafactory in China. Schon im Juni 2020 beantragte Tesla eine Erweiterung der Fabrik und im November 2020 verkündete Elon Musk zusätzlich den Bau einer Batteriefabrik auf dem Gelände. Die finale Genehmigung der Gigafactory erfolgte am 1. März 2022, also zu einem Zeitpunkt als die Fabrik bereits fertiggestellt war.

In diesem außergewöhnlich schnellen Verfahren positionierten sich die Akteure in der Region unterschiedlich. Die brandenburgische Landesregierung unterstützt die Ansiedlung nachdrücklich. Ebenso der Bürgermeister von Grünheide, Arne Christiani. Auch die Mitglieder der Gemeindevertretung stimmten – mit Ausnahme der AfD – im Dezember 2020 für den Antrag von Tesla zur Änderung des Bebauungsplans. Vertreter*innen von Landesregierung, Kommune, Landkreis und Tesla arbeiten in einer „Taskforce Tesla“ zusammen. Frühzeitig formte sich allerdings in Grünheide eine Bürgerinitiative, welche die Gigafactory und auch ihre Erweiterungen ablehnt. Der Leiter des Wasserverbands Strausberg-Erkner, André Bähler, positionierte sich ebenfalls kritisch. Er verwies auf den enormen Wasserverbrauch der Gigafactory und die Wasserknappheit in der Region, die sich durch den Klimawandel verschärft. Auch potenzielle Grundwasserverschmutzungen durch die Fabrik prangerte er an. Die Landesverbände der Grünen Liga, des NABU, des BUND und der Naturfreunde stellten sich auf die Seite der Bürgerinitiative und versuchten unter anderem die Waldrodung auf dem Gelände zu verhindern. Im Lauf des Konflikts kamen weitere Initiativen gegen Tesla dazu.

Verunsicherung im Verfahren

Die Auseinandersetzung um die Tesla-Ansiedlung erzeugt fundamentale Unsicherheit, sie emotionalisiert und führt in eine Zuspitzung des Konflikts. Auch dies sind Merkmale von Disruptionen. Viel Unsicherheit geht dabei direkt vom Verhalten Teslas aus. Das Unternehmen hat anfangs wenig bis gar nicht mit den Akteuren in der Region öffentlich kommuniziert. Elon Musk selbst zeichnet sich durch einen erratischen Kommunikationsstil aus und meldet sich bevorzugt über seine Plattform X (vormals Twitter) zu Wort. Seine Entscheidungen sind für Betroffene und Verfahrensbeteiligte intransparent und unvorhersehbar.

Tesla beantragte immer wieder grundlegende Änderungen an seiner Anlage und überraschte damit die anderen Akteure. So soll die Batteriefabrik auf einem Teilareal entstehen, auf dem ursprünglich eine Lagerhalle beantragt war. Auch die massive Erweiterung der Fabrik wurde angekündigt, während das ursprüngliche Genehmigungsverfahren noch lief. Das Unternehmen begründet dieses Vorgehen mit praktischer Notwendigkeit und sieht sich schlicht nicht in der Lage, einen verbindlichen Gesamtplan vorzulegen. Tesla reagiert auf Auflagen und hat beispielsweise den geplanten Wasserverbrauch der Fabrik deutlich reduziert. Zugleich machte der Konzern in Grünheide wiederholt Schlagzeilen mit Verstößen gegen Umweltauflagen, Störfallrisiken, häufigen Arbeitsunfällen und einer gewerkschafts- und betriebsratsfeindlichen Haltung. Dazu kommen in jüngster Zeit Unsicherheiten auf dem Automarkt, besonders durch die wachsende Kon-

kurrenz aus China, die viel preiswertere Modelle anbietet. Noch in der Wachstumsphase der Gigafactory Grünheide kündigt Tesla nun bereits den weltweiten Abbau von Arbeitsplätzen an. Die Unsicherheiten über das Handeln von Tesla reichen sogar so weit, dass einige Akteure, trotz des derzeit noch verfolgten Wachstumskurses am Standort, auch eine Schließung der Gigafactory nicht mehr für ausgeschlossen halten.

Frustration und Zuspitzung

Zugleich verunsichert und frustriert das Planungsverfahren diejenigen, die der Ansiedlung kritisch gegenüberstehen. So wird deren bedingungslose Unterstützung durch die brandenburgische Landesregierung regelmäßig kritisiert. „Ich kann nicht verstehen, dass man sich so vor den Investor kniet“, wurde Wasserverbandschef Bähler in den Potsdamer Neueste Nachrichten vom 26. Juli 2021 zitiert. In der Kritik steht aber auch die genehmigende Behörde, das Landesamt für Umwelt. Gegner*innen der Ansiedlung werden der Behörde vor, dass sie nicht neutral entscheidet, sondern ebenfalls Partei für Tesla ergreift. Das machen sie unter anderem daran fest, dass die Behörde Vorabzulassungen erteilt, die es formal nur bei einer positiven Prognose geben darf. Obwohl Tesla offiziell verpflichtet ist, bei Nichtgenehmigung eines Bauschritts diesen Schritt auf eigene Kosten rückgängig zu machen, steht der Eindruck im Raum, dass Tesla schlicht Fakten schuf und weiter schafft.

Da 2020 zwei Genehmigungsverfahren auf zwei verschiedenen Ebenen (Landesamt für Umwelt und Gemeinde Grünheide) zeitgleich liefen, waren Betroffene, die Einwendungen geltend machen wollten, unsicher, wohin sie sich wenden konnten. Die beiden Ebenen schoben sich gegenseitig Verantwortlichkeiten zu. Die Gemeinde Grünheide wird ihrerseits dafür kritisiert, dass sie die Änderung des Bebauungsplans nicht nutzte, um selbst zu gestalten oder demokratisch zu streiten.

Die Unzufriedenheit mit dem Verfahren zeigte sich erstmals geballt bei dem auf drei Tage angesetzten Erörterungstermin in der Stadthalle Erkner Ende September und



Anfang Oktober 2020. Hier hofften Interessierte endlich auf eine öffentliche Debatte und eine eingehende Auseinandersetzung mit der Kritik am Vorhaben. Doch sie wurden enttäuscht. Wegen der großen Zahl an Einwendungen (371) musste der Termin letztlich auf acht Tage ausgedehnt werden. Inhaltlich diskutiert wurde dabei kaum. Das Landesamt erörterte, formal korrekt, die Einwendungen, die zum größten Teil abgelehnt wurden.

Zwischen den Einwender*innen, die als einzige zur Teilnahme zugelassen waren, und dem Vorsitzenden gab es hitzige Auseinandersetzungen um das Verfahren. Teilnehmende beschrieben das Event als „kleinen Volksaufstand“ und „Showdown“. Bei ihnen blieb der Eindruck hängen, dass die Öffentlichkeit vor vollendete Tatsachen gestellt wurde. Die zuständige Behörde, diente auf dem Erörterungstermin als „Blitzableiter“. Einen vergleichbaren Termin, auf dem im Oktober 2023 über 1.000 Einwendungen gegen die beantragte Aufstockung der Produktion erörtert werden sollten, boykottierten die Umweltverbände und andere Tesla-Gegner.

Ausweitung der Konflikte

Teslas Erweiterungspläne für die Fabrik riefen neue Konflikte hervor. Ein dafür notwendiger neuer Bebauungsplan von 2023 sah im ersten Entwurf die Inanspruchnahme von angrenzenden Waldflächen in einem Landschaftsschutzgebiet vor. In einer Bürgerbefragung durch die Gemeinde Anfang 2024 sprach sich eine deutliche Mehrheit von über 60 Prozent gegen eine Erweiterung aus. In dieser Phase wurden die Gegner auf der lokalen und regionalen Ebene durch Umwelt- und Klimaaktivisten unterstützt, die eher auf der nationalen und internationalen Ebene agieren. Die Gegner schlossen sich zum Bündnis „Tesla den Hahn abdrehen“, später „Tesla stoppen“ zusammen. Sie besetzten den Wald, bauten ein Baumcamp und versuchten das Firmengelände zu besetzen. Dies blieb, abgesehen von den weltweiten Nachrichten über die Proteste, weitgehend folgenlos; anders als der Brandanschlag auf die Stromversorgung im März 2024 durch die linksextreme „Vulkangruppe“ (bereits ihr zweiter Anschlag auf Tesla), welcher die Auto-Produktion für mehrere Tage unterbrach.

Die Protestgruppen greifen in ihren Statements Teslas Anspruch an, für eine nichtfossile und damit nachhaltige Zukunft zu stehen. Sie werfen Elon Musk vor, er verfolge „patriarchale Allmachtsphantasien“ und „koloniale Ausbeutung“. Im Gemeinderat von Grünheide wurde der Streit um die Erweiterung mit einem Kompromiss gelöst: Es soll nun deutlich weniger Wald gerodet werden. Mit der Ausdehnung der Gegnerschaft lösen sich die Konfliktthemen allerdings zusehends von solchen örtlichen Problemen. Sie werden globaler. Die Proteste der Klimaaktivisten richten sich jetzt gegen Tesla als Symbol für

den „grünen Kapitalismus“, die weltweite Ausbeutung von Ressourcen für Batterien und E-Mobilität und die Aufrechterhaltung einer am Auto orientierten Lebensweise. Gegen die Kompromisslösung zur Fabrikerweiterung haben Umweltgruppen Klage angekündigt.

Interessanterweise mobilisieren auch die Umwelt- und Klimaaktivisten den Begriff der Disruption in ihrer Rhetorik gegen Tesla, im genauso radikalen, aber entgegengesetzten Sinn. Sie verstehen darunter eine Störung der kapitalistischen Wirtschaftsweise, die auf immer neuen Wachstumsprozessen und damit der Ausbeutung von natürlichen Ressourcen basiert. Die Disruption wird also auf die Disrupteure rückbezogen. Auf dem Waldcamp in Grünheide war ein großes Plakat zu finden: „DISRUPT. Für ein Leben jenseits des Kapitalismus“. Neben der Bürgerinitiative Grünheide und dem Bündnis „Tesla den Hahn abdrehen“ trat ein neues Bündnis mit dem Namen „Disrupt Tesla“ auf den Plan. Es war aus der Gruppe „Ende Gelände“ hervorgegangen. Das Ziel dieses Bündnisses ist nicht nur ein Produktionsstopp der Tesla-Fabrik, sondern es richtet sich gegen die Autogesellschaft insgesamt.

Nicht befriedet

In der Rückschau lässt sich feststellen, dass die Planungsverfahren für die Tesla-Ansiedlung nicht zu einer Befriedung der Konflikte beigetragen haben. Vielmehr hat sich die Gegnerschaft der Beteiligten vertieft und emotionalisiert. Die Voraussetzungen für eine gelungene agonistische Planung – eine frühe, offene Debatte und ein allseits akzeptiertes Verfahren – haben gefehlt. Das Großprojekt Gigafactory hat in vielerlei Hinsicht disruptiv auf die Beziehungen in der Region gewirkt. Die Bevölkerung wurde in Befürworter und Gegner gespalten. Bei Planungsinstitutionen und politischen Machtverhältnissen hat dies aber bisher noch nicht zu einem radikalen Wandel geführt. Die Wachstumskoalition aus Land, Landkreis und Gemeinde findet – bisher – eine politische Mehrheit und ist daher hegemonial.



PUBLIKATION



Kühn, Manfred (2023).

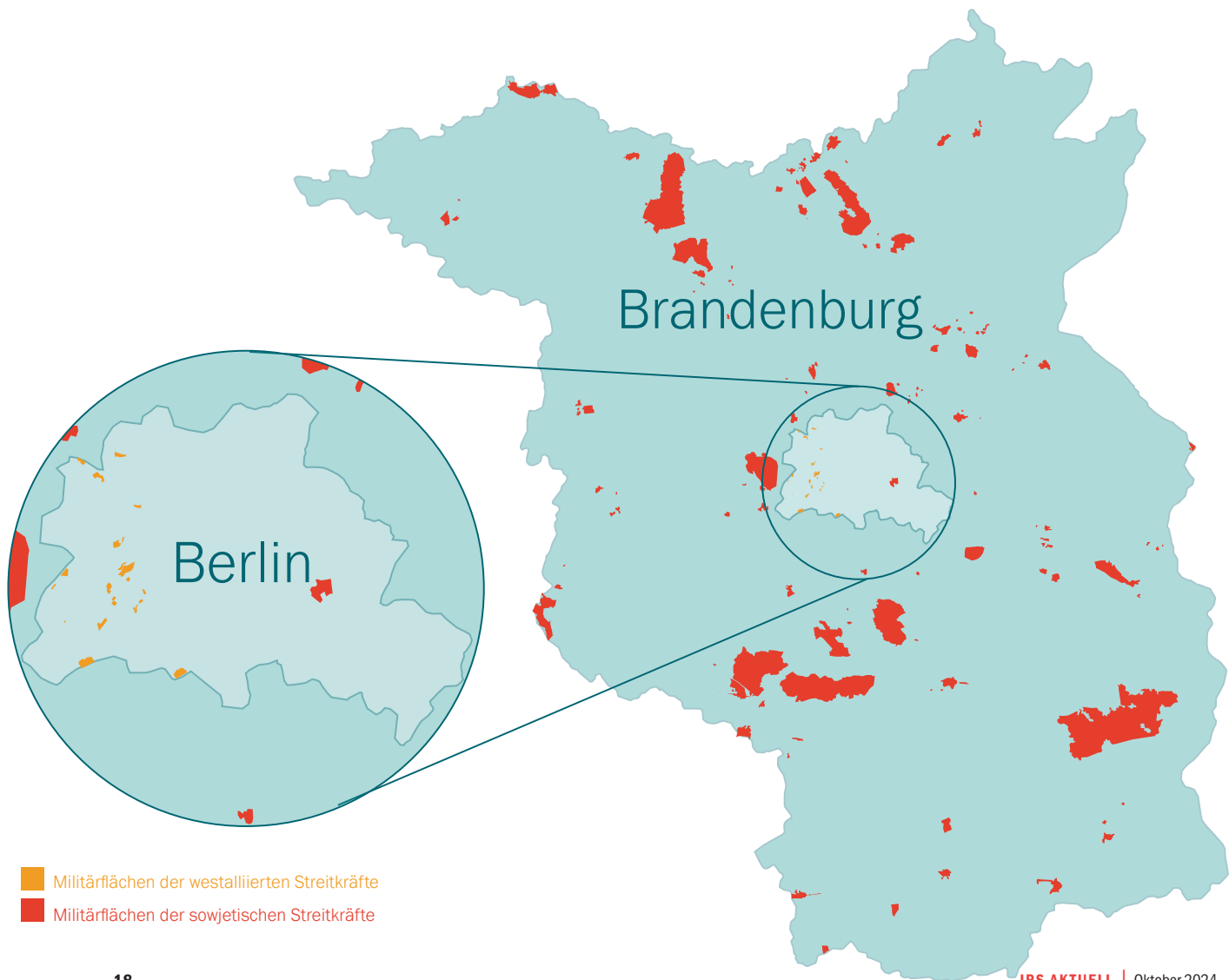
Planungskonflikte und Partizipation: die Gigafactory Tesla.

Raumforschung und Raumordnung, 81(5), 538-556

Ein vergessener Teil der „Wende“?

Wenn wir an die „Wende“ zurückdenken, sind die Bezugspunkte des Erinnerns fest verankert: Der Fall der Berliner Mauer, die Vereinigung Deutschlands und die darauf folgende Transformation. Doch abseits unseres Erinnerungskanons fand eine weitere Umwälzung mit zentraler Bedeutung für die deutsche Vereinigung statt: der Abzug der sowjetischen Truppen aus Ostdeutschland. Er beendete de facto den Kalten Krieg und öffnete riesige Flächen für neue Nutzungen. Zwar disruptiv in seiner Dimension, erfolgte der Abzug friedlich. Die daraus resultierenden Konversionsaufgaben wurden bis heute zum größten Teil bewältigt. IRS-Historikerin Małgorzata Popiołek-Roßkamp nimmt die Lücke in unserer Erinnerung in den Blick.

Text von
Dr. Małgorzata
Popiołek-Roßkamp



Wenn ich von meinem Forschungsprojekt zum Abzug der alliierten Truppen aus Deutschland und zur zivilen Umnutzung der militärischen Flächen erzähle, kommt oft die Frage, ob dieses historische Ereignis mit einem konkreten Datum verbunden werden kann. Kaum jemand erinnert sich heute daran, dass am 31. August 1994, nach fast einem halben Jahrhundert der fremden Besatzung, die in Ostdeutschland stationierten russischen Truppen in Berlin offiziell verabschiedet wurden. Im September folgte eine Militärparade der westlichen Alliierten und darauf ihr Abzug. Ganz anders als in Österreich. Hier wurde der 26. Oktober 1955 – der erste Tag nach dem Abzug, an welchem das Land seine Neutralität erklärte – bereits zehn Jahre später zum Nationalfeiertag auserkoren. Er gilt bis heute. Im deutsch-deutschen Kontext hat der Abzug 1990-1994 heute kaum eine Bedeutung, obwohl er den Kalten Krieg beendete und als ein verspätetes Ende des Zweiten Weltkrieges interpretiert werden kann. Die Erinnerung an die Zeit konzentriert sich vielmehr auf den Fall der Berliner Mauer, die Vereinigung Deutschlands und die Transformationszeit mit ihren weitreichenden Folgen.

Erinnern und Vergessen

Warum ist das so? Fehlte es an einer spektakulären Schlacht mit vielen Opfern, die den (kalten) Krieg hätte beenden können? Das Atombombenarsenal blieb auf beiden Seiten der Mauer unberührt. Der Ost-West-Konflikt wurde stattdessen militärisch in Form von Stellvertreterkriegen im Globalen Süden ausgetragen. Der einzige Ort, der heute in Deutschland an die potenziellen Gefahren des Kalten Krieges erinnert, ist der einstige Grenzübergang für Diplomaten in Berlin, der Checkpoint Charlie. Oder besser gesagt: die Bilder der Panzerkonfrontation am Checkpoint Charlie von 1961, die den Ort weltweit berühmt gemacht hatten. Manche kennen vielleicht noch die Fulda Gap oder den Point Alpha, den „heißesten Punkt des Kalten Krieges“, an der Grenze zwischen Thüringen und Hessen, wo sich die Vorposten von NATO und Warschauer Pakt gegenüberstanden. Hier ist der Krieg aber auch kalt geblieben. Woran soll also erinnert werden?

In meinem Habilitationsprojekt „Schwerter zu Pflugscharen. Wege in die zivile Umnutzung der militärischen Flächen



Von den Sowjets gesprengte Bunker bei Wünsdorf.

nach dem Abzug der alliierten Truppen aus dem Großraum Berlin“ beschäftige ich mich mit dem Vergessen und Erinnern an den Kalten Krieg – und mit dem Umgang mit seinen Hinterlassenschaften.

Die Forschung an solch einem „jungen“ Abschnitt der Zeitgeschichte birgt verschiedene Herausforderungen, aber auch Vorteile. Viele Archivalien haben Archive von den Behörden übernommen, es sind aber noch nicht alle für die Nutzer*innen zugänglich. Manche Bestände unterliegen noch Schutzfristen. In der Regel lassen sich diese Fristen aber bei einem begründeten Forschungsinteresse verkürzen. Für viele staatliche Archive, die verpflichtet sind, die amtlichen Unterlagen nach 30 Jahren zu übernehmen, reichen die personellen Kapazitäten nicht aus, um das Archivgut zu erschließen. Wenn ich aber solche Archivalien doch zu sichten bekomme, kann ich davon ausgehen, dass ich die erste Forscherin bin, die sie lesen darf. Ein großer Vorteil bei der Untersuchung der neuesten Zeitgeschichte ist die Möglichkeit, einige Zeitzeug*innen zu befragen, die sich noch gut an die 1990er-Jahre erinnern können. Außerdem interessieren mich auch die heutige Wahrnehmung dieser Geschichte und Objekte, die aus der Zeit geblieben sind.

Altlasten und neue Nutzungen

Was heutzutage die Anwesenheit der sowjetischen Truppen im Großraum Berlin ins Gedächtnis ruft, ist die mediale Berichterstattung über die schwer löschraren Brände, die das Sommerloch mit Schlagzeilen wie „Brandenburg brennt!“ füllen. Was dabei brennt, ist die mehrschichtige militärische Geschichte des Bundeslandes, in dessen Böden sich Altlasten aus verschiedenen Zeiten verbergen: Munitionsreste, Treibstoff, Schmiermittel, Schwermetalle und mehr. In die mediale Aufmerksamkeit dringen auch Unfälle beim so genannten „Magnetangeln“ – ein gefährliches Spiel von Schatzsuchenden, die so schon einmal aus Versehen eine im Wasser versunkene alte Granate entscherten.

Als Erbe des Kalten Krieges gelten aber nicht nur die Altlasten, sondern auch zahlreiche Objekte und Flächen, die von den Truppen fast ein halbes Jahrhundert lang beansprucht wurden. Sucht man nach den ehemals durch die Alliierten besetzten Orte, wird man schnell fündig: Das Resort „Tropical Islands“ im südbrandenburgischen Brandt wurde auf dem Gelände eines ehemaligen sowjetischen Militärflugplatzes errichtet. „Karls Erlebnis-Dorf Elstal“ entstand direkt neben dem sowjetischen Kasernengelände in Wustermark westlich von Berlin und wird gerade auf das Gelände erweitert. Der Berliner Flughafen Tempelhof war bis zum Ende des Kalten Krieges, neben seiner zivilen Nutzung, ein wichtiger Stützpunkt der US-Luftwaffe. Das alles sind Flächen, die durch den Abzug der Alliierten frei geworden sind.

Bevor neue Nutzungen entstehen konnten, übernahm aber zunächst der Bund die „neuen“ Gebiete. Er prüfte eigene Bedarfe, etwa für die Bundeswehr, und übernahm in den extremsten Fällen auch Verantwortung für die Altlastensanierung, die ansonsten den Ländern obliegt. Die restlichen Flächen wurden den neuentstandenen Bundesländern angeboten. Neben Sachsen und Thüringen entschied Brandenburg sich dieser Chance und Herausforderung zu stellen. Die ehemaligen Sperrgebiete standen nun im Rahmen ihrer zivilen Umnutzung als relevante stadtplanerische Ressourcen für Wohnraum, Industrie oder Freizeit zur Verfügung. Auf den großen, kaum bebauten Truppenübungsplätzen entwickeln sich ganze Ökosysteme mit seltenen Tieren und Pflanzen, wie in der Kyritz-Ruppiner Heide oder der Döberitzer Heide. Während in Berlin fast alle Orte erfolgreich umgenutzt werden konnten, wartet ein Zehntel der von den Sowjets genutzten Flächen in ganz Brandenburg noch auf neue Funktionen. Es handelt sich dabei meistens um Orte, die weit von der Verkehrsinfrastruktur gelegen, zu groß für potenzielle Investoren und weiterhin durch Altlasten verseucht sind. Und manchmal sind es einfach zu viele Liegenschaften an einem Ort, wie beispielsweise in Jüterbog, schon seit dem 19. Jahrhundert die größte Garnison Deutschlands, wo zwei Drittel der Fläche von den Sowjets militärisch genutzt wurden.

„Lost Places“ und Gruselromantik

Die alten, verfallenen militärischen Anlagen gelten heute als sogenannte „Lost Places“, ein Begriff, der übrigens eine denglische Erfindung ist und nur in deutscher Sprache existiert. Der Charme des Morbiden zieht Menschen zu diesen modernen Ruinen – oder *modern ruins*, wie sie korrekt auf Englisch heißen. Die wenigsten werden offiziell touristisch erschlossen, wie es beim Baumwipfelpfad auf dem Gelände des ehemaligen sowjetischen Krankenhauses in Beelitz-Heilstätten der Fall ist. Hier wird die Unheimlichkeit der verlassenen Krankenhausarchitektur (ein doppelter Gruselfaktor) mit der Schönheit der Natur verknüpft, die den Ort langsam zurückerobert. Von einer über den Bäumen gebauten Stahlkonstruktion kann das Gelände aus der Vogelperspektive betrachtet werden.

Besichtigungen mancher dieser Orte werden im Rahmen von organisierten Touren von spezialisierten Anbietern wie den Berliner Unterwelten oder Berlins Taiga angeboten. Berlins Taiga wirbt auf ihrer Website mit „Zeitreisen in die jüngere Vergangenheit“ mit einem sowjetischen Kleinbus und dem obligatorischen roten Stern im Logo. Andere Internetplattformen konzentrieren sich auf die weniger erschlossenen Orte. Die Seite *verlassenes.de* betont, dass sie die Adressen der Objekte nur dann vertritt, wenn sie legal besichtigt werden können. Die Webseite *extremcaching.com* bietet das seit einigen Jahren

beliebte Schnitzeljagdspiel Geocaching in Lost Places an. Sie warnt aber gleichzeitig vor möglichen Gefahren des unbefugten Betretens von privaten und/oder einsturzgefährdeten Locations, die aufgrund ihrer früheren Nutzung auch verseucht sein können.

Was uns erspart blieb

Wenn man von der historischen Funktion dieser Orte ausgeht, kann man sich zumindest theoretisch vorstellen, was alles hätte passieren können, wenn die Anlagen wirklich in vollem Ausmaß genutzt worden wären.

Initiative die betroffenen Gemeinden und Städte bei der zivilen Umnutzung der militärischen Flächen und bietet im Rahmen des jährlich stattfindenden Konversionsommers neben Fachveranstaltungen verschiedene Angebote für ein breites Publikum an. Ein neues E-Book des Netzwerkes zu Konversionsprojekten in Brandenburg kann auf der Website des Netzwerkes heruntergeladen werden.

Aber welche Geschichte erzählen nun diese Orte, wenn man von vom Lost-Place-Abenteuer zur historischen Erinnerung übergeht? Um die Relevanz dieses Themas am Beispiel von Brandenburg nachzuvollziehen zu können,



Der Zwei-plus-Vier-Vertrag

Am 12. September 1990 wurde in Moskau der sogenannte Zwei-plus-Vier-Vertrag zwischen beiden deutschen Staaten (zwei) und den Besatzungsmächten (vier) geschlossen. Er regelt unter anderem die territorialen Aspekte der Vereinigung Deutschlands. Er regelt aber auch den Abzug der Westgruppe der sowjetischen Truppen (WGT) aus Ostdeutschland. 1994 war die Sowjetunion bereits zerfallen. Die nunmehr aus russischen und anderen osteuropäischen Militärangehörigen bestehende ehemalige Westgruppe der Truppen wurde dennoch vertragsgemäß und, auf Wunsch von Bundeskanzler Helmut Kohl, der eine Bundestagswahl vor Augen hatte, sogar etwas früher als vereinbart abgezogen. Der Zwei-plus-Vier-Vertrag regelt auch die freie Bündniswahl des vereinigten Deutschlands. Praktisch bedeutete dies, dass der neue Staat die NATO-Mitgliedschaft Westdeutschlands übernehmen konnte. Zugleich wurde vereinbart, dass in Ostdeutschland keine internationalen NATO-Truppen und keine Atomwaffen stationiert werden dürfen. Über den möglichen NATO-Beitritt weiterer osteuropäischer Staaten trifft der Zwei-plus-Vier-Vertrag keine Aussage.

Das kaiserzeitliche Haus der Offiziere in Wünsdorf mit sowjetischem Erweiterungsbau von 1970.

Da es aber nicht dazu kam und die Orte nicht, wie etwa Gedenkstätten, in ein Erinnerungsnarrativ eingebettet sind, werden sie durch ihren Verfall lediglich zu gruseligen Attraktionen oder (n)ostalgischen Zeugnissen einer vergangenen Epoche.

Einen wichtigen Beitrag zur Erforschung und zur Vermittlung des sowjetischen Erbes in Deutschland leistet seit mehreren Jahren unermüdlich das Museum Karlshorst, das frühere Deutsch-Russische Museum Karlshorst, das seinen Namen nach dem Angriff Russlands auf die Ukraine änderte. Mit Ausstellungen, Publikationen und Konferenzen versucht es sowohl die Stationierung als auch den Abzug verschiedenen Zielgruppen näher zu bringen. Wenn es um die Nachnutzungsprojekte der baulichen Spuren der sowjetischen Streitkräfte in Brandenburg geht, ist das Konversionsnetzwerk FOKUS der wichtigste Ansprechpartner. Seit 1997 unterstützt die

muss man sich zuerst das Ausmaß der militärischen Nutzung dieser Orte vorstellen. Beinahe die Hälfte der in der DDR stationierten Truppen befanden sich auf dem Territorium des 1990 neugegründeten Bundeslandes. Damit war es die am stärksten militarisierte Region Europas mit einer extrem hohen Konzentration an verschiedenen Waffen, inklusive Kernwaffen. Die Lage war ideal, um auf Unruhen in Ost-Berlin und einen eventuellen Angriff aus West-Berlin schnell reagieren zu können. Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges konnten die Sowjets auf umfangreiche militärische Infrastruktur zurückgreifen, deren Geschichte bis in die preußischen Zeiten reichte. Brandenburg hat traditionell verschiedene Funktionen von der Metropole Berlin übernommen, unter anderen die militärische, die die Stadt aufgrund des Platzmangels selbst nicht stemmen konnte. Zum Zeitpunkt des Abzuges befanden sich in Brandenburg 260.000 Angehörige des WGT-Militärs (siehe Kasten) und 70.000 Zivil-

angestellte von insgesamt 550.000 in ganz Ostdeutschland. 230.000 Hektar, also 8 Prozent der Landesfläche, wurde militärisch genutzt, entweder durch die NVA, oder durch die WGT, die etwa 5 Prozent ausmachten. Dabei stechen besonders von militärischen Flächen geprägte Regionen wie der Landkreis Teltow-Fläming in unmittelbarer Nähe Berlins mit fast 18 Prozent militärisch genutzter Fläche heraus.

Wenn man sich das Waffenarsenal und die Truppenstärke auf beiden Seiten des Eisernen Vorhanges vor Augen führt, sieht man, dass es bei diesem Krieg nicht um das Besiegen des Gegners gegangen wäre, sondern um die nachhaltige Vernichtung seines gesamten Lebensraums. Paradoxerweise war das auch einer der Gründe, weshalb der Krieg ausgeblieben ist. Die gegenseitige Abschreckung sorgte für eine gewisse Stabilität der politischen Situation. Das können wir aber erst aus der heutigen Perspektive feststellen. Die in den Science-Fiction-Büchern oder Filmen, wie „Der Tag danach“ von 1983 gezeigten dystopischen Szenarien eines möglichen atomaren Krieges können aber die Ängste der damaligen Zeit nur bedingt wiedergeben. Auch wenn es schwer ist sich im Nachhinein in das Erleben der ständigen Bedrohung durch Krieg und atomare Vernichtung einzufühlen: Wir müssen uns heute einfach klar machen, welches unglaubliche Glück es ist, dass es niemals zur militärischen Austragung des Ost-West-Konflikts in Deutschland gekommen ist.

Ein Grund zum Feiern

In seiner Vergessenheit ist Deutschland aber nicht alleine. Die Tragweite des für unmöglich gehaltenen Abzuges der russischen Truppen samt ihrem militärischen Arsenal aus allen Ostblockländern wird in der europäischen Erinnerungskultur wenig gewürdigt. Die Friedensbewegungen, die maßgeblich zur gewaltfreien Abwicklung dieses Prozesses beigetragen haben, werden kaum geehrt. In Russland wird die Wahrnehmung des Abzugs durch das Gefühl der Niederlage dominiert. Das Erbe des Nobelpreisträgers Michail Gorbatschow mit seinem Neuen Denken, Glasnost und der Perestroika, dem das friedliche Ende des Kalten Krieges maßgeblich zu verdanken ist, wird im heutigen Russland von den meisten Menschen nicht geschätzt. Das hängt auch mit den späteren Ereignissen zusammen. Der Zerfall der Sowjetunion, der Turbokapitalismus der 1990er-Jahre, die Entstehung des Oligarchentums und eine extreme Kluft zwischen Arm und Reich führten zum Aufstieg eines Mannes, der Russland „great again“ machen will und der am Friedensgedanken wenig Interesse hat. Bei Gorbatschows Beerdigung 2022 war der russische Staatschef Wladimir Putin nicht anwesend und legte nur schnell einen Kranz im Krankenhaus nieder, in dem er gestorben war.

Bis heute lautet das offizielle Narrativ, dass das angebliche Verbot der NATO-Osterweiterung, das in den frühen 1990er-Jahren diskutiert wurde, in verräterischer Weise nicht eingehalten wurde. Bevor sich eine Erinnerungskultur an das friedliche Ende des Kalten Krieges etablieren konnte, wurden die Grundlagen für einen neuen politischen Konflikt gelegt.

Während das Ende der DDR eine schwere Disruption der ostdeutschen Lebensverhältnisse darstellte und zu einer tiefgreifenden sozialen, wirtschaftlichen und politischen Transformation führte, die in der Forschung und in der Öffentlichkeit vielfach diskutiert wurde, gerieten der Truppenabzug und seine Folgen in Vergessenheit. Der Titel dieses Artikels wurde bewusst als eine Frage formuliert. Sie soll zum Nachdenken über die vergessene Bedeutung des im Zwei-plus-Vier-Vertrag von 1990 verhandelten Abzuges einladen. Welche Konsequenzen hatten die Entscheidung und ihre friedliche Umsetzung für die politischen Machtverhältnisse, die internationale Sicherheit und die Orte, die den Menschen und der Natur zurückgegeben wurden? Kann die Reichweite dieses Ereignisses nicht mit dem Fall der Berliner Mauer, der Vereinigung Deutschlands und der Transformation verglichen werden? Hier fielen auch zahlreiche Mauern an den Orten, die mehrere Jahrzehnte abgeschottet waren. Brandenburg „eroberte“ neue Territorien, ohne einmal schießen zu müssen. In die freigewordenen Objekte zogen Behörden, Freizeiteinrichtungen und Menschen ein. Ist das nicht ein Grund zum Feiern?

Wenn dieser Artikel im Oktober 2024 erscheint, wird sich der Abzug Ende August zum 30. Mal gejährt haben. Sie werden den öffentlichen Umgang mit diesem Jubiläum womöglich selbst wahrgenommen haben. Hatte es eine staatliche Feier gegeben? Wie wurde dieses Ereignis in den Medien thematisiert? Haben Sie vielleicht an irgendwelchen Veranstaltungen teilgenommen, die sich mit dieser Geschichte an den historischen Orten auseinandersetzen? Wie wurde die Geschichte des Kalten Krieges und ihres friedlichen Endes erzählt? Was bedeutet sie für Sie persönlich?



KONTAKT

Dr. Małgorzata Popiołek-Roßkamp

Die Forschung, die diesem Beitrag zugrunde liegt, wird als Teilprojekt zu Militärfeldern im Rahmen des institutsfinanzierten Leitprojekts des Forschungsschwerpunktes „Zeitgeschichte und Archiv“ verfolgt. Das Leitprojekt untersucht sozial-räumliche Transformationen in Berlin-Brandenburg zwischen 1980 und 2000. Es läuft von Anfang 2022 bis Ende 2025. Weitere Teilprojekte untersuchen Wirtschaft und Gewerbe, Wohnungspolitik sowie Räume für Erholung und Freizeit. Die Projektleitung liegt bei Dr. Harald Engler. Zum Projektteam gehören neben der Autorin außerdem Dr. Rita Gudermann und Liselore Esther Durouset.



ZUM WEITERLESEN

Hennen, Markus (2024).

30 Jahre Truppenabzug
1994-2024.

Konversion in den FOKUS-
Gemeinden im Land
Brandenburg.

E-Book.

fokus-net.de

Mo. 11. – Mi. 13. November 2024 MSCA CORAL-ITN Final Conference

The conference marks the end of the CORAL – ITN project whose mission is to understand the role and impact of collaborative workspaces (CWS) in rural and peripheral areas of Europe. During the two-day conference, researchers, invited speakers from CWS and policy makers will meet to discuss CWS in relation to global economic trends, regional development, communities and individuals from the perspective of various disciplines. The purpose is to focus on

the phenomenon of CWS (i. e. coworking spaces, makerspaces, fablabs, creative and innovation hubs etc.) that are located primarily in rural or peripheral and remote areas. Keynote speakers include Marta Jiménez Pumares (European Commission Policy Officer – DG Education, Youth, Sport and Culture, Unit D.1 – Cultural Policy), Prof. Gary Bosworth (Northumbria University), Christine Moser (Impact Measurement & Management Lead, Impact Hub Global). Roundta-

ble contributors from CWS and related networks across Europe include: SACCI (Germany), Kulturhof Kleinmecka (Germany), Otelo eGen (Austria), RCE Stettiner Haff (Germany), Rural Move (Portugal), Rural Hack – Societing Lab (Italy), RFFLabs (France), Tzoumakers (Greece), SYN Fab Lab (Greece), BUNTSPEICHER Zwönitz (Germany)

The conference is held at the Romantso Creative Hub, Athens, Greece.

Mi. 4. Dezember 2024 Standortfaktor Weltoffenheit.

57. Brandenburger Regionalgespräch

Für viele Forschende ist die Arbeit mit Kolleg*innen in globalen Kontexten eine Selbstverständlichkeit. Dafür braucht es das Klima einer politischen, administrativen und gesellschaftlichen Weltoffenheit. Im Wissenschaftsbetrieb besteht jedoch nach wie vor ein Bedarf nach weniger Bürokratie und mehr Entgegenkommen. Wie ließe sich Weltoffenheit institutionell gestalten? Im Regionalgespräch tauschen sich Wissenschaftler*innen aus dem In- und Ausland mit

Vertreter*innen aus Politik und Verwaltung über Ihre Erfahrungen aus. Sie diskutieren Anregungen für eine bessere Praxis und formulieren Ideen für den zukünftigen Umgang mit einer global ausgerichteten Forschungslandschaft in der Hauptstadtregion. Es sprechen: PD Dr. Matthias Bernt, Dr. Monika Motylińska (beide IRS), Dr. Valeria Lazarenko (Georg Simmel Center for Urban Studies, HU Berlin), Dr. Tuba İnal Çekiç (The Center for Comparative Research on Democracy,

HU Berlin) und Dr. Carolin Roeder (Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur Brandenburg, Beauftragte für den Aufbau des Ukraine-Zentrums in Frankfurt/Oder).

Das Regionalgespräch findet in der Wissenschaftsetage im Bildungsforum Potsdam (Am Kanal 47, 14467 Potsdam) statt. Es beginnt um 14 Uhr und endet ca. um 17 Uhr.

Do. 26. – Fr. 27. Juni 2025 Zu viel des Wandels? Widersprüche und Aufbrüche in der sozial-ökologischen Transformation.

Kommt die „Große Transformation“ ins Stocken, bevor sie richtig begonnen hat? In den Augen vieler Menschen verläuft der Übergang zu einer nachhaltigen und klimaneutralen Gesellschaft zu langsam. Allerdings sehen sich selbst begrenzte Bemühungen derzeit mit massiven Gegenreaktionen konfrontiert. Themen wie Wärmewende, Verkehrswende oder der ökonomische Wandel im Kontext des

„Green Deals“ werden emotional diskutiert. Politische Entscheidungsträger sehen sich Lobbyinteressen, Fehlinformationen und einer zunehmenden politischen Radikalisierung ausgesetzt. Menschen, die in ihren Kommunen und Regionen die Transformation vorantreiben und innovative Projekte umsetzen, sind zahlreichen Sachzwängen, emotionalen Debatten und Protesten bis

hin zu gewalttätigen Übergriffen ausgesetzt. Dabei sind Regionen, Städte und Gemeinden entscheidende Arenen für das, was als „Große Transformation“ bezeichnet wird. Das Raumwissenschaftliche Kolloquium 2025 diskutiert in Berlin, wie sozial-ökologische Transformation auf lokaler Ebene und in größerem Maßstab neuen Schwung bekommen kann.

Wie disruptiv ist ländlicher Wandel?



Ländliche Räume haben seit der Mitte des 20. Jahrhunderts mehrere tiefgreifende Wandlungsprozesse erlebt. Hilft der Begriff der Disruption dabei, den Wandel besser zu verstehen? Vermittelt er uns ein fundierteres Verständnis für das persönliche Erleben und die Handlungsperspektiven von Landbewohner*innen? In diesem Essay tragen Gabriela Christmann und Jae-Young Lee Einblicke aus zahlreichen Forschungsprojekten zusammen.

Der Wandel ländlicher Räume wurde immer wieder mit dramatischen Worten beschrieben. Von „Höfesterben“ und „Landflucht“ war und ist die Rede. Bilder von hunderten mit Transparenten behängten Traktoren auf Berliner Straßen dominieren zeitweise die Nachrichten. Dem steht seit einigen Jahren ein gewisser neuer Land-Enthusiasmus gegenüber, der gerade in Zusammenhang mit der COVID-19-Pandemie oft verbunden ist mit der Diagnose einer voranschreitenden „Stadtflucht“. Hier soll es nicht, oder zumindest nicht sofort darum gehen, welche der beiden Beschreibungen nun stimmt. Bleiben wir zunächst bei der Sprache. Denn auch für eine Analyse von Veränderungsprozessen brauchen wir zuerst Begriffe, die sozusagen den Denkraum setzen. In diesem Sinn: Was sind die richtigen Worte, um den Wandel ländlicher Räume zu beschreiben?

Diese ganze Ausgabe von IRS aktuell dreht sich um Disruptionen. Es liegt also nahe zu fragen: Hilft uns der Dis-

Erweiterung der Perspektive, die das Disruptive als Möglichkeit einbezieht, scheint uns der richtige Weg zu sein.

Oliver Ibert hat in seinem Beitrag ausbuchstabiert, was eine Disruption ist: eine Episode intensiven Wandels, die die Menschen überraschend trifft, tiefe Verunsicherung auslöst, räumliche und sektorale Grenzen überschreitet und die Öffentlichkeit emotionalisiert. Diese Definition zeigt einen wichtigen Punkt: Es geht bei Disruption nicht (nur) um objektivierbare Fakten. Es geht auch um die Wahrnehmung, um das Erleben.

Das ist für unsere Analyse ein wichtiger Startpunkt. Wir möchten das Konzept aber noch in einer Hinsicht verfeinern, nämlich mit Blick auf den Ablauf nicht nur von disruptiven Ereignissen, sondern von disruptivem Wandel. Begleiten Sie uns deshalb bitte bei einer kleinen gedanklichen Fingerübung: Alle Formen disruptiven gesellschaftlichen Wandels zeichnen sich dadurch aus, dass sie längere Entwicklungsverläufe in ein „Vorher“ (vor einem

**Text von
Prof. Dr. Gabriela Christmann
und Jae-Young Lee**

Ausprägungsformen und Typen (disruptiven) gesellschaftlichen Wandels

EREIGNIS	FOLGEWIRKUNG	
	schnell, mit großer Wucht	langsam, moderat, inkrementell
schnell, mit großer Wucht	<p>Typ A</p> <p>disruptives Ereignis mit disruptiven Folgewirkungen</p>	<p>Typ B</p> <p>disruptives Ereignis mit inkrementellen Folgewirkungen</p>
langsam, moderat, inkrementell	<p>Typ C</p> <p>moderates Ereignis mit disruptiven Folgewirkungen</p>	<p>Typ D</p> <p>moderates Ereignis mit inkrementellen Folgewirkungen</p>

ruptionsbegriff weiter? Ist der Wandel, oder besser, sind die vielfältigen Wandlungsprozesse ländlicher Räume disruptiv? Und was hieße diese Diagnose, wenn sie denn bestätigt ist, für die Perspektiven ländlicher Räume? Am IRS beschäftigen wir uns seit vielen Jahren und in unterschiedlichen Konstellationen mit Wandlungsprozessen auf dem Land. Dabei stand immer das Handeln der Akteure vor Ort im Mittelpunkt. In den vergangenen Jahren haben wir viel zu sozialen Innovationen und Sozialunternehmen auf dem Land geforscht. Es ging also um Organisationsformen und Handlungsweisen der Problemlösung, meist im Kontext greifbarer, lokal erlebter Herausforderungen in Landgemeinden: Nahversorgung, Mobilität, Gesundheit und andere. Wenn wir über Disruption nachdenken, richtet sich der Blick unweigerlich auf Kräfte, die, „von außen“ kommend, die Lebenswelt der Menschen grundlegend verändern. Das wäre also ein deutlicher Perspektivwechsel. Vielleicht müssen wir aber nicht ganz vom lokalen Handeln weggehen. Eine

disruptiven Ereignis oder einer Ereigniskette) und ein „Nachher“ teilen. Es ist also ein Einschnitt, ein Umbruch erkennbar. Im „Nachher“ zeichnen sich, als Folgewirkungen der Disruption, grundlegende Veränderungen ab.

Damit ergeben sich theoretisch unterschiedliche Formen von Disruptionen, in welchen die Elemente *Ereignis* und *Folgewirkung* in ihrer Wucht und Zeitlichkeit jeweils unterschiedlich ausgeprägt sein können. So kann beispielsweise das Ereignis mit großer Wucht, schnell und überraschend eintreten und Akteure mehr oder weniger unvorbereitet treffen. Es kann aber auch sein, dass sich das Ereignis eher moderater, langsamer und für alle sichtbar vollzieht. Auch die Folgewirkungen in Form von grundlegenden Veränderungen können unterschiedlich ausfallen. Sie können unmittelbar, schnell und sehr dynamisch einsetzen oder sich inkrementell (in kleinen Schritten) und langsamer vollziehen.

Wir können also eine Vier-Felder-Matrix anlegen, die jede mögliche Kombination darstellt. Jedes der Felder beschreibt dabei eine spezifische Form, oder anders gesagt, einen spezifischen Typ mehr oder weniger disruptiven gesellschaftlichen Wandels (siehe auch Abbildung 1):

Bei Typ A handelt es sich um einen besonders ausgeprägten Typ von Disruption. Er zeichnet sich dadurch aus, dass ein Ereignis mit großer Wucht und Schnelligkeit eintritt, und außerdem dadurch, dass unmittelbar und schnell tiefgreifende Folgewirkungen damit einhergehen (disruptives Ereignis + disruptive Folgewirkungen). Denken wir beispielsweise an die COVID-19-Pandemie und ihre Auswirkungen auf Arbeitsorte und den Büroimmobilienmarkt. Ein extremes Ereignis hat schnelle, drastische und zum Teil langanhaltende Folgewirkungen.

Typ B steht für Fälle, in denen das Ereignis eine große Schnelligkeit und Wucht hat, während sich aber die Folgewirkungen eher langsam und inkrementell vollziehen (disruptives Ereignis + inkrementelle Folgewirkungen). Diese Variante passt nicht gut in das verbreitete Bild von Disruptionen, ist aber laut der Fachliteratur offenbar weit verbreitet. Denken wir an die katastrophale Flut im Ahr-tal. In der Folge dieser massiven Katastrophe hat sich politisch, organisatorisch, institutionell, gesellschaftlich fast nichts geändert. Möglich ist, dass Veränderungen erst verzögert, nach einer Phase der Starre, nach und nach eintreten.

In Typ C geht demgegenüber ein eher moderates Ereignis voraus, es lassen sich aber gleichwohl mit Wucht und Schnelligkeit Folgewirkungen identifizieren (moderates Ereignis + disruptive Folgewirkungen). Diese Variante wird sich als bedeutsam für den Wandel in ländlichen Räumen erweisen, wie wir noch sehen werden.

Typ D beschreibt Fälle, in denen das Ereignis moderat ausfällt und sich die Folgewirkungen inkrementell vollziehen (moderates Ereignis + inkrementelle Folgewirkungen). Dieser Typ kann daher nicht als disruptiver Wandel verstanden werden, auch wenn der Wandel letztlich über die Zeit hinweg tiefgreifend sein sollte.

Das IRS beteiligt sich am Sonderforschungsbereich (SFB) „Re-Figuration von Räumen“, der an der Technischen Universität Berlin koordiniert wird. Der SFB untersucht die tiefgreifenden Veränderungen sozialräumlicher Ordnungen seit den späten 1960er-Jahren. Dazu gehört der Wandel ländlicher Räume, zu dem die Querschnittsgruppe „Ländlichkeiten“ arbeitet. Ein besonders umfassender Wandel betrifft die Landwirtschaft. Sie verlor in der Nachkriegszeit, gemessen an Beschäftigung und ihrem Anteil an der volkswirtschaftlichen Wertschöpfung, massiv an Bedeutung. Warum? Und wie ging der Wandel vor sich? IRS-Forscherinnen haben in einer Metaanalyse der Fach-

literatur die vorhandenen wissenschaftlichen Erkenntnisse systematisch zusammengetragen.

Den Ausgangspunkt für die Entwicklung ländlicher Räume in der jüngeren Geschichte Europas bildet – wie sich zeigte – die Einigung auf einen freien Warenaustausch landwirtschaftlicher Erzeugnisse im Jahr 1957. Sie erfolgte zwischen den Gründerstaaten der späteren Europäischen Union, nämlich Deutschland, Frankreich, Italien, Belgien, Luxemburg und den Niederlanden. Dieses Ereignis kann gemäß der oben vorgeschlagenen Heuristik eher als moderat oder inkrementell angesehen werden. Denn es wurde unter Einhaltung bürokratischer und rechtlicher Erfordernisse von einer Gruppe zuständiger ministerialer Akteure der betreffenden Staaten in einem längeren Aushandlungsprozess herbeigeführt. Die Umsetzung der Vereinbarung war somit von langer Hand vorbereitet worden und den relevanten Akteuren, etwa den Landwirtschaftsverbänden, im Vorfeld bekannt.

Die Folgewirkungen erwiesen sich allerdings als sehr dynamisch. Nahezu unmittelbar setzten Veränderungen ein, die sich im Vergleich zum Vorher in Form von verschärften landwirtschaftlichen Wettbewerbsbedingungen und Einbrüchen in der ländlichen Ökonomie zeigten. Um im Wettbewerb mithalten zu können, mussten sich landwirtschaftliche Betriebe im weiteren Verlauf in hohem Maß technisieren und ihre Landwirtschaft intensivieren, besonders mit Hilfe synthetischer Dünger und Pflanzenschutzmittel. Nur wenige Betriebe konnten sich das leisten, so dass sich immer mehr Land und Produktion auf immer weniger Betriebe konzentrierten. Von Anfang an gingen Beschäftigungsmöglichkeiten auf dem Land zurück. Im Sinne der vorgeschlagenen Heuristik kann man die Entwicklungen dem Typ C zuordnen: Ein eher moderates Ereignis löst unmittelbar und dynamisch tiefgreifende – disruptive – Wandlungsprozesse aus.

Die Entwicklungen wurden übrigens durch eine Kette weiterer Ereignisse dieser Art verschärft: Denn es wurden auch weltweit Vereinbarungen zum Abbau von Handelsbeschränkungen landwirtschaftlicher Erzeugnisse getroffen. Diese führten zu einer Globalisierung der Agrarmärkte. In der Folge wurden die oben beschriebenen Prozesse noch beschleunigt und weltweit ausgeweitet. Angesichts der rasch zunehmenden Technisierungen und Intensivierungen wurden immer mehr landwirtschaftliche Erzeugnisse durch immer weniger Personal produziert. In vielen Ländern nahmen die Beschäftigungsmöglichkeiten im primären Wirtschaftssektor (Land- und Rohstoffwirtschaft) ab, während demgegenüber Tätigkeiten im sekundären (Industrie) und/oder tertiären Wirtschaftssektor (Dienstleistungen) in ländlichen Regionen nur selten zu einem bedeutenden Faktor geworden sind.

Obwohl sich mit der Umsetzung des freien Warenaustauschs im Jahr 1957 die verschärften Wettbewerbsbedingungen in Europa schon schnell abgezeichnet haben, taten sich die für ländliche Entwicklung zuständigen Akteure schwer damit, Folgewirkungen einzudämmen. Mit dem Bedeutungsverlust des primären Sektors, der vergleichsweise geringen wirtschaftlichen Produktivität und den fehlenden beruflichen Perspektiven in vielen ländlichen Räumen zeigten sich daher zunehmend Abwanderung aus ländlichen Räumen und der Abbau von Infrastrukturen. Zugespitzt wird vom „Ausbluten“ ländlicher Regionen gesprochen. Landbewohner*innen wurden Zeugen tiefgreifender Veränderungen. Sie sahen, wie die Bäckerei, die Fleischerei, die Kneipe, aber auch die Arztpraxis, die Postfiliale, die Bankfiliale sowie die Schule und viele andere Dinge aus der Landgemeinde verschwanden, oder dass diese Dinge, falls sie noch gar nicht vorhanden waren, nie eingerichtet wurden. Noch heute erleben Landgemeinden, dass der einzige Bus – falls es ihn überhaupt (noch) gibt – nur noch in einem extrem ausgedünnten Takt fährt. Vor diesem Hintergrund wurden ländliche Räume als von „Abwärtsspiralen“ gekennzeichnete „Problemräume“ dargestellt. Lange Zeit waren Negativdiskurse charakteristisch für sie.

Neue Landinitiativen: innovativ, nicht disruptiv

Erst ab den 2000er-Jahren lassen sich in ländlichen Gebieten vielerorts Reaktionen auf diese Herausforderungen beobachten. Es zeigte sich, dass Landbewohner*innen und ländliche Akteure nicht mehr auf das Handeln anderer warten. Sie haben vielmehr damit begonnen, die Dinge selbst in die Hand zu nehmen. Gleichgültig, ob es sich um Herausforderungen in der Nahversorgung, der Mobilität oder der beruflichen Perspektiven in ihren ländlichen Räumen handelt, bauen sie Netzwerke auf und bringen verschiedene Expertisen zusammen. Gemeinsam starten sie Initiativen und Projekte. Darin suchen sie nach neuartigen Lösungen, arbeiten an deren Umsetzung und, wenn nötig, an deren Optimierung. Auf diese Weise wurden in den letzten zwanzig Jahren in ländlichen Räumen neue Praktiken etabliert, die im Vergleich zu früheren Praktiken durchaus einen Bruch darstellen. Es wurden zum Beispiel Dorfläden eingerichtet. Dabei handelt es sich um eine Art Multifunktionsläden. Das Innovative daran ist, dass Dorfläden nicht mehr nur einfach Lebensmittel verkaufen, sondern verschiedenste Dienstleistungen gleichzeitig anbieten wie Post- und Paketdienste, Apothekendienste und/oder die Möglichkeit, Geld abzuheben. Einige der Dorfläden bieten auch eine kleine Ecke für ein Café oder einen Treffpunkt. Andere vermitteln – durch eigens dafür geschultes Personal – sogar medizinische Daten von Patient*innen der Gemeinde an die nächste

Arztpraxis. Oft sind solche Dorfläden genossenschaftlich organisiert. Auch für Probleme in der Mobilität sind Lösungen etabliert worden – etwa durch die Anschaffung eines gemeinsam geteilten Dorfautos, um nur ein Beispiel zu nennen. Damit können etwa Landbewohner*innen in einem ausgeklügelten System zum 15 Kilometer entfernten Bahnhof und wieder zurück kommen.

Oft werden diese Phänomene übrigens von Externen, wie etwa von Journalist*innen, als „innovative“ Projekte bezeichnet. Tatsächlich gibt es auch in wissenschaftlicher Hinsicht gute Gründe dafür, die Entwicklung von solch neuartigen Lösungsansätzen und den Bruch mit bisherigen Routinen als Innovation zu bezeichnen. IRS-Wissenschaftler*innen haben in den letzten zehn Jahren im Leitprojekt „Innovationen in Landgemeinden“ und in zwei EU-finanzierten Projekten („RurAction“ und „RurInno“) umfassende empirische Forschungen dazu durchgeführt und vor allem die Prozesse dieser sozialen Innovationen untersucht.

Aber sind die beobachteten Prozesse disruptiv? Nein. Die Gründung von Initiativen und der Start von Projekten vollziehen sich langsam, nicht mit Wucht und Schnelligkeit. Die Dinge kommen vielmehr schrittweise voran, müssen in gemischten Akteurskonstellationen ausgelotet, ausgehandelt und sorgfältig entfaltet werden. Zudem muss sich erst eine Kerngruppe finden, und es muss ein Netzwerk aufgebaut werden. Auch die Arbeit an neuartigen Lösungen dauert ihre Zeit, weil bisherige Wege und Routinen verlassen und neue eingeschlagen werden müssen. Die neuen Wege können auch mal in eine Sackgasse führen, aus der die Akteure – wenn überhaupt – erst wieder herausfinden müssen. Ebenso verläuft die Implementierung neuartiger Praktiken eher prozesshaft. Es dauert eben seine Zeit, bis ein Multifunktions-Dorfladen oder ein gemeinschaftliches Dorfauto tatsächlich etabliert und dann auch noch von Landbewohner*innen angenommen werden.

Häufig ist – in der Fachliteratur und in medialen Diskursen – von disruptiven Innovationen die Rede. Die sozialen Innovationen, die in Landgemeinden von vielfältigen Engagierten vorangetrieben werden, gehören aber nicht in diese Kategorie. Wenn wir an unsere Matrix zurückdenken, haben wir hier einen Typ D vor uns. Ungeachtet dessen können die gesellschaftlichen Folgewirkungen von innovativen Initiativen auf dem Land durchaus tiefgreifende Veränderungen mit sich bringen. Sie können zu einem spürbaren Zugewinn an Lebensqualität und vor allem einer Erhöhung der Attraktivität ländlicher Räume beitragen.

Einige Landbewohner*innen berichteten davon, dass sogar Externe, etwa Menschen aus größeren Städten, angesichts der sichtbaren kreativen und innovativen Ini-

tativen sowie der erkennbaren ländlichen Experimentierfreudigkeit mit dem Gedanken spielen würden, aufs Land zu ziehen, und dass Interessierte bei ihnen schon Erkundigungen dazu einzogen hätten. Es deutet sich hier ein Imagewandel ländlicher Räume an, der mittlerweile auch statistisch in messbaren – und durchaus nennenswerten – Zuwanderungen auf das Land seinen Ausdruck findet. Aber wie gesagt: Disruptiv ist diese Art von Wandel nicht.

Disruptive Digitalisierung

Der ländliche Wandel in jüngerer Zeit lässt sich allerdings nicht ohne eine weitere Entwicklung von fundamentaler Bedeutung verstehen: die nahezu vollständige Digitalisierung des gesellschaftlichen Lebens. In der Kommuni-

ktiv geworden, wie zum Beispiel Recherchen zu Australien, Chile, China, Estland, Finnland, Kenia, Südafrika oder Südkorea gezeigt haben. Zweitens denken wir im Zusammenhang mit Digitalisierungen auf dem Land an Onlineplattformen, die dort von Bedeutung werden können, aber auch an digitale Anwendungen auf dem Smartphone, die das Leben auf dem Land erleichtern können: spezielle Liefer-Apps, Mitfahr-Apps oder Dorffunk-Apps. Und drittens kommen digitale Kompetenzen in den Blick, die vorhanden sein müssen, damit digitale Infrastrukturen und Anwendungen überhaupt genutzt werden können. Auch das ist nicht trivial, wenn man berücksichtigt, dass der Bevölkerungsanteil an älteren Menschen in ländlichen Gebieten sehr hoch und deren Affinität zu digitalen Technologien eher gering ist.

Und dennoch: Seit den 2010er-Jahren konnten für alle drei Dimensionen ländlicher Digitalisierung, also für Infrastrukturen, Anwendungen und Kompetenzen, weltweit große Fortschritte auf dem Land gemacht werden – auch und gerade in peripheren ländlichen Räumen. In vielen Ländern wurde die Digitalisierung durch spezielle Förderungen im Rahmen von staatlichen Programmen umgesetzt. Das sind Befunde, die sich im Rahmen der IRS-Forschungsprojekte „Smart Villagers“ und „Peripherisierte ländliche Räume: Digitalisierung und Raumkonstruktionen“ abzeichneten. Die schon genannte Querschnittsgruppe „Ländlichkeiten“ des SFB „Re-Figuration von Räumen“ untersuchte ländliche Räume in Deutschland, Chile, China, Kanada, Kenia und Südkorea vergleichend. Außer in Deutschland, wo die Digitalisierung ländlicher Räume eher langsam verläuft, vollzog sich das Ereignis überall rasch und mit Wucht, vor allem in sehr peripheren Räumen. Man kann mit Blick auf die Digitalisierung also von einem disruptiven Ereignis sprechen.

Interessanterweise treten auch die Folgewirkungen von ländlichen Digitalisierungen schnell und mit Wucht ein – selbst in Deutschland zeichnet sich dies ab. Hier sehen wir also eine fast idealtypische Disruption mit disruptivem Auslöser und disruptiven Folgen (Typ A). Wie sieht das konkret aus?

Weitgehend bekannt ist, dass sich mit schnellem Internet für Landbewohner*innen neue Arbeitsmöglichkeiten eröffnen, sowohl in Selbständigkeit als auch, durch Homeoffice, in abhängiger Beschäftigung (vor allem in Deutschland, aber auch in Chile oder Kanada). Sie können auf dem Land Berufen nachgehen, die sie früher von dort aus nicht hätten ausüben können. Digitalisierungsprozesse auf dem Land und die gleichzeitige Möglichkeit, ein ruhigeres Leben und Arbeiten in einem naturnahen und traditionsgebundenen Umfeld realisieren zu können, ziehen außerdem neue Bewohner*innen aus den Städten an. Einige der neu Zugezogenen kommen mit einer gewissen Kapitalausstattung auf das Land (neue

Interessanterweise treten die Folgewirkungen von ländlichen Digitalisierungen schnell und mit Wucht ein – selbst in Deutschland zeichnet sich dies ab.

kationswissenschaft wie auch in der Soziologie wird die Digitalisierung als disruptive Entwicklung beschrieben, weil sie das Handeln im Alltag, im beruflichen Leben und eigentlich in nahezu allen Lebensbereichen spätestens mit der Etablierung des Internets schlagartig durchdrungen hat. Handelnde sind sich heute kaum noch bewusst, wann sie offline und online sind. Ihr Handlungsfeld hat sich zudem stark ausgedehnt, weil sie längst translokal – also weit über ihre physische Verortung hinaus – handeln und wirken können. Studien über digitale Praktiken von Jugendlichen zeigen am augenfälligsten, wie sehr ihr Leben von Grund auf durch digitale Technologien geprägt wird und wie anders ihr Leben im Vergleich zu dem von Jugendlichen in früheren Zeiten ist.

Was bedeutet die Digitalisierung für ländliche Räume? Wenn wir in diesem Zusammenhang von Digitalisierung sprechen, denken wir erstens an den technischen Ausbau digitaler Infrastrukturen, insbesondere an die Verfügbarmachung von schnellem Internet, was gerade für abgelegene (periphere) ländliche Gebiete nicht trivial ist. Vor allem in Deutschland hat man sich diesbezüglich sehr schwergetan. Und der Prozess ist dort noch nicht abgeschlossen. In vielen anderen Ländern der Welt ist man diesbezüglich sehr viel früher und umfassender

rural elites) und wollen ihre Landutopien realisieren. Sie werden Teil von ländlichen Veränderungen und wirken indirekt oder direkt an der Verbreitung neuer Ideen von Ländlichkeit mit.

Die internationalen Fallstudien zeigen, dass ländliche Räume von Onlineplattformen profitieren können. In China ist die Plattform von Alibaba zentral. Sie hat es ländlichen Bewohner*innen möglich gemacht, sich am E-Commerce zu beteiligen. Vielfach sind sogenannte „taobao-villages“ entstanden, in denen mindestens zehn Prozent der ländlichen Bevölkerung im E-Commerce tätig sind. Innerhalb von nur kurzer Zeit sind vor allem im Südosten Chinas *taobao villages* wie Pilze aus dem ländlichen Boden geschossen. Auch in Südkorea wurden Entwicklungen im E-Commerce vorangetrieben. Die wirtschaftliche Erschließung ländlicher Räume Südkoreas diversifizierte sich hierdurch sehr viel stärker als es bisher der Fall war. Da im Rahmen von Plattformaktivitäten in der Regel nicht nur Daten-, sondern auch Warenströme fließen, gewinnen in den genannten Ländern logistische Infrastrukturen auf dem Land an Bedeutung.

In anderen Ländern, wie zum Beispiel in Chile, ist es eher die Vermietungsplattform Airbnb, die für – oftmals weltweit – angelegte Tourismusangebote von Privatpersonen in ländlichen Räumen wichtig geworden sind. Landmenschen werden auf diese Weise zu Kleinunternehmer*innen (besonders Frauen). Dadurch kommt der Ausbau von Verkehrs- und digitalen Infrastrukturen sowie die Zunahme von Mobilität und Kontakten in Gang. Nicht nur die physischen Strukturen der Landgemeinden verändern sich dadurch, sondern auch das Wissen, die Vorstellungswelten und das Handeln der Menschen vor Ort. In Chile und teilweise in Kanada zeigte sich außerdem, dass sich auch indigene Bevölkerungen, die überwiegend in ländlichen Räumen leben, neue digitale Möglichkeiten aneignen. Sie können sich darüber emanzipieren, auf ihre eigene Weise an wirtschaftlichen Prozessen teilhaben, sich öffentlich Gehör verschaffen und ihre Ideen von Territorium, Orten und ländlichen Räumen verbreiten.

Menschen in ländlichen Räumen machen weltweit neue, disruptive Erfahrungen. Durch die plötzlich erhöhte nationale und teilweise auch globale Konnektivität erleben sie mehr Selbstständigkeit, Emanzipation, Offenheit, Freiheit, Diversität und Gestaltungsmacht bis hin zu einem neuen Widerstandswillen. Sie können ihr ländliches Leben und „ihre“ ländlichen Räume mehr als zuvor selbst gestalten und oft auch staatlichen Interessen etwas entgegensetzen. Es entwickeln sich also neue Erfahrungen und Praktiken auf dem Land. In gewisser Weise ähneln diese denen des urbanen Lebens. Werden wir also künftig von urbanen Dörfern sprechen? Entwickelt sich eine städtisch-ländliche Hybridität, wie es in der sozialwissenschaftlichen Literatur teilweise vorgeschlagen wird?

Unsere Forschungen haben aber auch gezeigt, dass die neuen Erfahrungen und Handlungsweisen alte Wahrnehmungen von Ländlichkeit zurückdrängen und bisherige Identitätsbildungen ländlicher Akteure erschüttern können. Das zeigt sich besonders stark in entlegenen ländlichen Räumen, die noch vor einem Jahrzehnt relativ isoliert vom Rest der Welt waren (besonders in Chile, China und Südkorea) und wo relativ plötzlich und unvermittelt neue digitalisierte Welten einbrechen. Es entstehen neue Unsicherheiten, ambivalente Einschätzungen und latente Konflikte: Einerseits werden einige der neu gewonnenen Erfahrungen und Möglichkeiten, die in das ländliche Leben eingedrungen sind, geschätzt und angenommen. Andererseits sind gleichzeitig Verluste von kollektiv geschätzten Dimensionen traditioneller Ländlichkeit zu beobachten, die sich entweder bereits vollzogen haben oder in absehbarer Zukunft zu erwarten sind: zum Beispiel Verluste von unversehrter Natur und Landschaft, von Ruhe, sozialer Vertrautheit, Sicherheit und oft auch von traditioneller Baukultur.

Wir sehen also: Die Entwicklung ländlicher Räume ist weltweit reich an Disruptionen, und wir müssen diesen Aspekt in unseren Diskussionen zu ländlicher Entwicklung berücksichtigen. Für die Forschung am IRS, die bisher vor allem auf die Folgen (nicht die Ursachen) von Landflucht und Infrastrukturabbau sowie auf das selbstbestimmte, sozial-innovative Handeln von Landakteuren als Reaktion darauf geschaut hat, ist das eine wichtige Ergänzung. Gerade mit Blick auf jüngere Entwicklungen rund um die Digitalisierung ländlicher Räume hilft besonders eine internationale Perspektive. In Deutschland lief diese Entwicklung bisher eher gemächlich ab. Aber einige disruptive Veränderungen werden mit Sicherheit auch bei uns stattfinden.

Dieser Beitrag basiert auf einer großen Bandbreite von Forschungen, die von der EU, der Deutschen Forschungsgemeinschaft sowie aus dem IRS-Haushalt finanziert wurden und werden.

 **KONTAKT**
Jae Young-Lee
Prof. Dr. Gabriela Christmann

100 resiliente Städte

Städte sind immer öfter von Extremereignissen betroffen, die sie teils vor existenzielle Probleme stellen: Hochwasser und Dürren, Cyberangriffe und Wirtschaftskrisen. Ab 2013 versammelte die philanthropische Rockefeller Foundation aus New York ein weltweites Netzwerk von 100 Städten, bezahlte jeder davon einen Chief Resilience Officer und ließ jede eine Resilienzstrategie entwickeln. Die Städte sollten sich mit integrierten Konzepten ihren individuellen Herausforderungen stellen. Hat das funktioniert?

Text von
Dr. Elisa Kochskämper

Von 2015 bis 2020 erlebte die südafrikanische Provinz Westkap die schlimmste Dürre ihrer Geschichte. In der Metropole Kapstadt mit ihren grob 4 Millionen Einwohnenden führte die Dürre zu einer drastischen Wasserkrise. Während des Höhepunkts der Dürre in den Jahren 2017 und 2018 musste die Stadt Trinkwasser stark rationieren. Die Verantwortlichen in Kapstadt sahen dem „Day Zero“ entgegen, an welchem der Füllstand am Theewaterskloof-Damm, dem wichtigsten Wasserreservoir der Region, so weit absinken würde, dass die Trinkwasserversorgung von Kapstadt zum Erliegen käme. Kapstadt wäre damit weltweit die erste Großstadt gewesen, in der aufgrund von Dürre die Wasserversorgung über das öffentliche Leitungsnetz eingestellt werden muss. Prognostiziert war dieser Tag für April 2018; doch es kam nicht dazu. Ab März zogen Niederschläge wieder an, die Füllstände erholten sich.

Kapstadt nahm sich vor, aus dieser Erfahrung zu lernen. Die Stadt initiierte einen Resilienz-Prozess. Teil dessen war, wenig überraschend, die Wasserversorgung. Gemeinsam mit anderen Städten, darunter Amman, Greater Manchester, Mexiko-Stadt, Miami, Rotterdam und Thessaloniki, wurden Maßnahmen für die Resilienz städtischer Gewässer entwickelt. Zum Beispiel erarbeitet Kapstadt mit Forschungspartnern ein Demonstrationsprojekt für Rückhaltebecken, die Regenwasser aufnehmen und ins Grundwasser einsickern lassen. Aber nicht nur Dürre erkannte man in Kapstadt als ein mögliches Schockereignis, sondern auch beispielsweise Stromausfälle und Cyberangriffe. Zudem nahm sich die Stadt langfristige Problemthemen vor, wie Kriminalität, soziale Ungleichheit, Armut, instabile Kommunalfinanzen, Verkehrsüberlastung und (zu) schnelles Stadtwachstum. Sie wurden in die Resilienzstrategie aufgenommen, die Kapstadt im Jahr 2019 verabschiedete.

Ein Netzwerk für Resilienz

Resilienz – dieser Begriff steht im Zentrum von Kapstadts Reaktion auf die Wasserkrise. Doch was steckt dahinter? Was ist damit gemeint, und warum verbindet Kapstadt damit eine bestimmte, offensichtlich über das Wasserproblem hinaus gehende Agenda? Wie kam die Stadt zu ihrer Resilienzstrategie und ihren internationalen Kooperationsbeziehungen? Zunächst ist urbane Resilienz mittlerweile ein weltweit intensiv diskutiertes Thema. Städte werden von externen Schocks wie etwa extremen Wetterereignissen, von tiefgreifenden Disruptionen wie der globalen Pandemie und von schleichenden Krisen wie dem Klimawandel herausgefordert. Als Bevölkerungszentren wie auch als Knotenpunkte wirtschaftlicher, kultureller, technischer und sozialer Aktivitäten und Infrastrukturen sind Städte im besonderen Maße betroffen. Resilienz beschreibt ganz allgemein die Fähigkeit, solche Herausforderungen zu bewältigen. Dem Konzept liegt keine allgemeingültige Definition zu Grunde, aber es betont die Fähigkeit, mit Veränderungen umzugehen, sich an sie anzupassen und aus ihnen zu lernen.

In Kapstadt und vielen weiteren Städten – 99 um genau zu sein – begegnen wir einem ganz bestimmten strategischen Ansatz für urbane Resilienz: Diese Städte bilden (bzw. bildeten) zusammen das 100 Resilient Cities Network, einen seit 2013 bestehenden globalen Zusammenschluss von Städten, die alle einem gemeinsamen Vorgehen folgen, um Resilienz als leitendes Prinzip in ihrer Stadtentwicklungspolitik zu verankern. Dieses Netzwerk ist insofern eine Besonderheit, als es nicht etwa von einer UN-Organisation oder als Bottom-up-Initiative ins Leben gerufen wurde, sondern von der Rockefeller Foundation, einer privaten philanthropischen Stiftung mit Sitz in New York. Diese Konstellation wurde für die



beteiligten Städte und für uns als Forschende zu einer ganz eigenen Herausforderung – doch dazu später mehr.

Das 100 Resilient Cities Network, kurz 100RC, war die größte Initiative ihrer Art. Mit ihm tat sich für uns eine Forschungsgelegenheit auf. Wir wollten wissen, was Resilienz für Städte weltweit bedeutet: wie sie den Begriff verstehen, wie sie ihn mit Leben füllen und welche Unterschiede und Gemeinsamkeiten es dabei gibt. „Wir“, das ist das Team der Forschungsgruppe „Urbane Nachhaltigkeitstransformationen“ (Peter Eckersley, Wolfgang Haupt, Kristine Kern und ich), Lisa-Maria Glass von der Leuphana Universität Lüneburg sowie Shirin Malekpour und Jarrod Grainger-Brown von der Monash University Melbourne. Für unsere Forschung eigneten sich die 100 Resilient Cities nicht nur deshalb so gut, weil sie ein großes Sample von Untersuchungsstädten darstellten, sondern auch, weil sie eine einzigartige Zusammensetzung und eine neue Qualität der Zusammenarbeit zeigten.

In der Forschung zu städtischer Resilienz klafft bisher eine Lücke: Der Globale Süden wird darin nämlich meistens vernachlässigt. Vorstellungen von Resilienz wurden bisher in Wissenschaft und Praxis vom Globalen Norden geprägt. Insbesondere im Kontext von Resilienz ist diese Forschungslücke bedenklich, denn Städte des Globalen Südens leiden oft an größerer sozialer Ungleichheit und haben mit anderen oder vergleichsweise drastischeren Herausforderungen zu kämpfen – sowohl bei den Problemlagen als auch bei der Ressourcenausstattung. Demgegenüber teilen Städte weltweit die Problematik mangelnder finanzieller Ressourcen und schleppender Umsetzung von Strategien – im Globalen Süden vorwiegend aufgrund von fehlenden Kapazitäten, im Globalen Norden größtenteils aufgrund von Überbürokratisierung. Zudem ist Resilienz ein verhältnismäßig neues Thema auf der urbanen Agenda. Es wäre kurzsichtig, dem Globalen Norden automatisch eine Vorreiterrolle zuzuschreiben.

Im 100 Resilient Cities Network sind zwar die „üblichen Verdächtigen“ vertreten, die bereits als internationale Vorreiterinnen in der urbanen Politik bekannt sind, wie New York, Paris oder Barcelona. Neben ihnen nahmen aber auch Städte teil, die vorher noch nicht für solche Bestrebungen bekannt waren, wie Santa Fe in Argentinien, Ciudad Juarez in Mexiko, Can Tho in Vietnam, Accra in Ghana oder Tiflis in Georgien. Die 100RC setzten sich aus Städten aus insgesamt 46 Ländern und aus fünf vom Netzwerk selbst definierten Regionen zusammen: „Afrika“, „Asien“, „Europa und Naher Osten“, „Lateinamerika und karibische Staaten“ sowie „Nordamerika“. Darüber hinaus lag der Fokus auf einer ausgeglichenen Verteilung von Städten aus dem Globalen Süden und Norden mit jeweils 50 Städten. Wir wählten für unsere Forschung 30 Städte aus, die genau dieser Verteilung aus den fünf Regionen entsprechen.

Resilienz und Nachhaltigkeit

Besonders ein Aspekt interessierte uns: Resilienz ist ein ambivalenter Begriff, denn er kann, nach einem einschneidenden Ereignis, einerseits die Rückkehr zu einem vorherigen Zustand („bouncing back“) oder aber den Wandel hin zu einem neuen Zustand („bouncing forward“) beschreiben. Nach dem heutigen Forschungsstand ist Resilienz in der städtischen Praxis bisher überwiegend eher technisch und als Rückkehr zum Status quo, also als „bouncing back“, ausgelegt worden. Diese Interpretation, das Altbewährte zu erhalten und zu ihm zurückzukehren, kann aber im Konflikt mit Innovation, Transformation und nachhaltiger Entwicklung liegen. Zum Beispiel kann die Errichtung von Dämmen und Schutzmauern zum Hochwasserschutz in Konflikt mit nachhaltigen Hochwasserschutzmaßnahmen geraten, die auf natürliche Gewässerretention abstellen, wie es etwa das Konzept der Schwammstadt vorsieht.

Im Jahr 2015 verabschiedeten die Vereinten Nationen ihre 17 Nachhaltigkeitsziele oder Sustainable Development Goals, kurz SDG, für 2030. Sie umfassen ökologische (z.B. Klimaschutz), soziale (z.B. Beendigung von Armut) und wirtschaftliche Ziele (z.B. menschenwürdige Arbeit und Wachstum). Ziel Nr. 11 lautet: „Städte und Siedlungen inklusiv, sicher, widerstandsfähig und nachhaltig gestalten“. Viele weitere Ziele beziehen sich auf Probleme, die in Städten gehäuft anzutreffen sind, wie Armut und sanitäre Mängel. Zu Beginn unserer Forschung vermuteten wir, dass Städte, die ein stärker transformatives Verständnis von Resilienz („bouncing forward“) haben, gleichzeitig auch eher den UN-Nachhaltigkeitszielen näherkommen.

Schließlich interessierte uns auch, ob die Städte in ihren Resilienz-Ansätzen über einen engen Fokus auf Klimawandel und Extremwetter hinausgehen. Denn Resilienz ist ein breit einsetzbares Konzept, das sich auch auf ökologische, soziale, wirtschaftliche oder technische Problemlagen anwenden lässt. So kann es auch den umfassenden Nachhaltigkeitszielen der UN entsprechen. Tatsächlich folgte das 100 Resilient Cities Network von Anfang an einer breiten Definition von Resilienz. Resilienz ist demnach „die Fähigkeit von Individuen, Gemeinschaften, Institutionen, Unternehmen und Systemen in einer Stadt zu überleben, sich anzupassen und zu wachsen; unabhängig von den erfahrenen chronischen Stressoren und akuten Schocks.“

Darüber hinaus schrieb die Rockefeller Foundation den teilnehmenden Städten nicht vor, welche Maßnahmen sie umzusetzen hatten, um resilient zu werden. Sie gab aber einen gemeinsamen Prozess vor: Alle Städte sollten in einem partizipativen Verfahren mit der Bevölkerung eine Resilienzstrategie entwickeln. Am Anfang sollte

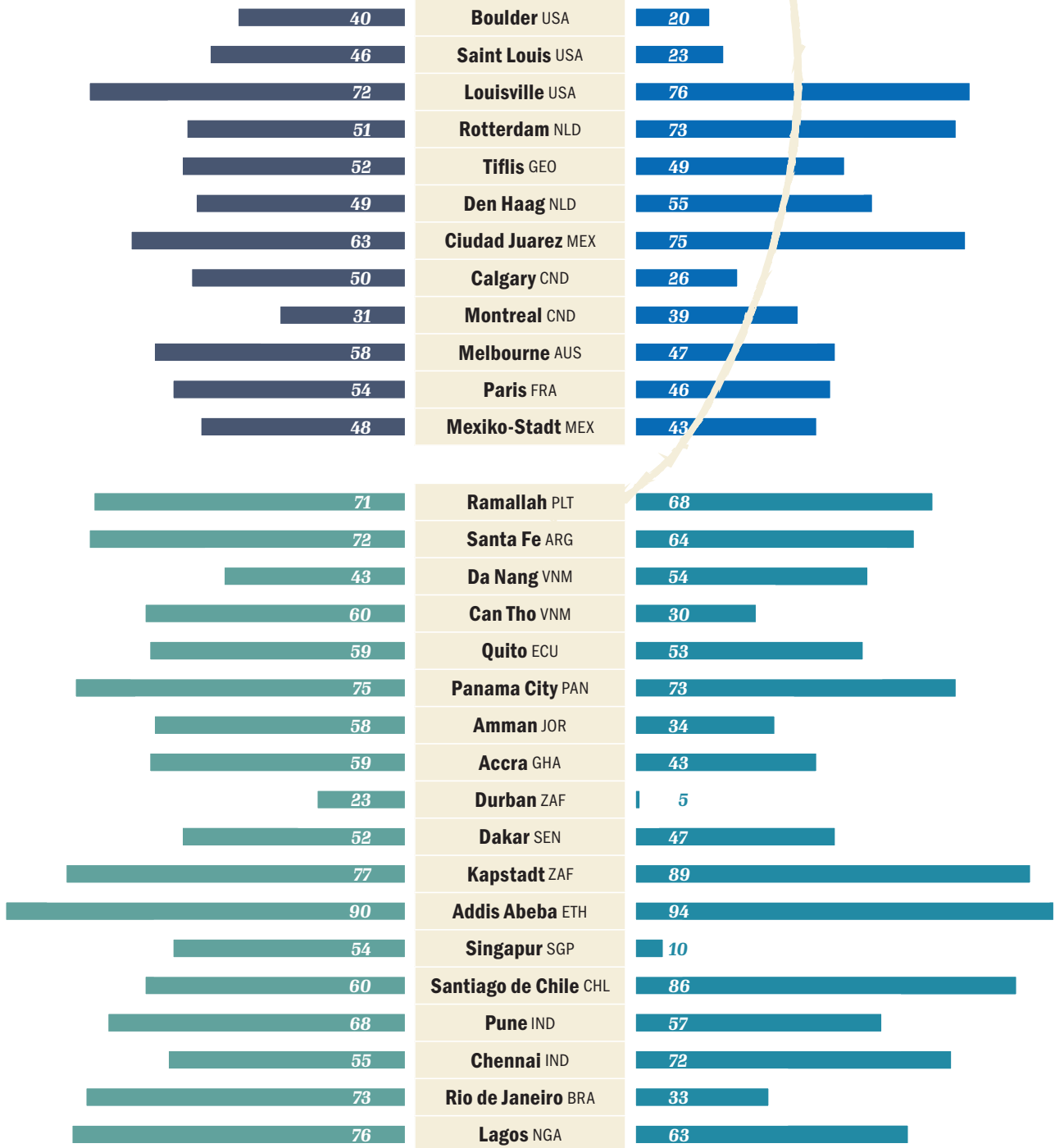
Nachhaltige Entwicklung und Resilienz in Städtestrategien

des **Globalen Nordens** und **Globalen Südens** im Vergleich

Anzahl der SDG Unterziele
(adressiert)

Bevölkerungszahlen zunehmend ↓

Index-Wert der Resilienz
(0-100)





Wandmalerei an einer Stützmauer im Hafen von Kapstadt

eine „Vulnerabilitätsanalyse“ stehen. Hierfür definierte jede Stadt mögliche externe Ereignisse („Schocks“) und grundlegende, längerfristige Ursachen („Stressoren“) für „Systemvulnerabilität“, also für die Verletzlichkeit der Stadt. Ein Schock konnte beispielsweise eine Cyberattacke sein (u.a. in Rotterdam), ein Stressor konnte beispielsweise schlechte Luftqualität (u. a. Mexiko-Stadt) oder fehlender Wohnraum (u. a. Paris) sein. Darauf aufbauend sollten Maßnahmen gefunden werden, um mit diesen Herausforderungen umzugehen. Die Rockefeller Foundation steuerte pro Stadt etwa eine Million Euro für die Umsetzung der Maßnahmen bei. Sie finanzierte außerdem für jede Stadt die Position eines „Chief Resilience Officers“, der direkt am Büro des Bürgermeisters bzw. der Bürgermeisterin angesiedelt sein und dafür sorgen sollte, dass die Resilienzstrategie querschnittlich und koordiniert in allen Bereichen der Stadtpolitik umgesetzt wird. Der Erfolg der Resilienzmaßnahmen sollte evaluiert werden.

Da alle der 100RC denselben Prozess beschrrieben, waren für uns die jeweiligen Resilienz-Ansätze transparent nachvollziehbar. Als Datenmaterial dienten uns die veröffentlichten Resilienzstrategien. Nun ließe sich einwenden, dass Papier geduldig ist und Strategiedokumente nicht zwingend etwas über gelebte Praxis aussagen. Doch Studien belegen, dass die Qualität von Strategien durchaus einen Einfluss auf den möglichen Erfolg von Maßnahmen hat. Ein Strategiedokument gibt außerdem Aufschluss darüber, wie die beteiligten Akteure sich ihre Stadt und deren Zukunft vorstellen, wie sie das bearbeitete Problem verstehen und worauf sie sich in einem koordinierten Prozess einigen konnten. Wir nutzten die Resilienzstrategien, um die Städte auf einem Spektrum zwischen Resilienz als „bouncing back“ und „bouncing forward“ einzuordnen, und um zu prüfen, wie stark die UN-Nach-

haltigkeitsziele angewendet wurden. Insgesamt schauten wir uns dafür 1.200 in den Strategien aufgeführte Einzelmaßnahmen an. Wir führten außerdem Gespräche mit Vertreter*innen von 17 Städten.

Ein wichtiges Ergebnis unserer Analyse ist ein Ranking, das die 30 untersuchten Städte danach sortiert, in welchem Umfang sie in ihren Maßnahmen auf die UN-Nachhaltigkeitsziele mit ihren 169 Unterzielen eingehen. Mit Blick auf die vermeintliche Vorreiterrolle des Globalen Nordens zeigt sich hier die erste wichtige Erkenntnis: Städte des Globalen Südens schneiden deutlich besser ab als die des Nordens. Die ersten drei Plätze (90 bis 76 adressierte Ziele) nehmen Addis Abeba, Kapstadt und Lagos ein. Erst im unteren Drittel beginnen Städte des Globalen Nordens sich zu ballen. Rotterdam, Calgary und Den Haag (51 bis 49) nehmen die Plätze 22 bis 24 ein. Diese Ergebnisse korrespondieren – wie erwartet – mit der Einordnung der Städte auf einem eigens erstellten Spektrum zwischen „bouncing back“ und „bouncing forward“: Die Städte, die Resilienz mehr im transformativen Sinn verstehen, adressieren auch eher die UN-Nachhaltigkeitsziele. Und diese eher transformativ denkenden Städte finden sich wiederum verstärkt im Globalen Süden, während die Städte des Nordens überwiegend ihren Fokus auf Erhalt und Wiederherstellung des Status quo richten. Resilienz und Nachhaltigkeit als Leitbegriffe können also in Übereinstimmung gebracht werden. Die Vorreiterposition hat dabei der Globale Süden inne.

Gemeinsamkeiten und Unterschiede

Gemeinsam haben die untersuchten Städte, dass sie ein breites Spektrum von Herausforderungen identifizierten, das deutlich über Bedrohungen durch den Klimawandel hinausgeht. Soziale Themen belegen dabei

gemeinsam mit dem Klima in etwa gleichberechtigt die Spitzenplätze. Städte identifizierten zum Beispiel Themen wie soziale Ungleichheit, mangelnden Wohnraum und sinkende Lebensqualität als Stressoren. Dieses Niveau von Integration und Vielfalt ist klar ein Erfolg des 100RC-Netzwerks, das die Städte einlud, Resilienz in einem breiten, systemischen Sinn zu verstehen und lokal angepasste Strategien zu entwickeln. Auffällig war auch, dass unter den adressierten Nachhaltigkeitszielen die wirtschaftlichen Ziele einen hohen Anteil ausmachten. Dazu gehören etwa die Ziele, menschenwürdige Arbeit und Wirtschaftswachstum zu fördern (Ziel 8), sowie Industrie, Innovation und Infrastruktur auszubauen (Ziel 9).

Unterschiede zeigen sich wieder bei der Frage, welche Akteure für strategische Partnerschaften der resilienten Stadtentwicklung ins Boot geholt werden. Die von der Rockefeller Foundation propagierten Public-Private-Partnerships mit Unternehmen zeigen sich eher im Globalen Norden, wo Resilienz- und Wirtschaftsförderung scheinbar eine „natürliche“ Verbindung eingehen. Ein gutes Beispiel dafür ist Rotterdam. Als bedeutendste Hafenstadt Europas bezieht die Stadt ihre Resilienz stark auf die wirtschaftliche Funktion ihres Hafens. Rotterdams Resilienzstrategie betont deshalb die Energiewende und kritische Infrastrukturen. Sie hebt aber auch Bildung, Cybersicherheit, flexible urbane Governance und Klimaanpassung hervor. Die Erfahrung, welche die Stadt angesichts ihrer Küstenlage mit Hochwasserereignissen gesammelt hat, wird dabei als Gelegenheit betrachtet, einen wirtschaftlichen Vorsprung zu generieren. Dazu heißt es in der Rotterdamer Resilienzstrategie:

„Unsere Wasserplätze, Tiefgaragen mit riesigen Regenrückhaltebecken, multifunktionalen Deiche und schwimmenden Bauten werden häufig in der internationalen Presse vorgestellt, und nach dem Hurricane Katrina in New Orleans und dem Hurricane Sandy in New York hat diese Erfahrung den Unternehmen in Rotterdam Millionen von Dollar an Einnahmen beschert. Unsere Unternehmen haben einen guten Ruf, wenn es darum geht, Städte klimasicher zu machen! Wir sind stolz auf unsere Erfolgsbilanz beim Management von Wasser- und Klimarisiken, aber wir wissen, dass dies nur eine der Belastungen ist, denen unsere Stadt ausgesetzt ist“.

Städte des Globalen Südens haben in ihren Strategien stärker zivilgesellschaftliche Initiativen und Sozialunternehmen für mögliche Partnerschaften ausgemacht. Ein Beispiel dafür ist Santa Fe, Hauptstadt der gleichnamigen Provinz im nordöstlichen Argentinien. Die Hafenstadt ist von ihrer Lage am Río Salado geprägt, der von den Anden kommend bei Santa Fe in den Río Paraná mündet. Die Stadt ist umgeben von Flüssen, Lagunen und Sümpfen und wurde im 17. Jahrhundert durch die häufig auftretenden Überschwemmungen sogar zunächst

verlegt. Risiken durch Flusshochwasser und Starkregen werden in der Resilienzstrategie entsprechend als mögliche Schocks identifiziert. Zugleich werden Kriminalität, Gewalt, Armut, soziale Ungleichheit, Arbeitslosigkeit und schwache Infrastrukturversorgung als Stressoren gesehen. Besonders in tiefliegenden Stadtgebieten mit erhöhtem Überschwemmungsrisiko, in denen informelle, armutsgeprägte Siedlungen liegen, überlagern sich beide Problemdimensionen.

Nach einer schweren Überschwemmung des Río Salado im Jahr 2003 beschloss die Stadt nach dem Vorbild von Medellín in Kolumbien eine drastische Maßnahme, die meist als letztes Mittel gegenüber Hochwasserrisiko gesehen wird: die Umsiedelung von Familien aus Überschwemmungsgebieten in sicherere Gebiete mit Zugang zu öffentlichen Grundversorgungseinrichtungen. Die Umsiedelungen begannen 2010. Danach ermittelte die Stadt durch Befragungen Schwächen und Stärken des Umsiedlungsprozesses. Aktuell sucht sie gemeinsam mit lokalen Nichtregierungsorganisationen in einem Pilotvorhaben, das in ihrer Resilienzstrategie festgehalten ist, nach Lösungen, wie die Sozialdienste in den betroffenen Gemeinden verbessert und Betroffene langfristig unterstützt werden können. Dazu gehört beispielsweise das „Kabinett für soziale Innovationen“, ein Pilotprojekt zur Koordinierung der Arbeit der verschiedenen städtischen Behörden in einem betroffenen Viertel. Ebenfalls Teil dieser Unterstützung bildet eine „Soziale Immobilienagentur“, welche den Zugang zu neuen Eigenheimkrediten und Kredite für den Kauf von Baumaterialien ermöglichen sowie Finanzschulungen anbieten soll.

Ende und Neustart

Solche Maßnahmenkataloge lesen sich beeindruckend. Wie erfolgreich sie umgesetzt werden, entzieht sich jedoch der Reichweite unserer Forschung. Besser lässt sich beurteilen, ob die Städte insgesamt den von der Rockefeller Foundation vorgegebenen Strategieansatz zur Bearbeitung ihrer Probleme für nützlich befanden. Denn zum einen ist Resilienz an sich kein unproblematisches Konzept. Im Kontext von persönlicher Resilienz wird das Konzept dafür kritisiert, dass es lediglich die Probleme der Gesellschaft auf das Individuum abwälzt. Eine vergleichbare Kritik wird in der Wissenschaft an Resilienz als Leitidee für Stadtentwicklung geäußert: Statt verfestigte Strukturprobleme auf nationaler Ebene zu lösen, werden Städte zu einem flexiblen Problemmanagement gemeinsam mit Wirtschaft und Zivilgesellschaft gedrängt. Zum anderen ist die Rockefeller Foundation selbst ein privater Akteur und frei von einem demokratischen Mandat. Die spezifische Akteurskonstellation, zusammen mit ihrem intellektuellen Fundament, lädt also zum kritischen Nachhaken ein.

Tatsächlich gab es Kritikpunkte aus den Städten und von Forschenden. Kritiker*innen warfen den 100RC von Anfang an eine neoliberale Sichtweise vor. Sie verweisen auf die Betonung von Wachstum in der Resilienzdefinition des Netzwerks und auf die prominente Rolle von öffentlich-privaten Partnerschaften für die Implementierung der Resilienzstrategien. Aus den beteiligten Städten selbst wurde die Wahrnehmung geäußert, dass das Netzwerk stark Top-down organisiert war und wohl von einer schematischen Vorstellung städtischer Politik ausging. Neben der vorgegebenen Definition und dem vorgegebenen Strategieprozess betraf das vor allem die Position des Chief Resilience Officers als vermittelnde Person mit großem Einfluss direkt an der Seite des Bürgermeisters oder der Bürgermeisterin. Diese Konzeption zeuge von einer nordamerikanisch geprägten Sichtweise, in der sich Gestaltungsmacht in der urbanen Politik stark im Amt des Bürgermeisters bündelt.

Was es aber grundsätzlich bedeuten kann, wenn ein rein privater Akteur globale Stadtpolitik gestaltet, zeigte sich früh in unserer Forschung auf durchaus disruptive Weise. Denn im Jahr 2019 stellte die Rockefeller Foundation unvermittelt und ohne Vorwarnung oder Begründung die Finanzierung der 100 Resilient Cities ein. Es gelang uns noch, alle 84 bis dahin finalisierten Resilienzstrategien von der Website des Netzwerks zu sichern, bevor auch die Seite ersatzlos aus dem Netz verschwand. Von der Stiftung gab es nie eine offizielle Erklärung für ihren Schritt. Gemutmaßt wird, dass es eben der Kontrast zwischen einer linearen Vorstellung von Stadtpolitik und der viel komplizierteren Realität war, der in New York für Frustration gesorgt hatte. Mit dem Ende der Finanzierung existierte auch das 100 Resilient Cities Network nicht mehr.

Doch überraschenderweise bildete sich sehr schnell ein von den Städten selbst organisiertes Ersatznetzwerk, das Resilient City Network (RCN). Die Städte wollten ihre Kooperation nicht aufgeben. Für unsere Forschung war diese Übergangsphase eine Zeit der Unsicherheit, aber auch eine Gelegenheit Disruption und resiliente Organisation „in Aktion“ zu erleben. Das an sich schon gewaltige Unterfangen, ohne Übergang und externe Finanzierung ein Nachfolgenetzwerk auf die Beine zu stellen, traf bald auf eine neue, globale Disruption: Die beginnende COVID-19-Pandemie zog die Aufmerksamkeit der Städte auf sich und erschwerte internationale Koordination. Hatte sich schon mit dem Ende des Rockefeller-Engagements die Frage gestellt, ob der ursprüngliche Strategieansatz (einschließlich der anfangs geplanten Maßnahmenevaluierung) in Zukunft noch eine Rolle spielen würde, bestand nun die Möglichkeit, dass sich die Planungen als vollends obsolet herausstellen würden. Schließlich ging aber die Website des neuen RCN online. Alle Resilienzstrategien waren wieder verfügbar und laut

unseren Interviewpartner*innen weiterhin ein wichtiger Teil des neuen Netzwerks.

Wie wir durch unsere Gespräche erfuhren, erwies sich die ursprüngliche „DNA“ des 100 Resilient Cities Network als überraschend tragfähig – einschließlich der Chief Resilience Officers. In der Mehrzahl der Fälle sind diese Positionen mittlerweile von den Städten selbst finanziert. Auch wenn der Top-down Prozess als zu beengend wahrgenommen wurde, hatten es die gemeinsame Resilienzdefinition vermocht, eine gemeinsame Sprache und eine städteübergreifende Praxisgemeinschaft herzustellen. Neue Geldgebende wurden rekrutiert und das Netzwerk grundlegend reformiert. Nun wählen alle Städte Vertretungen auf der Ebene der Regionen – die in ihrer Definition erhalten bleiben – und treffen selbst in einem repräsentativen Organ die wichtigsten Entscheidungen des Netzwerks. Aufgrund der Erfahrung mit der globalen Pandemie werden aktuell etwa 70 Prozent der Resilienzstrategien aktualisiert. Insgesamt hat sich gezeigt, dass die Vulnerabilitätsanalyse sinnvoll war, um Schwächen und Herausforderungen zu identifizieren. Viel wichtiger war jedoch der integrative Reflexionsprozess über Resilienz an sich. So haben die Städte nicht nur konkrete Maßnahmen angestoßen, sondern auch eine gemeinsame Sprache gefunden und die Fähigkeit zur Anpassung herausgebildet. Die Fortsetzung der gemeinsamen Arbeit im Resilient City Network ist der beste Beleg dafür.



PUBLIKATIONEN



Kochskämper, E., Glass, L-M., Haupt, W., Malekpour, S., & Granger-Brown, J. (2024). Resilience and the Sustainable Development Goals: A Scrutiny of Adaptation Strategies in the 100 Resilience Cities Initiative. Journal of Environmental Planning and Management.



Kern, Kristine, Eckersley, Peter, Kochskämper, Elisa, & Haupt, Wolfgang (2024). Unpacking polycentric climate governance: tracing the evolution of transnational municipal networks over time. Global Environmental Politics.

Wie gerecht sind urbane Resilienz-Experimente?

Städte verfügen typischerweise nur über knappe finanzielle Ressourcen und eingeschränkte politische Autonomie. Sie verfolgen deshalb oft experimentelle Ansätze wie zum Beispiel Reallabore und Pilotprojekte, um Problemen zu begegnen. Auch im Kontext urbaner Resilienzstrategien ist das zu beobachten. In Panama City und Paris beispielsweise können die Bürgerinnen und Bürger zeitlich befristete, kleine Maßnahmen zur Umgestaltung des öffentlichen Raums in ihren Stadtvierteln festlegen. Sie werden erprobt und möglicherweise beibehalten oder sogar ausgeweitet. Zu diesen Maßnahmen gehören etwa Fahrradwege, Erholungsflächen, grüne Mikrobereiche oder Straßenmobiliar. Den Haag hat ein „Debt Lab“ eingerichtet, in dem private und öffentliche Partner zusammenarbeiten, um Lösungen für Schulden und Armut zu entwickeln, zu erproben und zu evaluieren. Solche Ansätze sind nicht zuletzt eine Reaktion auf das fehlende politische Handeln von Nationalstaaten.

Das Versprechen von Experimenten ist, dass durch das Testen der effektivsten Maßnahmen neuartige Lösungen für komplexe oder schwierige Probleme gefunden werden – zunächst im Kleinen, aber mit der Aussicht auf Skalierung. Aber an solchen Ansätzen regt sich auch Kritik. Denn es stellt sich die Frage, wessen Bedürfnisse bei der Ausgestaltung von Experimenten den Ton angeben und ob besonders vulnerable Gruppen überhaupt miteinbezogen werden. Einige Wissenschaftler*innen befürchten deshalb, dass experimentelle Ansätze strukturellen Ungleichheiten nicht entgegenwirken, sondern sie eher verstärken.

Elisa Kochskämper hat deshalb untersucht, welchen Stellenwert soziale Gerechtigkeit in experimentellen Maßnahmen in den Strategien der Städte des 100 Resilient Cities Network hat. Soziale Gerechtigkeit bedeutet in diesem Zusammenhang gleichberechtigte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben, die durch soziale und institutionelle Regelungen unterstützt wird. Gleichberechtigte Teilhabe hat verschiedene Facetten: Es geht um die Verteilung von materiellen Ressourcen (Verteilungsgerechtigkeit), um kulturelle Wertschätzung gegenüber bestimmten Gruppen (Anerkennungsgerechtigkeit) und die Teilhabe an etablierten Entscheidungsregeln (Repräsentationsgerechtigkeit).

Die Ergebnisse zeigen, dass Städte in ihren Resilienz-Experimenten insgesamt soziale Gerechtigkeitsfragen und marginalisierte Gruppen anerkennen, insbesondere mit Blick auf *placemaking*, also die Gestaltung des öffentlichen Raums. Die Experimente zielen darauf ab, den Status quo zu verändern und vor allem langfristigen Stressfaktoren wie mangelndem Zugang zum öffentlichen Raum oder dem Klimawandel zu begegnen. Die Experimente im Globalen Süden legen den Schwerpunkt mehr auf die Anerkennung benachteiligter Gruppen als im Globalen Norden. Anstatt neue innovative Inhalte einzuführen, decken die meisten Resilienz-Experimente bekannte Themen wie etwa Stadtbegrünung ab. Hier werden benachteiligte Gruppen in Experimenten aber sowohl im Globalen Süden als auch Norden insgesamt nur selten beachtet. Insgesamt ist das Ziel erkennbar, soziale Gerechtigkeit und strukturelle Gleichheit voranzutreiben. Die Skalierung dieser Experimente und somit ihr tatsächliches Potential den Status Quo zu verändern wird jedoch kaum thematisiert.

Deutliche Unterschiede zwischen dem globalen Süden und dem Norden zeigen sich beim Design von Resilienz-Experimenten. Bei Kooperation und Partnerschaften in der Umsetzung legen Städte im Globalen Süden mehr Wert auf sektorübergreifende Integration und die Wissenschaft, während Städte im Globalen Norden eher auf die Wirtschaft setzen. Der Fokus der 100RC auf öffentlich-private Partnerschaften hat sich demnach im Globalen Süden weniger durchgesetzt. Die Städte haben das Netzwerk stattdessen für die Umsetzung ihrer eigenen Vorstellungen genutzt.

PUBLIKATION



Kochskämper, Elisa (2024).

Just Transformations Through Resilience Experiments? Comparing Policy Rationales and Narratives of the Global South and North in the Resilient Cities Network.

Zeitschrift für vergleichende Politikwissenschaft.
Online First

mit Lars Wiesemann
und Elisa Kochskämper



Städte sind zunehmend von disruptiven Ereignissen betroffen. Kommunen sollen sich nach dem Willen der Bundespolitik stärker auf unvorhergesehene, disruptive Ereignisse einstellen und Resilienz zu einem Leitbegriff der Stadtentwicklung machen. Im Gespräch mit IRS aktuell diskutieren Lars Wiesemann vom vhw - Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung e. V. und Elisa Kochskämper aus der Forschungsgruppe „Urbane Nachhaltigkeitstransformationen“ über den Nutzen des Resilienzbegriffs in der Stadtentwicklung, Herausforderungen für Kommunen und die Rolle der Forschung.

Interview
Dr. Felix Müller

Herr Wiesemann, die Nationale Stadtentwicklungspolitik hat 2021 mit ihrem Memorandum „Urbane Resilienz“ versucht, den Resilienzbezug in der Stadtentwicklung hierzulande stärker zu verankern. Der vhw hat vor diesem Hintergrund in einer aktuellen Studie untersucht, wie der Resilienzansatz in deutschen Kommunen aufgenommen wird. Das Ergebnis ist eher ernüchternd. Die Kommunen stehen dem Konzept kritisch und abwartend gegenüber. Mit Resilienz wird nur wenig gearbeitet, und auch das fast ausschließlich im Kontext von lokaler Klimavorsorge. Hat Sie das überrascht?

Lars Wiesemann

In der Tat haben wir in der Untersuchung eine eher zurückhaltende Einstellung gegenüber dem Resilienzkonzept unter kommunalen Vertreterinnen und Vertretern vorgefunden, auch weil es ihnen noch sehr abstrakt bleibt. Konkrete Ansätze zur Implementierung des Konzepts in der integrierten Stadtentwicklung sind deshalb bisher selten. Dennoch können wir feststellen, dass in der kommunalen Praxis ein grundsätzliches Interesse

an dem Thema urbane Resilienz besteht, nicht zuletzt aufgrund disruptiver Ereignisse wie etwa der COVID-19-Pandemie, der Hochwasserkatastrophe im Ahrtal oder des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine. Die Haltungen gegenüber dem Resilienzansatz auf kommunaler Ebene sind somit durchaus volatil und können sich zum Positiven ändern. Wichtig dafür ist aber auch, das Konzept für die Planungspraxis verständlicher aufzubereiten und handhabbarer zu machen.

Die vhw-Studie setzt sich intensiv mit der Bedeutung von Resilienz auseinander und betont immer wieder die Ambivalenz des Begriffs: Bezeichnet er einen Prozess oder ein Ergebnis, ist er neutral oder normativ? Welchen Wert hat ein so schillernder Begriff für die wissenschaftliche Politikberatung und die politisch-administrative Praxis?

Elisa Kochskämper

Ich denke, die Vielschichtigkeit hat Vor- und Nachteile. Resilienz hat bisher keine allgemeingültige Definition.

„Es geht darum, dass Kommunen
sich mit ihren Verwundbarkeiten
auseinandersetzen.“

Elisa Kochskämper



Trotzdem gibt es zentrale Aspekte, die über Disziplinen und Politikbereiche hinweg betont werden. Dazu gehört z.B. die Widerstandsfähigkeit von Systemen, auch Robustheit genannt, aber auch die Anpassungsfähigkeit, sich auf neue Gegebenheiten einzustellen. Es geht darum, sich auf krisenhafte Ereignisse vorzubereiten und den Normalzustand wiederherzustellen, aber vor allem auch aus vergangenen Ereignissen zu lernen. Ob Robustheit oder Anpassungsfähigkeit mehr betont werden, ist kontextgebunden. Was Resilienz konkret heißt, kann man nicht für jede Stadt, für jedes Quartier pauschal sagen. Jede Kommune kann selbst fragen: Was sind unsere Verletzlichkeiten, gegenüber welchen Bedrohungen? Worauf wollen wir uns wie vorbereiten? Es geht bei Resilienz insbesondere darum, dass ein Prozess auf den Weg gebracht wird; dass Kommunen sich mit ihren Verwundbarkeiten auseinandersetzen und Anpassungsfähigkeit entwickeln. Dafür kann Resilienz ein Brückenkonzept sein, das verschiedenen Disziplinen und Praxisbereichen einen Rahmen für Austausch bietet.

Lars Wieseemann

Unsere Studienergebnisse zeigen, dass die Vielschichtigkeit des Konzepts seine Anwendung in der Stadtentwicklung nicht leichter macht. In der kommunalen Praxis beseht bisweilen kein klares und einheitliches Verständnis von urbaner Resilienz. Teils wird Resilienz auch synonym zu Nachhaltigkeit verwendet. Der Mehrwert des Resilienzkonzepts für die kommunale Entwicklung bleibt den Akteuren somit oftmals vage und kann nicht klar benannt werden. Und so kommt es auch, dass manch befragter Akteur in Resilienz schlichtweg einen neuen Modebegriff für altbekannte Aufgaben und

Herausforderungen in der Stadtentwicklung sieht. Es bedarf deswegen einer besseren Wissensbasis zum Thema urbane Resilienz in den Kommunen. Hier ist auch die Wissenschaft gefragt, auf eine Vereinheitlichung des Begriffsverständnisses hinzuwirken und die Kerndimensionen des Konzepts klarzuziehen. Dann, so denke ich, fällt es kommunalen Akteuren aus dem politisch-administrativen Bereich sicherlich leichter, den Mehrwert des Resilienzkonzeptes zu erkennen, auch in Abgrenzung zu bereits etablierten Leitkonzepten wie dem der Nachhaltigkeit.

Das heißt: Nachhaltigkeit ist mittlerweile in den Kommunen als Leitbegriff etabliert, und Resilienz zieht jetzt nach?

Lars Wieseemann

Nachhaltigkeit ist in Deutschland unbestritten ein zentrales Leitbild in der Stadtentwicklung und in vielen Kommunen als Begriff etabliert. Er ist fester Bestandteil internationaler wie auch nationaler Rahmenwerke zur Stadtentwicklung und steht nicht zuletzt im BauGB. Der Begriff Resilienz – vor allem hierzulande – ist demgegenüber weniger stark programmatisch oder gesetzlich verankert. Die Sustainable Development Goals (SDGs) der Vereinten Nationen greifen ihn auf, speziell im Ziel 11, an dem sich u. a. auch viele deutsche Kommunen in der Stadtentwicklung orientieren. Ziel 11 lautet ja: „Make cities inclusive, safe, resilient and sustainable.“ Hinzu kommt seit kurzem das besagte Memorandum „Urbane Resilienz“ der Nationalen Stadtentwicklungspolitik. Dennoch spielt der Begriff, wie bereits gesagt, in der kommunalen Praxis bisher nur eine untergeordnete Rolle. Allerdings: Das ist natürlich eine Momentaufnahme, in

den nächsten Jahren kann sich dies durchaus ändern. Man denke etwa an den Beginn der Nachhaltigkeitsdebatte in den 1990er-Jahren. Wie Studien zeigen, gab es damals auf der kommunalen Ebene zunächst eher skeptische bis kritische Sichtweisen auf den Begriff bzw. auf das Konzept Nachhaltigkeit. Heute ist es Mainstream. Es ist also auch eine Frage der Zeit – und der Begriff bzw. das Konzept Resilienz ist im Vergleich zu dem der Nachhaltigkeit noch relativ neu in der kommunalen Praxis.

Elisa Kochskämper

Nützlich ist hierbei auch der Blick in andere Länder, wo in der Praxis die Befassung mit dem Thema Resilienz im Rahmen einer nachhaltigen Stadtentwicklung schon deutlich weiter vorangeschritten ist. Zum Beispiel bezieht sich im internationalen Städtenetzwerk der Resilient Cities der Resilienzbezug nicht nur auf die Anpassung an den Klimawandel, sondern auf urbane Resilienz in verschiedensten Bereichen. Nachhaltige Stadtentwicklung spielt eine große Rolle, aber in einem breiten Verständnis; also auch auf sozialpolitische und wirtschaftliche Themen bezogen. Interessant ist, dass deutsche Städte bisher nicht an dem Netzwerk teilnehmen, das nun schon seit 2013 besteht und rege für die Teilnahme hierzulande geworben hat.

Das Feld, in dem Resilienz bereits jetzt Anwendung findet, ist die städtische Klimapolitik, speziell Klimaanpassung. Was ist denn in diesem Handlungsfeld der Mehrwert oder das Neue des Resilienzbegriffs?

Elisa Kochskämper

Klimaanpassung umfasst klassische Bereiche der Risikovorsorge, wie Flusshochwasser, und im Vergleich neuere Bereiche wie Hitze und Starkregen. In der Vergangenheit wurde Risikomanagement und -vorsorge überwiegend als langfristige und technische Planung verstanden, beispielsweise die Vorbereitung auf Hochwasserrisiken durch rein materielle Infrastrukturen, wie Schutzmauern. Der Fokus lag auf der Risikoabwehr. Der Kerngedanke von Resilienz geht hier weiter und betont den flexiblen Umgang mit Risiken; also die Einsicht, dass jederzeit etwas Unvorhergesehenes passieren kann. Es geht mehr darum, mit Risiken zu leben, als sich gegen sie komplett abzusichern. Entscheidend ist die Schnelligkeit der Reaktionsschleife und die Aufrechterhaltung der Handlungsfähigkeit bei einem unvorhergesehenen Ereignis.

Lars Wiesemann

Im Kontext von Klimaanpassung wird auf kommunaler Ebene mittlerweile schon öfter von „Klimaresilienz“ gesprochen. In Kommunen, wie etwa Regensburg, gibt es bereits auch Koordinierungsstellen mit der

Bezeichnung „Klimaresilienzmanagement“. Entscheidend erscheint mir aber, dass das Thema Resilienz in der Stadtentwicklung nicht auf Klimaanpassung verengt wird. Das Stichwort sollte vielmehr sein: All-Gefahren-Ansatz. Das heißt, alle potenziellen Schadenereignisse sind in die Betrachtung einzubeziehen, ob sie nun klein- oder großräumig, häufiger oder selten, plötzlich oder schleichend auftreten. Der All-Gefahren-Ansatz kommt aus dem Risiko- und Krisenmanagement. Das Memorandum „Urbane Resilienz“ empfiehlt, diesen für die Stadtentwicklung stärker fruchtbar zu machen, um ganzheitliche Lösungsansätze entwickeln zu können. Dies kann ich nur unterstützen.

Gibt es weitere Handlungsfelder der Stadtentwicklung, in denen der Resilienzbezug genutzt wird?

Lars Wiesemann

In der anwendungsbezogenen Forschung wird Resilienz momentan mit sehr verschiedenen städtischen Handlungsfeldern zusammengedacht und entsprechende Konzeptionalisierungen vorgeschlagen. In der Praxis sieht dies noch anders. Unsere Studie veranschaulicht, dass die Nutzung des Resilienzansatzes auf kommunaler Ebene in den Bereichen Klima und Umwelt sowie Katastrophenschutz derzeit am weitesten fortgeschritten ist. In diesen Aufgabenfeldern existieren bereits eine Vielzahl an Konzepten, Instrumenten und Maßnahmen, die auf Resilienz zielen, wenngleich mit dem Begriff nicht immer explizit operiert wird. Weitere Resilienzbezüge – wenn auch weniger konkret und kaum mit gezielten Maßnahmen hinterlegt – lassen sich z. B. in den Handlungsfeldern Innenstadtentwicklung, Digitalisierung oder im sozialen Bereich finden. Eine systematischere Konkretisierung des Resilienzkonzeptes über verschiedene Handlungsfelder hinweg ist bisher in der Praxis kaum zu erkennen. Meist erfolgen Ausformulierungen aus einer sektoralen Perspektive. Nicht zu vergessen ist: Um in weiteren Handlungsfeldern den Weg für Resilienzmaßnahmen zu eröffnen, sind auch die politischen Verantwortlichen auf kommunaler Ebene von ihrem Nutzen zu überzeugen. Schließlich können damit erhebliche finanzielle Aufwände verbunden sein. Bedeutsam sind deshalb ebenfalls sogenannte No-regret-Maßnahmen, welche auch bei Nichteintreten einer Entwicklung oder eines Ereignisses einen Nutzen haben.

Elisa Kochskämper

Bei unserer Forschung zu dem Resilient Cities Network hat sich gezeigt, dass in den Resilienzstrategien der Städte ganz vielfältige Themen in den Vordergrund getreten sind. Cybersicherheit war dabei, aber auch Vorsorge gegenüber ökonomischen Krisen und soziale Aspekte. Spannenderweise wurden soziale Themen insgesamt

– neben Klimarisiken – sogar am meisten betont. Hier ist wichtig zu betonen, dass es sich um keine Risiken im engeren Sinne handelt, sondern um langfristige Problematiken, die Städte und ihre Bevölkerung verwundbar machen können, wie soziale Ungleichheit oder die sich zuspitzende Wohnungskrise. Städte haben innerhalb dieses internationalen Netzwerks wirklich die Gelegenheit für sich genutzt, Thematiken hervorzuheben, die in der Wahrnehmung rund um Resilienz noch nicht sehr präsent waren.

Kann man sagen, welche Eigenschaften eine Stadt oder ein Quartier resilient machen, unabhängig von der Bedrohung?

Elisa Kochskämper

Eigenschaften, die über die sozialräumliche Kontextgebundenheit von Resilienz hinaus aus wissenschaftlicher Sicht hervorgehoben werden beziehen sich vor allem auf Governance-Aspekte, wie etwa kooperative Steuerungs- und Koordinierungsformen oder Vernetzung. Selbstorganisation in Netzwerken beispielsweise hat sich in Krisen als wichtiger Faktor erwiesen. Nachbarschaftsnetzwerke werden dabei auch häufig thematisiert. Hier kann aber das Problem sein, dass Kommunen oder auch höhere politische Ebenen im Katastrophenfall Verantwortung auf freiwillige, ehrenamtliche Strukturen und Nachbarschaftsnetzwerke

gen. Und diese Kommunikationskanäle sollten nicht erst aktiviert werden, wenn ein disruptives Ereignis eintritt. Abgesehen davon, ist ein weiterer Punkt eine Fehlerkultur, die es erlaubt, nach einem Ereignis zu analysieren und zu evaluieren, was schlecht gelaufen ist, um daraus zu lernen. Zusätzlich zu diesen Eigenschaften gibt es in der Wissenschaft noch lange Listen, was Resilienz generell ausmacht oder stärkt, aber diese Debatte ist noch weiter zu führen.

Lars Wieseemann

Die Frage, ob Resilienz besser als eine generelle oder eine spezifische Eigenschaft verstanden werden sollte, ist ebenso noch nicht abschließend diskutiert. „Spezifisch“ meint, dass man Resilienz enger fasst, sprich nur einzelne Bereiche oder bestimmte Gefahren in den Fokus rücken. „Generell“ meint, dass Resilienz ganzheitlich gedacht wird, also man das gesamte System und das volle Bündel an potenziellen krisenhaften Ereignissen antizipiert. Beide Auslegungen haben ihre Ambivalenzen. Spezifische Resilienz kann dazu führen, dass bestimmte Bereiche oder Bedrohungen vernachlässigt werden. Wird Resilienz wiederum generell gefasst und auf alles Mögliche bezogen, wird es schnell komplex und es ergibt sich daraus nicht unmittelbar eine konkrete Programmatik, aus der sich gezielte Pläne und Maßnahmen ableiten lassen. Stärker zu diskutieren wäre daher aus meiner Sicht, wie Akteure zwischen spezifischer und genereller Resilienz gut navigieren können.

„Das Stichwort lautet: All-Gefahren-Ansatz. Das heißt, alle potenziellen Schadenereignisse sind in die Betrachtung einzubeziehen, ob klein- oder großräumig, häufiger oder selten, plötzlich oder schleichend.“

Lars Wieseemann

abwälzen. Gleichzeitig kann nicht davon ausgegangen werden, dass solche Strukturen und Netzwerke überall existieren. Eine Grundvoraussetzung für Anpassungsfähigkeit ist zudem, dass die verschiedenen Fachbereiche der Stadtverwaltungen selbst untereinander vernetzt sind und sich über Fachbereichsgrenzen hinweg koordinieren. Das gilt auch für verschiedene politische Ebenen – Kommune, Land, Bund-, und die Koordination mit anderen Kommunen. Zum Beispiel ist es für Kommunen innerhalb eines Flusseinzugsgebiets wegen Hochwasserrisiko essentiell Kontakt und Austausch mit anderen Kommunen flussauf- und flussabwärts pfle-

Was bringt Kommunen denn dazu, sich mit Resilienz zu beschäftigen? Ist immer eigene Betroffenheit von einem Ereignis der Auslöser?

Lars Wieseemann

In unserer Studie haben wir zunächst einmal herausgefunden, was Kommunen daran hindert, sich mit der Resilienzthematik näher auseinanderzusetzen. Und dies sind allgemeine strukturelle Probleme, mit denen sich kommunale Verwaltungen schon länger konfrontiert sehen. Neben dem bekannten Mangel an Fachpersonal und finanziellen Mitteln zählen dazu Überforderung wegen

unzureichenden Ressourcen, verkrustete Verwaltungsstrukturen, bürokratische Hürden oder eine fehlende Verstetigung von Kooperationen und innovativen Ansätzen über Projektlaufzeiten hinaus. Fehlende finanzielle und personelle Ressourcen stellen dabei vor allem die kleinen und mittelgroßen Kommunen vor Herausforderungen. All dies erschwert eine eingehendere Befassung mit dem Thema urbane Resilienz. Aus den Problemlagen im kommunalen Bereich erwächst zugleich ein gewisser Überdruß gegenüber ständig neuen und wechselnden Begriffen und Konzepten für die Stadtentwicklung. Konkreten Unterstützungsbedarf sehen die befragten Akteure daher u. a. in der Bereitstellung finanzieller und personeller Ressourcen und in der Erleichterung von Verwaltungsprozessen. Ansonsten kann die eigene Betroffenheit durch ein krisenhaftes Ereignis ein Trigger sein, ja. Natürlich wäre ein weitsichtigerer Blick wünschenswert. Nützlich sind deswegen auch sogenannte Stresstests, um kommunale Akteure aus Politik und Verwaltung für das Thema Resilienz zu sensibilisieren. Sie machen potenzielle Risiken und Verwundbarkeiten, auch über den Klimabereich hinaus, sichtbar. Auf dieser Basis lässt sich gezielter über geeignete Strategien und Maßnahmen sprechen.

Elisa Kochskämper

Bei Themen wie der Hochwasservorsorge zeigt sich bisher, dass konkrete Hochwasserereignisse Kommunen motivieren, sich mit Resilienz auseinanderzusetzen. Es gibt allerdings keine Garantie, dass diese Bestrebungen lange vorhalten. Eine Studie hat gezeigt, dass disruptive Ereignisse oft nach sieben Jahren in Vergessenheit geraten. Wie es weitergeht, hängt stark davon ab, welche Maßnahmen und Strukturen beim Wiederaufbau geschaffen wurden, aber auch welche anderen Themen in den gesellschaftspolitischen Fokus rücken. Beim Wiederaufbau besteht oft die Gefahr, dass sich die beteiligten Akteure am vorherigen Zustand orientieren, statt neue Lösungswege zu suchen, also eher ein sogenanntes „bouncing back“ als ein „bouncing forward“ (siehe Seite 32, Anm. d. Red.) zu verfolgen. Entscheidend wäre aber zu analysieren, wo die bestehenden Strukturen anfällig waren, um diese Schwächen beim Wiederaufbau nicht zu reproduzieren. Trotzdem, nochmal zur Ausgangsfrage zurück, veranschaulicht das Resilient Cities Network, dass Städte nicht zwingend erst durch disruptive Ereignisse anfangen, sich mit Resilienz zu beschäftigen.

Welche Rolle spielen Landes- und Bundesebene, allgemein die Förderpolitik, für Resilienz?

Elisa Kochskämper

Wegen oft knappen kommunalen Finanzen ist die Förderpolitik auf Bundes- und Landesebene zentral, denn Förderprogramme sind für Kommunen manchmal der einzige Weg, um Maßnahmen in bestimmten Aufgabenfeldern überhaupt realisieren zu können. Viele relevante Aufgaben, wie zum Beispiel Klimaschutz und -anpassung, sind keine Pflichtaufgaben und sind deswegen nicht über fördermittelunabhängige Grundfinanzierung abgedeckt. Diese Grundfinanzierung ist auch nicht unproblematisch, weil durch sie noch nicht geklärt ist, wie viel die Kommune und wie viel Bund und Länder beisteuern müssen. Förderprogramme sind im Vergleich unkomplizierter in der Anwendung. Ein Problem bei Förderprogrammen ist aber, dass nicht alle Kommunen in der Lage sind, erfolgreich Gelder einzuwerben, da Zeit und personelle Kapazitäten fehlen. Es besteht also eine ungleiche Verteilung der Fördermittel und Programme zwischen den Kommunen. Außerdem sind diese Projekte nicht langfristig angelegt. Themen wie Resilienz benötigen aber Zeit für die Umsetzung und Verstetigung. Trotzdem bieten Förderprogramme die Möglichkeit, Themen wie Resilienz in den Kommunen zu etablieren. Auch Pilot- oder Forschungsprojekte können dazu beitragen, neue Begriffe in den Kommunen zu platzieren und die Auseinandersetzung mit bestimmten Themen zu fördern.

Lars Wieseemann

Die befragten Akteure in unserer Studie hatten neben einer besseren Förderpolitik von Bund und Ländern noch einen weiteren Wunsch, und zwar einen gezielteren Wissens- und Erfahrungsaustausch, damit beim Thema urbane Resilienz nicht jede Kommune das Rad neu erfinden muss. Ein Fokus sollte deshalb auch auf Netzwerkbildung liegen, um einen solchen Austausch, etwa zu Good Practices oder Lessons Learned, zu ermöglichen und eine kontinuierliche Zusammenarbeit von Stakeholdern aus Wissenschaft und Praxis zu etablieren. Auch hier können Bund und Länder eine wichtige unterstützende Rolle einnehmen, nicht nur bei der Finanzierung solcher Netzwerke.

Dr. Lars Wieseemann ist Koordinator des Forschungsclusters „Urbane Wandel und gesellschaftlicher Zusammenhalt“ sowie stellvertretender Bereichsleiter Forschung beim vhw – Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung e. V. in Berlin.

Dr. Elisa Kochskämper ist Postdoc in der Forschungsgruppe „Urbane Nachhaltigkeitstransformationen“ des IRS.

Was kann die Wissenschaft tun, um Kommunen bei ihren Bemühungen um Resilienz zu helfen?

Elisa Kochskämper

Für Brückenkonzepte wie Resilienz, die integrativ wirken, aber auch ambivalent und vage sind, ist die Grundlagenforschung mit evidenzbasierten Ergebnissen wichtig. Aber eine wohl noch größere Rolle spielt die transdisziplinäre Forschung. Diese Art der Forschung gründet sich auf dem Wissensaustausch von wissenschaftlichen und Praxisakteuren. Dieser Austausch, der unterschiedliche Erfahrungen, Weltverständnisse und Wahrnehmungen bewusst miteinschließt, generiert neues, robustes Wissen. Beide Seiten, Wissenschaft wie Praxis, können ihre jeweiligen Erfahrungshintergründe und Expertisen einbringen und gemeinsam herausarbeiten, wo die Vorteile, Bedarfe und Herausforderungen liegen. Durch dieses Zusammenwirken von Forschung und Praxis können bessere Antworten auf Umsetzungsfragen im Zusammenhang mit Resilienz gefunden werden.

Im November 2024 werden IRS und vhw gemeinsam einen Workshop zum Thema Disruption und Stadtentwicklung veranstalten, an dem auch viele Vertreter*innen aus Kommune teilnehmen werden. Was ist das Anliegen dieser Veranstaltung?

Elisa Kochskämper

Mit dem Workshop streben wir genau diese Art von Austausch und Wissensgenerierung an. Unser Ziel ist es, mit Kommunalvertreter*innen ins Gespräch zu kommen, um zu verstehen, wie disruptive Ereignisse in Kommunen wahrgenommen werden. Der Begriff „Disruption“ ist selbst in der Wissenschaft noch nicht fest verankert und wird meistens ohne eine klare Definition oder

Konzeptualisierung verwendet. Aus unserer IRS-Sicht beschreibt Disruption völlig unerwartete, überraschende und einschneidende Ereignisse. Disruptionen erzeugen fundamentale Unsicherheit, da sich Erwartungen an die Zukunft nicht bewahrheiten, und fordern gleichzeitig eine schnelle Reaktion. Gerade im Nachgang zur Covid-19-Pandemie wollen wir verstehen, wie Akteure der Stadtentwicklung disruptive Ereignisse wahrnehmen und mit ihnen umgehen können. Resilienz ist eine mögliche Umgangsform mit disruptiven Ereignissen, aber es stellt sich die Frage, wie Kommunen sich angesichts fundamentaler Unsicherheit aufstellen und Anpassungskapazitäten gegenüber disruptiven Ereignissen aufbauen können.

Lars Wieseemann

Diese Frage, wie in einer Zeit von Umbrüchen und Krisen Stadtentwicklung im Spannungsfeld zwischen langfristiger Zielverfolgung und kurzfristiger Reaktanz gestaltet werden kann, ist für die Praxis von hoher Relevanz. Welches Verständnis von Planung, aber auch welche Strategien und Instrumente bedarf es hierfür? Wie können Entscheidungen in der Gegenwart über die zukünftige städtische Entwicklung unter der Bedingung wachsender Unsicherheit getroffen werden? Darüber ist zu diskutieren. Genau das machen wir in diesem transdisziplinären Austauschformat. Deswegen freuen wir uns als vhw umso mehr auf diesen Fachworkshop.

Elisa Kochskämper

Wie vom IRS können uns da nur anschließen. Wir freuen uns sehr, dass wir zum Thema Disruption mit dem vhw kooperieren und sind ebenfalls gespannt auf den Austausch und die Ergebnisse.

Vielen Dank für das Gespräch!



Kuhlicke, Christian; Pössneck, Janine & Rink, Dieter (2024).

Wie halten Sie es mit der Resilienz? Kommunale Perspektiven auf ein aktuelles Stadtkonzept.

vhw Schriftenreihe, No. 47

Der vhw – Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung e. V. war beratend

am Erarbeitungsprozess des Memorandums „Urbane Resilienz“ beteiligt. Auf dieser Grundlage hat er die Studie „Wie halten Sie es mit der Resilienz?“ initiiert. Sie beleuchtet, wie Akteure aus Kommunalverwaltungen dem Resilienzansatz gegenüberstehen, welche Implementierungsschritte sie bereits unternommen haben und wo es der Unterstützung bedarf. Dazu wurden in acht Städten, in welchen bereits resilienzbezogene Modellprojekte laufen,

insgesamt 20 qualitative Interviews mit Vertreter*innen von Stadtverwaltungen geführt. Zusätzlich wurden Expert*innen aus Verbänden und Wissenschaft interviewt. Das Department Stadt- und Umweltsoziologie des Helmholtz-Zentrums für Umweltforschung UFZ hat die Studie bearbeitet.



Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat (Hrsg.) (2021).

Memorandum „Urbane Resilienz“. Wege zur robusten, adaptiven und zukunftsfähigen Stadt

Im Herbst 2020 berief das Bundesinnenministerium einen Beirat aus Expert*innen

ein, um Wege aufzuzeigen, wie Städte und Gemeinden bei der Stärkung und Entwicklung ihrer urbanen Resilienz unterstützt werden können. Begleitet von den kooperativen Strukturen der Nationalen Stadtentwicklungspolitik wurde daraufhin in einem interdisziplinären Prozess das Memorandum „Urbane Resilienz“ erarbeitet und auf dem 14. Bundeskongress der Nationalen Stadtentwicklungspolitik im Mai 2021 verabschiedet. Darin werden



Handlungsempfehlungen formuliert, die unter anderem dazu anregen sollen, auf der Grundlage der städtischen Leitbilder der Neuen Leipzig-Charta die kommunale Handlungsfähigkeit zu stärken.

Zerstörung als Gelegenheit

Der Zweite Weltkrieg wirkte disruptiv auf die gebauten Strukturen deutscher und polnischer Städte. Die Disruption erschöpfte sich dabei nicht in den unmittelbaren Zerstörungen durch Kämpfe und Bombardements. Diese bereiteten vielmehr den Boden für stadtplanerische Neuerungen in der Nachkriegszeit. Planungsakteure – oft dieselben Personen wie vor dem Krieg – nutzten die Gelegenheit, lange gehegte Pläne umzusetzen: Luftig, sonnig und autofreundlich sollten die Städte endlich werden. Was umgesetzt wurde, hing von ideologischen Prioritäten ab – und vom verfügbaren Geld.

Im größeren historischen Kontext betrachtet war die Zerstörung, die der Zweite Weltkrieg den europäischen Städten brachte, weder beispiellos noch einzigartig in ihrem Ausmaß. Zum Beispiel wurde im Jahr 1677 die Hälfte aller Häuser zerstört, als die brandenburgisch-preußische Armee das von den Schweden gehaltene und heute polnische Szczecin (Stettin) einnahm. Auch Friedenszeiten waren nicht immer besser für Städte. In ebenfalls polnischen Racibórz (Ratibor), das damals ein Lehen der böhmischen Krone war, wurden beispielsweise im Jahr 1426 bis auf 18 Häuser alle Gebäude von einem Feuer vernichtet. 40 Jahre später brannte Cottbus fast vollständig nieder. Was also machte die Schäden aus den 1940er-Jahren besonders, abgesehen von der Tatsache, dass der Weltkrieg zahlreiche europäische, afrikanische und asiatische Städte zugleich zerstörte?

Ein erstaunliches Maß an Kontinuität

Drei Besonderheiten stechen heraus: Erstens wird den Zerstörungen des Zweiten Weltkriegs eine besondere Bedeutung zugeschrieben. Seit dem 19. Jahrhundert gelten zumindest Hauptstädte als gebauter Ausdruck von Nationalkultur. Die von Deutschland ausgehende Zerstörung hatte, zumindest im Osten, ganz explizit eine auch kulturelle Vernichtung der slawischen Nationen zum Ziel. Umgekehrt wurde die Zerstörung deutscher Städte zumindest von deutscher Seite als Rache für Coventry, Rotterdam und Warschau verstanden, die von der Luftwaffe dem Erdboden gleichgemacht worden waren. In den Territorien, die Deutschland verlor, stehen Zerstörungen während der Nachkriegszeit mit einer Ablehnung des deutschen Erbes in Zusammenhang. Zweitens sind die Schäden des Zweiten Weltkriegs im historischen Vergleich außergewöhnlich gut dokumentiert. Sogenannte

Schadenskarten wurden von allen betroffenen Ländern angelegt, meist mit der Perspektive des Wiederaufbaus im Blick. Und drittens war der Wiederaufbau von Anfang an mit gesellschaftspolitischen Ambitionen verbunden: Der Städtebau sollte zugleich Ausdruck und Grundlage einer neuen – östlich des Eisernen Vorhangs einer sozialistischen – Gesellschaft sein.

Man könnte nun vermuten, dass der Zweite Weltkrieg für die zerstörten Städte eine schwere Zäsur war – und oft war er das. Doch was planerische Leitgedanken angeht, gab es vor und nach dem Krieg ein erstaunliches Maß an Kontinuität, auch über die politischen Systeme und Ideologien hinweg. Letztlich hat der Krieg an vielen Stellen Entwicklungen beschleunigt, die ohnehin in der Luft lagen. Darum geht es hier.

Forschen mit Schadenskarten

Ein paar Worte zum Hintergrund meines Beitrags: Der Forschungsverbund „UrbanMetaMapping“ hat sich vorgenommen, die schon angesprochenen Kriegsschadenskarten genauer zu untersuchen. In der Forschung sind diese Dokumente – ihre Entstehung, ihre Besonderheiten, ihre Nutzung – nämlich bisher nur sehr selektiv wahrgenommen worden. Britische Schadenskarten sind bereits gründlich erforscht worden. Der Verbund widmet sich deshalb Karten aus Deutschland, Polen, Rumänien (einschließlich der heutigen Republik Moldau) und Belarus, zu welchen es nur wenig oder gar keine Forschung gibt. UrbanMetaMapping beleuchtet die Kartierungen von Kriegsschäden aus verschiedenen disziplinären Perspektiven: Neben der Geschichtswissenschaft sind auch Forschende der Sozialgeographie, der Literaturwissenschaft und des Denkmalschutzes beteiligt. Der Verband wird von der Universität Bamberg koordiniert,

*Text von
Dr. Piotr Kisiel*

Die Zerstörungen im Gebiet der Stadt Cottbus

am Ende des I. Weltkrieges
im Jahre
1945

dargestellt von Alfred Löffler



Erklärung

- Total zerstörte Häuser
 - Schwer beschädigte Häuser
 - Gesprengte Brücken
 - Hauptverkehrsstraßen
 - Eisenbahnen
 - Häuser und Bauwerke auf deren Unversehrtheit bzw. nur unvollständige Beschädigung ausdrücklich hingewiesen wird.
- Alle Angaben ohne Gewähr!

Karte der Kriegsschäden in Cottbus, erstellt nach dem Krieg (ca. 1946-1950). Untypisch ist, dass eine Vorkriegskarte nicht als Grundkarte sichtbar ist.



Racibórz (Polen): Überlagerung (Mitte) einer Karte der Kriegsschäden im Stadtzentrum (links) mit dem Wiederaufbauplan (rechts). In der Überlagerung stehen die braunen Markierungen für geplante Bauten, während die schwarzen historische Denkmäler repräsentieren. Die dunkelgrünen Gebäude in den Grünanlagen kennzeichnen Bauten, die den Krieg überstanden haben, aber abgerissen werden sollten.

und mit Christoph Bernhardt und mir sind zwei IRS-Historiker daran beteiligt.

In unserem historischen Teilprojekt geht es um die Rolle der Kriegsschäden beim Wiederaufbau der Städte in Ostdeutschland und Polen in den 1940er- und 1950er-Jahren, die unter der Leitidee der sozialistischen Stadtplanung erfolgte. Dabei geht es mir um die Unterschiede zwischen den beiden Staaten, aber auch um gemeinsame Entwicklungslinien. Ich untersuche acht Städte als Fallstudien. Vier davon sind in Deutschland: Chemnitz, Cottbus, Neubrandenburg und Zerbst; und vier in Polen: Gorzów Wielkopolski (Landsberg an der Warthe), Lubań (Lauban), Racibórz und Szczecin. Die vier polnischen Städte waren vor 1945 deutsch und gehören erst seit Kriegsende zu Polen. Damit gibt es eine gemeinsame „Baseline“ für die Veränderungen durch den Krieg. Auch verteilen die Städte sich in beiden Staaten über mehrere Bundesländer bzw. Wojewodschaften, so dass das Sample eine gewisse regionale Vielfalt abbildet. Schließlich gehört keine der untersuchten Städte zur Riege der Hauptstädte oder Metropolen. Zu diesen gibt es nämlich schon viel Forschung. Über die Nachkriegs-Baugeschichte von Gorzów Wielkopolski mit gut 115.000 Einwohnern gab es dagegen bis jetzt keine einzige öffentlich zugängliche Publikation.

Ich recherchierte in den Stadtarchiven der Untersuchungsstädte, dem Bundesarchiv, Landesarchiven und dem Denkmalschutzarchiv in Szczecin – klassisches Historikerhandwerk also. Die Analyse von Karten lag allerdings bis vor kurzem außerhalb meiner Expertise. Und so bin ich dem Forschungsverbund, vor allem den beteiligten Sozialgeograph*innen, dankbar für eine gründliche Einführung in die Software QGIS. Schließlich sind auch für das IRS-Teilprojekt Kriegsschadenkarten eine zentrale Quelle. Vor allem war es für uns wichtig, unterschiedliche Karten derselben Stadt präzise übereinander zu legen, um Unterschiede im Detail herausarbeiten zu können.

Hygienisch, funktional, autofreundlich

Was ich oben schon angedeutet habe, ist in der Fachliteratur heute eine anerkannte Tatsache: Viele Architekt*innen und Stadtplaner*innen betrachteten die Zerstörungen des Zweiten Weltkriegs als willkommene Gelegenheit, angeblich veraltete Städte neu zu gestalten. Um diese Haltung zu verstehen, müssen wir in die Zeit vor dem Zweiten Weltkrieg zurückgehen; zum Teil sogar sehr viel weiter zurück. Denn schon seit Mitte des 19. Jahrhunderts galten die dicht bebauten europäischen Städte als Sanierungsfälle, ganz besonders diejenigen mit industrieller Prägung. Die engen Wohnquartiere der Arbeiter-



klasse bekamen kein Sonnenlicht und waren schlecht belüftet, Kanalisationssysteme waren unzureichend oder nicht vorhanden. Diese unhygienischen Verhältnisse begünstigten Krankheiten. Großstädte wie Berlin wurden bis Mitte des 19. Jahrhunderts regelmäßig von Choleraepidemien heimgesucht. Tuberkulose war weit verbreitet. Die Forderung nach „Licht, Luft und Sonne“ entstand als Reaktion darauf.

In stilistischer Hinsicht setzte sich im frühen 20. Jahrhundert in Architektur und Städtebau die Idee durch, dass die Form der Funktion zu folgen habe. Speziell der eklektische Stil des 19. Jahrhunderts mit seinen vielfältig verschnörkelten Fassaden stieß nun auf Ablehnung. In einer direkten Umkehrung heutiger Debatten galten Straßenzüge voller historisierender Ornamente nun als hässlich und architektonisch wertlos. Sogar in Reiseführern der Zeit fand sich der Hinweis, dass es in dieser oder jener Stadt nichts mehr zu sehen gäbe, weil alles im 19. Jahrhundert verschandelt worden sei.

Hinzu kamen Verkehrsprobleme. Spätestens mit der Verbreitung des Automobils entstand der Wunsch, enge, verwinkelte Gassen durch breite Magistralen zu ersetzen, die einen optimalen Verkehrsfluss ermöglichen sollten. In der Zwischenkriegszeit wurden beispielsweise in Chem-

nitz Lösungen für einen Umbau der mittelalterlichen Altstadt diskutiert. Der Ingenieur Otto Rudert schrieb 1931 in seinem Buch „Das alte Chemnitz“: „Das Straßenkreuz Dresdener, Augustusburger, Brücken- und Äußere Johannisstraße überquert man so einfach nicht. Da siehst du ein Stück Chemnitzer Verkehr. Du wunderst dich. In Leipzig, in Dresden ist der Verkehr ja auch beachtlich. Aber hier? Unwillkürlich denkst du an Paris, etwas Palce St. Michel? Das stimmt ungefähr. Aber dort ist die innere Disziplin der Kraftwagenführer und Fußgänger größer.“ Autofreundliche Umbaupläne wurden diskutiert, es fand sich aber in der Stadt keine Mehrheit dafür.

Mit der Machtergreifung der Nationalsozialisten erhielten Projekte der Umgestaltung von Städten zusätzlich eine ideologische Dimension. Der Stettiner Baudirektor Hans Bernhard Reichow entwickelte zum Beispiel den Vorschlag, Stettin im Sinne der NS-Ideologie umzubauen, mit monumentalen Achsen, aber auch einer Schnellstraße für Autos. Der Ausbruch des Zweiten Weltkriegs verhinderte die Umsetzung dieser Vision. Er beendete aber keinesfalls die Debatten um eine autofreundlichere, stärker funktional gedachte, größer dimensionierte Stadtplanung.

„Kriegszerstört“

Der Krieg stellte die Städte vor enorme Herausforderungen. Die Luftangriffe, Artilleriebeschüsse, Straßenkämpfe sowie absichtliche und versehentliche Brände zerstörten den Gebäudebestand. Besonders im heutigen Westpolen und in der Umgebung von Berlin wurde erbittert um jeden Quadratmeter gekämpft. Deshalb sind die Städte in dieser Region besonders stark zerstört.

Bereits in der Kriegszeit kamen in Deutschland die ersten Schadenskarten zum Einsatz. Weite Verbreitung erfuhren Schadenskarten dann in den Nachkriegsjahren. Die Grundlage bildeten typischerweise Vermessungskarten aus der Vorkriegszeit. In sie wurden mit farbigen Stiften unterschiedliche Grade der Beschädigung eingetragen. In Deutschland wurde ein vierstufiges System genutzt, das von „wenig zerstört“ bis „vollständig zerstört“ reichte. Trotz dieser Kartierungen ist es heute schwer, den genauen Grad der Kriegszerstörungen zu ermitteln. Er variiert beispielsweise je nach Quelle, auch weil unterschiedliche Bezugsräume (Gesamtstadt oder Innenstadt) herangezogen werden.

Doch wo, oder besser, wann endet überhaupt die Kriegszerstörung? Es liegt nahe, alle Gebäudeschäden den Kämpfen zuzuschreiben. In Wahrheit entschieden aber die Bedingungen der frühen Nachkriegszeit über das letztendliche Ausmaß der Zerstörung mit. Es beginnt damit, dass der Zustand leicht beschädigter Gebäude sich drastisch verschlechtert, wenn sie jahrelang den Elementen ausgesetzt sind und nicht repariert werden. Oftmals fehlte ab 1945 schlicht Geld oder Material für Reparaturen, so dass in den ersten Nachkriegsjahren der Verfall von Gebäuden die ursprünglichen Kriegszerstörungen noch deutlich verschlimmerte. Oft wurde auch ein Gebäude abgerissen, um an Material für die Reparatur eines anderen zu kommen. Mitunter war Zerstörung auch ein bewusster Akt. So brannte die Rote Armee am Tag der Übernahme von Neubrandenburg fast die gesamte Innenstadt nieder. In der DDR wurde darüber nicht gesprochen: Neubrandenburg galt schlicht als „kriegszerstört“.

Schwierige Kartierung

Ein weiterer Faktor war mangelnde Dokumentation von Schäden. Denn auch für eine professionelle Erfassung und Kartierung von Schäden fehlten zunächst die Ressourcen. Kartographie ist aufwendig und teuer. Jahrelang wurde – auch in Polen – mit deutschen Vorkriegskarten gearbeitet. Da der Verwaltung das Personal für eine gründliche Erfassung fehlte, war sie auf die Mithilfe der Zivilbevölkerung angewiesen. Die war in unterschiedlichem Maß fähig oder motiviert, die Schäden korrekt zu ermitteln. Doch auch die Stadtplanung war davon beein-

flusst, dass die Kartierungen oft schon mit dem Gedanken des Wiederaufbaus im Hinterkopf verfolgt wurden. Wenn ein Gebäude aus der Perspektive einer modernen Umgestaltung der Stadt wertlos oder störend erschien, war der Anreiz groß, den Beschädigungsgrad zu hoch zu bewerten und keine Reparatur anzustreben. Viele der nach dem Krieg erstellten Pläne enthielten beispielsweise Projekte, die darauf abzielten, einen Teil der durch die Kriegszerstörung frei gewordenen Flächen für die Anlage neuer Parks und anderer Grünflächen zu nutzen. Um diese grünen Landschaften zusammenhängend zu gestalten, sahen diese manchmal den Abriss der Häuser vor, die den Krieg überlebt hatten.

Die Verschiebung der Grenzen zwischen Deutschland, Polen und der Sowjetunion schuf besondere Bedingungen. Sie setzte eine Massenmigration in Gang. Die Polen mussten die von der Sowjetunion annektierten Ostgebiete verlassen und wanderten nach Westen. Darüber hinaus folgten viele Menschen aus Zentralpolen dem Aufruf der polnischen Regierung, sich in den neuen Westgebieten niederzulassen. Die Städte, in die sie nach 1945 zogen, waren ihnen fremd. Sie mussten den Wiederaufbau stemmen, hatten aber keinen Bezug zum deutschen Bauerbe. Während der polnische Denkmalschutz um Erhaltung bemüht war, mussten die nötigen Dokumente erst gefunden oder, wenn Archive zerstört waren, neu erstellt werden. Polnische Schadenskarten folgten zudem einer anderen Systematik als deutsche. Sie bemaßen Schäden als Prozentsatz des Gebäudewerts zum Stichtag 1939. Weder die Verwaltung noch die neue Wohnbevölkerung hatte das nötige Wissen, um diese Systematik in den ehemals deutschen Städten anzuwenden. In Racibórz stand erst 1949 eine Schadenskarte zur Verfügung. In Gorzów Wielkopolski lag erst in den 1950er-Jahren ein Bebauungsplan vor, der immer noch auf einer deutschen Karte basierte – auf ihr sind noch eine Hitlerstraße und eine Moltkestraße zu sehen. Diese Karten bildeten entsprechend nicht den Zustand zum Kriegsende, sondern den Zustand nach Jahren des Verfalls und des privat organisierten Umbaus ab. Auch in Szczecin beklagte der polnische Regierungsvertreter den Verfall. Kriegs- und Nachkriegsschäden hatten dort zur Vernichtung der gesamten historischen Innenstadt geführt. Die Deutschen waren ihrerseits gezwungen, westlich der Oder-Neiße-Grenze in die zerbombten Städte in Ostdeutschland zu ziehen. Diese mussten die aus dem Osten kommenden Menschen aufnehmen und gleichzeitig die Herausforderungen des Wiederaufbaus meistern.



Luftaufnahme von Chemnitz/Karl-Marx-Stadt mit dem Rathaus, der Straße der Nationen und der Stadthalle mit dem Interhotel „Kongreß“ (1977)



Marktplatz von Racibórz (2004)

Sozialistische Stadtplanung

Der Wiederaufbau folgte sowohl in der DDR als auch in Polen den Prinzipien der sozialistischen Stadtplanung. Beide Staaten hatten auch gemein, dass sie den Schwerpunkt ihrer Aufbaupolitik auf die Entwicklung der Schwerindustrie legten, die im Sozialismus als Grundlage des Wohlstands und als „stadtbauend“ galt. Für andere Projekte standen nur eingeschränkt Mittel zur Verfügung. Und nicht alle Städte hatten den gleichen Zugang zu diesen begrenzten Mitteln. Aus diesem Grund blieben viele der in den 1940er-Jahren formulierten Wiederaufbauprojekte auf dem Papier stehen. Gerade die unterschiedlichen Umsetzungen des Wiederaufbaus geben aber Aufschluss über die Mechanismen dahinter.

In der Großstadt Chemnitz, später Karl-Marx-Stadt, dessen historische Altstadt wie die von Szczecin größtenteils zerstört war, folgte der Wiederaufbau strikt den Prinzipien der sozialistischen Stadtplanung: Mit dem Zentralen Platz (heute der Bereich zwischen dem Roten Turm, der Theaterstraße und der Brückenstraße) wurde eine zentrale Fläche für politische Demonstrationen geschaffen. Eine aufgelockerte Wohnbebauung mit sonnigen, luftigen Wohnungen, getrennt von Verkehrsachsen und mit Zugang zu Grünflächen, sollte gesunde Wohnverhältnisse herstellen. Die Straßenführung in der Innenstadt wurde schließlich, wie schon lange diskutiert, an den Bedürfnissen des Autoverkehrs ausgerichtet. Im Ergebnis führte der Wiederaufbau zu einer vollständigen Umgestaltung der Chemnitzer Innenstadt. Hätte man einen Vorkriegsplan des Stadtzentrums, könnte man die Innere Klosterstraße finden, aber nicht viel mehr. Interessanterweise beruhte die Planung der beiden neuen zentra-

len Verkehrsachsen auf einem Entwurf von 1938. Dieser Rückbezug auf NS-zeitliche Planungen stellte für die Stadtpolitik kein grundsätzliches Problem dar. Neu justiert wurden Vorkriegsplanungen nur, wenn sie den Prinzipien der sozialistischen Stadtplanung widersprachen. Auch die zuständigen Fachleute wurden mit Kriegsende nicht ausgewechselt. Sie galten als technische Experten, nicht als NSDAP-Funktionäre. Beispielsweise wurde Georg Funk, ab 1936 Leiter des Chemnitzer Stadterweiterungsamtes, 1946 Stadtbaudirektor.

Szczecin, wie die anderen polnischen Städte auch, konnte aufgrund des Verwaltungswechsels nicht in gleicher Weise an bestehende Planungen anknüpfen. Die Hafenstadt, die seit dem 19. Jahrhundert de facto als Hafen von Berlin fungiert hatte, sollte nun zum Schaufenster der neuen Volksrepublik Polen entwickelt werden. Trotzdem gab es im Wiederaufbau gewisse Anklänge an Vorkriegsplanungen. So schuf man in Szczecin eine Schnellstraße für Autos entlang der Oder, die zwar nicht exakt dem Plan von Baudirektor Hans Bernhard Reichow aus den 1940er-Jahren folgte, aber große Ähnlichkeiten in ihrem Verlauf und den städtebaulichen Zielen aufwies. Außerdem gab es den Plan, den Hauptbahnhof von Szczecin nach dem Krieg zu verlegen, was schon in den 1920er- und 1930er-Jahren diskutiert wurde. Letztlich erwies sich dies jedoch als zu schwierig und kostspielig, so dass er bis heute an seiner ungünstigen Stelle verbleibt. Reichow selbst, der während der NS-Zeit auch am Generalplan Ost mitgewirkt hatte, wechselte übrigens nach dem Krieg als freier Planer und Architekt nach Hamburg. In Westdeutschland war er für zahlreiche aufgelockerte, autogerechte Planungen wie beispielsweise die Sennestadt in Bielefeld verantwortlich.

Nicht in allen Städten der Sowjetischen Besatzungszone (ab 1949 der DDR) ging der Wiederaufbau zügig vonstatten. Cottbus und Neubrandenburg waren niedrig priorisiert und erhielten kaum Mittel. Erst als beide im Rahmen einer Verwaltungsreform 1952 zu Bezirksstädten wurden und Cottbus zusätzlich zum Zentrum der Braunkohleverstromung auserkoren wurde, wendete sich das Blatt. In Neubrandenburg führte der Wiederaufbau, speziell der Wunsch, die historischen Stadtkerne in Wohnsiedlungen umzuwandeln, abermals zu einer radikalen Veränderung des Charakters der Altstadt. Vor dem Krieg beherbergte fast jedes Haus in Neubrandenburg ein Geschäft oder eine Werkstatt. Die wiederaufgebaute Stadt wies dagegen entlang der Hauptstraßen „Dienstleistungspunkte“ und entlang der Nebenstraßen nur Wohngebäude auf. Vor dem Krieg gab es in allen Städten hinter den Fronthäusern Hinterhäuser, Nebengebäude und so weiter. Nach dem Krieg wurde diese Struktur, in Neubrandenburg wie in vielen anderen DDR-Städten, durch eine Blockrandbebauung mit großen grünen Höfen ersetzt.

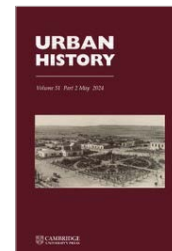
Dennoch wurden nicht alle Prinzipien der sozialistischen Stadtplanung mit der gleichen Stringenz umgesetzt. So wurde nicht immer eine „Stadtdominante“ – ein zentrales, typischerweise alles andere überragendes Gebäude – neu errichtet. In Zerbst wurden die Überreste der gotischen Nikolaikirche zur Stadtdominante erklärt. Auch in Gorzów Wielkopolski, Lubań und Racibórz behielten Kirchen ihre zentrale Stellung im Stadtbild. Ebenso benannte man in kleineren Städten oft einfach den bestehenden historischen Marktplatz um, statt einen neuen zentralen Platz zu bauen – wie geschehen in Neubrandenburg, Lubań und Zerbst.

Ästhetisch sah die sozialistische Stadtplanung zunächst eine Orientierung an einer „nationalen Tradition“ vor. Praktisch bedeutete dies, dass eine bestimmte Epoche als prägend herausgegriffen und ihr Stil in den Nachkriegs-Neubauten angewandt wurde. In Ostdeutschland waren die Stile regional differenziert: An der Küste galt die Gotik als Nationalstil, wie etwa in der Langen Straße in Rostock zu sehen ist. In Dresden (Altmarkt) hingegen entschied man sich für Barock. In polnischen Städten wurden wahlweise Klassizismus, Renaissance oder Barock als Nationaltradition identifiziert und jeweils durchgehend im Wiederaufbau zur Anwendung gebracht. In Racibórz wurden beispielsweise die zerstörten Häuser am Zentralmarkt mit Fassaden in einem Neo-Renaissance-Stil wiederaufgebaut, für den es in der Stadt selbst keinerlei historische Anknüpfungspunkte gab. Mit der Industrialisierung des Bauens und der Entstalinisierung des Städtebaus ab den späten 1950er-Jahren verschwand allerdings diese Orientierung an vermeintlichen Nationaltraditionen.

Insgesamt fällt auf, dass kleinere Städte weniger umfassend im neuen stalinistischen Stil wiederaufgebaut wurden als große. Dies war knappen Ressourcen bei gleichzeitig niedrigerer Priorität geschuldet. Und auch wenn eine Stadt oberirdisch zerstört war: Die unterirdischen Infrastrukturen wie Wasser- und Abwasser-, Gas- und Stromleitungen, wurden auch durch schwerste Bombardements nur selten zerstört. Für eine grundlegende Veränderung eines Stadtgrundrisses musste die alte Stadt auch in der Tiefe „abgerissen“ werden; ein teurer und langwieriger Weg, der in Städten wie Chemnitz aus ideologischen Gründen beschränkt wurde. Aber eben nicht überall. Besonders klar zeigt sich die Mischung aus Pragmatismus und Kontinuität in der Stadt Zerbst, die nur einen einzigen Bombenangriff im März 1945 erlebt hatte, wobei jedoch die historische Stadt ausgelöscht wurde. Nicht nur konnte die noch vorhandene Bausubstanz (Marktplatz, Kirche) im Sinn der sozialistischen Stadtplanung umgedeutet werden. Selbst das vor dem Krieg bestehende Radwegenetz wurde in die Nachkriegsplanung von Zerbst übernommen und weitergeführt.



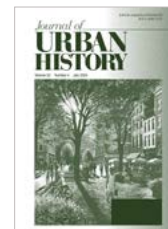
PUBLIKATIONEN



Kisiel, Piotr (2024).

Recovering the Past for the Future: Racibórz after World War II.

Urban History.
Online First



Kisiel, Piotr (2024).

Meaning beyond Accuracy: War Damage Map of Cottbus.

Journal of Urban History.
Online First

Dieser Beitrag basiert auf Forschungen im Teilprojekt „Planung“ im Verbundprojekt „Kartieren und Transformieren. Interdisziplinäre Zugriffe auf Stadtkarten als visuelles Medium urbaner Transformation in Mittel- und Osteuropa, 1939-1949“, kurz „Urban-MetaMapping“. Der Verbund wird vom Bundesministerium für Bildung und Forschung gefördert und läuft von November 2020 bis Oktober 2024.

Prof. Dr. s.c. Rolf Kuhn war der Impulsgeber einer ideenreichen Gestaltung von Bergbaufolgelandschaften in der Niederlausitz

Ein Nachruf von Prof. Dr. Heiderose Kilper

Im Rückblick auf zehn Jahre Internationale Bauausstellung (IBA) Fürst-Pückler-Land hat Rolf Kuhn im Jahr 2010 von einem „Kunststück“ gesprochen, das in die Tat umzusetzen war: die Geschichte zu bewahren und gleichzeitig zu neuen Ufern aufzubrechen. Als IBA-Geschäftsführer hat Rolf Kuhn diese Grundhaltung gelebt, systematisch, Tag für Tag. Als Mitglied des IBA-Fachbeirats hatte ich das Privileg, Rolf Kuhn kontinuierlich zu begegnen, sein inspirierendes Denken und sein immer zuversichtliches Handeln kennenzulernen.

Bewusst war mir dabei immer, dass mir in der Persönlichkeit von Rolf Kuhn auch der ehemalige Direktor des Bauhauses Dessau begegnet ist. Nach dessen Wiedergründung im Jahr 1986 war er von 1987 bis 1998 dessen erster Direktor. Während seiner Amtszeit ist das Konzept des „Industriellen Gartenreichs“ zur Gestaltung notwendiger Transformationsprozesse in der mitteleuropäischen Industrieregion Dessau-Bitterfeld-Wolfen entwickelt worden. Im Jahr 1998 wechselte er vom Bauhaus zur IBA Lausitz, zur Vorbereitung der IBA Fürst-Pückler-Land.

Die Herausforderungen waren gewaltig, mit denen Rolf Kuhn in der Niederlausitz mit ihren Braunkohlevorkommen, ihrer gigantischen Tagebau-Maschinerie und mit ihren massiven Folgen für Landschaft und Siedlungen konfrontiert war. Im einstigen Energiebezirk Cottbus der DDR ging es um die Heilung verwundeter Landschaften, wie es immer wieder hieß; um endlos scheinende Tagebaugruben auf einem 500 Quadratkilometer großen Gebiet rund um Cottbus, die oft als Mondlandschaften bezeichnet wurden. Mit seiner außergewöhnlichen Vorstellungskraft hat Rolf Kuhn in diesen Landschaften das Potenzial für neue, andere Gestaltungen und Nutzungen in der Zukunft gesehen.

Mit der Übernahme des IBA-Staffelstabs von Prof. Dr. Karl Ganser Ende 1999 waren wesentliche Prinzipien des IBA-Formats übernommen, so etwa die zehnjährige Laufzeit, die dezentrale Planung und Entwicklung durch Projekte, wie auch die Gründung einer Geschäftsstelle auf Zeit. Wie bei der IBA Emscher Park, war auch in der Niederlausitz deren wesentliche Aufgabe die Kommunikation, das hieß: Überzeugungsarbeit in der Region zu leisten, Innenwahrnehmung mit Außenwahrnehmung zu konfrontieren, Kooperationen zu stiften, kurzum: als Motor und Katalysator des Wandels zu wirken.

Bezeichnenderweise hat Rolf Kuhn seine IBA-Geschäftsstelle in Großräschen „IBA-Team“ genannt. In seiner Funktion als deren Geschäftsführer war er ein versierter Teamplayer, ein Netzwerker und ein nimmermüder Motivator. Er hat sich zehn Jahre erfolgreich und mit einem langen Atem in einem überaus komplexen Gefüge aus kommunalen und staatlichen Akteuren bewegt, aus professionellen Projektentwicklern aus dem In- und Ausland, Profis der Bergbausanierung und -verwaltung, Experten aus Wissenschaft und Kunst. Mit seiner persönlichen Integrität, mit seiner Freundlichkeit und fachlichen Autorität hat er es verstanden, mit allen auf Augenhöhe zu kommunizieren, die Fäden zusammenzuhalten und unterschiedliche Ansichten und Positionen immer wieder zusammenzuführen.

Mein Kontakt zu Rolf Kuhn ist nach dem Finale der IBA Fürst-Pückler-Land im Jahr 2010 und nach der Beendigung meiner Tätigkeit als IRS-Direktorin nie abgerissen. Auch der Kontakt zwischen ihm und dem IRS ist kontinuierlich gepflegt worden. Bei der Abfassung seiner Arbeitsbiographie hat er bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Forschungsschwerpunkts „Zeitgeschichte und Archiv“ bis heute Resonanz und



Unterstützung gefunden. Sie erlebten ihn über viele Jahre als inspirierenden und sehr reflektierten Gesprächspartner, der auch jüngeren Kolleginnen und Kollegen bescheiden und ohne jeden Dünkel begegnete.

In der Raum- und Stadtentwicklung immer wieder neue, ganz eigene Wege gehen und dabei Vorhandenes aufgreifen – dafür steht und stand Prof. Dr. s.c. Rolf Kuhn. Er ist am 16. Juni 2024 im Alter von 77 Jahren verstorben. Seine Stimme wird in der regionalen Entwicklungs- und Strukturpolitik fehlen, nicht nur in der Niederlausitz und in Brandenburg.



„Ein Ökosystem für Sozialunternehmen“

Interview mit IRS-Wissenschaftler Ralph Richter



Herr Richter, Sie sind in den Beirat des Kompetenzzentrums für Soziales Unternehmertum Brandenburg berufen worden. Was macht dieses Zentrum, und was ist Ihre Rolle als Beirat?

Das Kompetenzzentrum will in Brandenburg ein Ökosystem für Sozialunternehmen entwickeln. Es geht darum, unter den Sozialunternehmen überhaupt ein Bewusstsein für eigene Interessen und Ziele zu schaffen und gegenüber der Politik und der Öffentlichkeit zu kommunizieren. Dazu führt das Zentrum unter anderem Netzwerkveranstaltungen und Weiterbildungen durch. Als Beiratsmitglied habe ich die Aufgabe, das Kompetenzzentrum fachlich zu unterstützen und kritisch zu begleiten. Damit bin ich aber nicht allein, wir sind insgesamt acht Beiratsmitglieder aus Brandenburger Ministerien, Kommunen, Wohlfahrtsverbänden, LEADER-Gruppen, dem Netzwerk Zukunftsorte und der Wissenschaft. Für Letztere halte ich die Fahne hoch.

Was ist der Hintergrund des Zentrums? Wer hat es ins Leben gerufen und wie kam es dazu?

Ein Auslöser für die Gründung des Zentrums war die Studie „Marktorientierte Sozialunternehmen in Brandenburg“, die wir 2021 im Auftrag des Brandenburger Wirtschafts- und Arbeitsministeriums (MWAE) und zusammen mit dem Sozialunternehmen Social Impact erstellt hatten. Wir fanden heraus, dass es in Brandenburg zwar deutlich über einhundert Sozialunternehmen gibt, diese aber oft kein Bewusstsein dafür haben, Teil dieses noch relativ jungen Unternehmensfeldes zu sein. Ohne eine eigene Interessenvertretung ist es aber schwer, Sozialunter-

nehmen zu adressieren und zu unterstützen. Vor diesem Hintergrund hat das MWAE den Aufbau und Betrieb des Kompetenzzentrums ausgeschrieben. Social Impact hat den Zuschlag erhalten und baut das Zentrum seit Ende 2023 in Beelitz-Heilstätten auf. Die Finanzierung ist vorerst bis 2026 gesichert.

Wo soll die Reise in nächster Zeit hingehen? Welche aktuellen Pläne gibt es?

Um die Sichtbarkeit der Sozialunternehmen zu steigern, kürt das Kompetenzzentrum im Jahr 2025 erstmals ein „Sozialunternehmen des Jahres“. Die Durchführung eines solchen Wettbewerbes hatten wir bereits in unserer Studie vorgeschlagen. Daneben geht es dem Kompetenzzentrum um die Qualifizierung der Sozialunternehmer*innen, damit ihre Unternehmen resilienter gegenüber Krisen werden. Viele Sozialunternehmen arbeiten gemeinnützig und können daher kaum Rücklagen bilden. Da braucht es besondere Kompetenzen, um Durststrecken und Rückschläge zu überstehen.

Wie ist man gerade auf Sie gekommen?

Die Basis für die Sozialunternehmensforschung am IRS hat Gabriela Christmann vor mehr als zehn Jahren gelegt. Seitdem haben wir die Kompetenzen in diesem Forschungsfeld weiter ausgebaut und sind heute in Brandenburg wohl die Forschungseinrichtung mit der größten Expertise auf diesem Gebiet. Daraus ist auch eine langjährige Partnerschaft mit Social Impact entstanden. Ich selbst war an zwei EU-Forschungsprojekten zum Thema beteiligt – Rurlnno und RurAction – sowie an der Brandenburger Sozialunternehmerstudie, bin im EMES-Forschungsnetzwerk zu Sozialunternehmen aktiv und habe viel zur sozialen Innovationskraft und Problemlösungskompetenz dieser Unternehmen in ländlichen Regionen geforscht. Es ist eine schöne Aufgabe und auch ein Stück weit Anerkennung für unsere langjährige Arbeit. Nicht zuletzt geht Gabriela Christmann demnächst in den Ruhestand, und so habe ich die Aufgabe übernommen.

Können Sie noch mehr zu Forschung und Beratung des IRS zu Sozialunternehmen sagen?

Uns interessiert an Sozialunternehmen vor allem zweierlei: Erstens, ob und wie sie soziale Innovationen hervorbringen. Sozialunternehmen gelten im Vergleich zu Behörden oder zivilgesellschaftlichen Organisationen als innovationsstark. Jedoch gab es dafür lange kaum empirische Belege. Wir konnten zeigen, dass ihre Position an der Schnittstelle zwischen Markt, Staat und Zivilgesellschaft sie dazu befähigt, jenseits üblicher Feldlogiken zu agieren und neuartige Lösungen für Problemlagen hervorzubringen. Zweitens interessiert uns die Raumwirksamkeit der sozialunternehmerischen Praxis speziell mit Blick auf ländliche Regionen. Hier zeigte sich, dass sie als Intermediäre handlungsstarke lokale Gemeinschaften mit überlokalen Ressourcen zusammenbringen und damit das Handlungsproblem überregionaler Entscheider und das Ressourcenproblem lokaler Gruppen lösen können. Allerdings sind Sozialunternehmen in der Regel eher klein. Die von ihnen ausgehenden Impulse für die Entwicklung ländlicher Regionen sind daher begrenzt. Zielgruppen unserer Erkenntnisse sind neben der Wissenschaft natürlich auch die Sozialunternehmen selbst und die Politik. Um letztere zu erreichen, haben wir beispielsweise in Brüssel einen hochkarätig besetzten Policy Roundtable organisiert und in Brandenburg mit dem MWAE und der Wirtschaftsförderung Brandenburg zusammengearbeitet.

Stellen Sie sich vor, sie schlagen in drei Jahren die Märkische Oderzeitung auf. Welche Erfolgsmeldung wollen Sie dann lesen?

Vielleicht so etwas wie „Neuer Teilnahmerecord beim Wettbewerb um das Sozialunternehmen des Jahres“. Das wäre dann ein Indiz dafür, dass dem Kompetenzzentrum der Aufbau des Netzwerks gelungen ist und Aufmerksamkeit und Interesse für Sozialunternehmen gesteigert werden konnten.

Das Interview führte Gerhard Mahnken.



Online-Ausstellung „Zwangsräume“ für Grimme-Publikumspreis nominiert

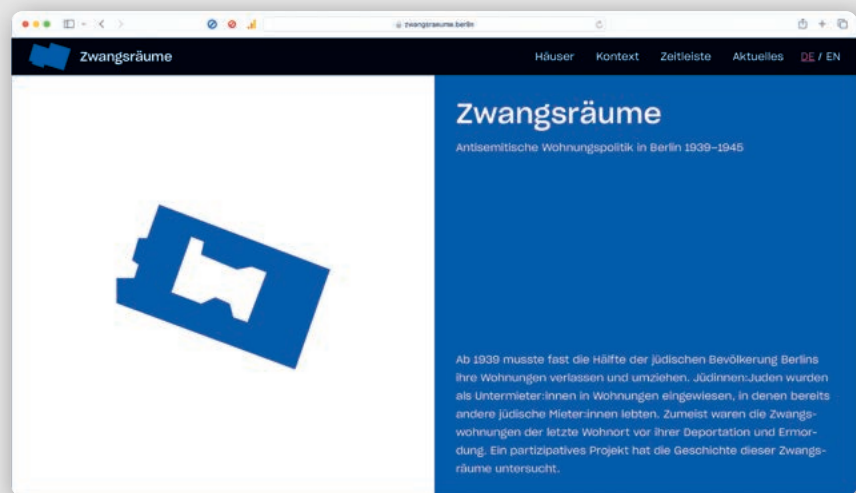
Die Online-Ausstellung „Zwangsräume“ wurde für den Grimme Online Award 2024, Publikumspreis im Bereich Bildung & Wissen, nominiert. Bis zum 3. Oktober 2024 konnte online über 27 Beiträge abgestimmt werden. Das Ergebnis stand zu Redaktionsschluss noch nicht fest. Die Ausstellung betrachtet die antisemitische Wohnungspolitik in Berlin zwischen 1939 und 1945. Sie stellt Wohnungen und Häuser vor, in die jüdische Personen vor ihrer Deportation umziehen mussten. Mehr als die Hälfte der jüdischen Bewohnerinnen und Bewohner Berlins wurden vor ihrer Deportation aus ihren eigenen Häusern in andere, bereits bewohnte Wohnungen zwangsumgesiedelt. Diese Wohnungen werden in der Ausstellung als „Zwangswohnungen“ bezeichnet. Die Geschichte ihrer Bewohner*innen wird erzählt. Die Ausstellung wurde vom Verein „Aktives Museum Faschismus und Widerstand in Berlin“ gemeinsam mit dem IRS entwickelt. Stefanie Brünenberg und Timo Vössing (IRS) schufen für die Ausstellung 3D-Rekonstruktionen zerstörter Gebäude anhand von historischem Planmaterial und mit Hilfe von CAD- und Rendering-Software.

Der Grimme-Preis ehrt herausragende TV-Produktionen und Medienschaffende. Er wird vom Grimme-Institut seit 1964 verliehen und gilt als

einer der bedeutendsten Preise für Qualitätsfernsehen im deutschsprachigen Raum. Der Grimme Online Award ist eine Erweiterung des Preises, die herausragende Online-Inhalte in verschiedenen Kategorien auszeichnet. Der Publikumspreis im Bereich Bildung & Wissen wird dabei von der Öffentlichkeit an Projekte oder Inhalte vergeben, die besonders bildend und informativ sind und einen Beitrag zur Wissensvermittlung leisten. Zur Auswahl standen in der aktuellen Runde neben der Ausstellung „Zwangsräume“ beispielsweise

eine vom SWR produzierte interaktive und personalisierbare Datenstory zum Thema Reanimation und Qualitätsmanagement im Rettungsdienst, „Auf dünnem Eis. Der Polar-Podcast für Kinder“ des Deutschen Technikmuseums und die CORRECTIV-Recherche „Geheimplan gegen Deutschland“.

 **KONTAKT**
Dr. Stefanie Brünenberg



zwangsraeume.de

IRS unterzeichnet Charta der Vielfalt

Das IRS hat die Charta der Vielfalt unterzeichnet. Damit zeigt das Institut, dass es sich für ein wertschätzendes und vorurteilsfreies Arbeitsumfeld einsetzt. Die Charta der Vielfalt ist eine Initiative zur Förderung von Vielfalt in Unternehmen und Institutionen unter der Schirmherrschaft von Bundeskanzler Olaf Scholz. Mit der Unterzeichnung setzt das IRS ein klares Zeichen für Vielfalt und Toleranz in der Arbeitswelt und signalisiert die Wertschätzung aller Mitarbeitenden unabhängig von Alter, ethnischer Herkunft und Nationalität, Geschlecht und geschlechtlicher Identität, körperlichen und geistigen Fähigkeiten, Religion und Weltanschauung, sexueller Orientierung und sozialer Herkunft.

Für das IRS geht es neben der Förderung der Vielfalt in der Beschäftigtenstruktur und gleichen Chancen für alle Mitarbeitenden, unabhängig von ihren Persönlichkeitsmerkmalen, auch darum, die Vielfalt der Gesellschaft in der Forschung möglichst genau abzubilden und die Potenziale diverser Forscherperspektiven noch stärker zu nutzen.

Eine Vielzahl von Maßnahmen sind bereits umgesetzt oder in Planung:

- Austauschformate für Wissenschaftler*innen zu Diversität in Forschung und Transfer sowie zu Forschungsethik,
- die konsequente Umsetzung der Zweisprachigkeit am Institut unter anderem durch die

Übersetzung aller Dokumente in die englische Sprache, Inhouse-Englischkurse für das wissenschaftsstützende Personal,

- Strukturierter Onboardingprozess für eine offene Willkommenskultur,
- Trainings zu interkulturellen Kompetenzen,
- Gender Mainstreaming-Workshops für alle Beschäftigten.

Der Umgang mit Vielfalt ist für das IRS eine dauerhafte Aufgabe, die laufende Reflexion und Weiterentwicklung erfordert.

 **KONTAKT**
Jessica Heckel

Land Brandenburg investiert am Forschungsstandort Erkner

Im August 2024 begann mit dem Austausch der Fenster der erste Schritt der Sanierung des historischen IRS-Hauptgebäudes. Dabei werden über 100 renovierungsbedürftige Holzfenster durch moderne, dreifach verglaste Fenster ersetzt. Diese gewährleisten eine hohe Wärmedämmung und bringen das Gebäude optisch wieder näher an seinen Originalzustand. Für die Fensterrahmen wird die um 1900 in der Region für Industriegebäude übliche Originalfarbe, ein dunkles Grün, verwendet. Möglich wird die Sanierung durch ein Förderprogramm des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kultur des Landes Brandenburg zur „Stärkung der Energieresilienz an außeruniversitären Forschungseinrichtungen“.

Das IRS hat sich im Rahmen dieses Programms erfolgreich um die Förderung von zwei Maßnahmen im Gesamtvolumen von 962.000 Euro beworben. Dabei geht es neben den Fenstern um die Installation von Rechencluster-Rack-schränken im Rechenzentrum. Diese Rack-schränke in geschlossener Bauweise verfügen

über eine integrierte Kühlung. Die hierfür notwendige Kälte wird mittels einer Wärmepumpe energieeffizient erzeugt.

„Durch diese klugen Investitionen in die Substanz wird sich der Energieverbrauch des Instituts im Betrieb spürbar reduzieren“ so IRS-Direktor Oliver Ibert. „Langfristig erlauben uns diese Maßnahmen einen ökologisch nachhaltigen und ökonomisch sparsamen Forschungsbetrieb am Standort Erkner. Außerdem reduziert das IRS seine Abhängigkeiten von Preisschwankungen auf Energiemärkten.“ Die Umsetzung dieser beiden parallel laufenden Modernisierungsmaßnahmen muss bis Ende des Jahres ohne Beeinträchtigung des laufenden Forschungsbetriebs und unter Berücksichtigung der schwierigen Marktlage erfolgt sein. Jessica Heckel, die am IRS sämtliche Baumaßnahmen verantwortlich steuert, sagt: „Wir müssen bei aller Freude gerade viele zuwendungs- und denkmal-schutzrechtliche Auflagen beachten. Deshalb bin ich sehr froh über die kooperative Zusammenarbeit

mit der Unteren Denkmalschutzbehörde des Landkreises Oder-Spree.“

Ab 2026 folgt eine umfangreiche Gebäudesanierung, deren Kosten in Höhe von insgesamt 15 Millionen Euro vom Bund und dem Land Brandenburg gemeinsam getragen werden. Dann werden Dach, Wasserleitungen und Heizungsanlage saniert sowie die Barrierefreiheit und das Raumkonzept verbessert.



KONTAKT
Prof. Dr. Oliver Ibert
Jessica Heckel

IRS-Beschäftigte besuchen Eisenhüttenstadt

Der diesjährige Betriebsausflug im Juli 2024 führte die Beschäftigten des IRS nach Eisenhüttenstadt. Sie besichtigten dort das Stahlwerk von ArcelorMittal, wo sie Einblick in die Nachhaltigkeitsstrategie des Konzerns bekamen. Arcelor,

das Vorgängerunternehmen von ArcelorMittal, hatte 1995 das ehemalige „Eisenhüttenkombinat Ost“ (EKO) übernommen, das nach der deutschen Vereinigung privatisiert worden war. Seit der Übernahme hat ArcelorMittal kontinuierlich

in das Werk investiert, um es zu modernisieren. Heute ist das Werk in Eisenhüttenstadt ein wichtiger Standort für die Stahlproduktion innerhalb des Konzerns.

Nach der Besichtigung des Stahlwerks nahm die IRS-Belegschaft an einer Stadtführung teil, die sie durch verschiedene Bauabschnitte der Stadt führte. Eisenhüttenstadt wurde 1950 in der DDR unter dem Namen „Stalinstadt“ gegründet und war als sozialistische Planstadt konzipiert. Die Gründung stand im Zusammenhang mit dem Bau des besagten Eisenhüttenkombinats Ost, einem der größten Stahlwerke der DDR. Eisenhüttenstadt sollte als „erste sozialistische Stadt auf deutschem Boden“ ein Vorzeigeprojekt für den industriellen Aufbau der DDR sein. Die Umbenennung der Stadt erfolgte 1961 im Zuge der Entstalinisierung.



KONTAKT
Prof. Dr. Surtje Schmidt

IRS engagiert sich in Leibniz-Lab zu Umbrüchen

Leibniz-Labs sind ein neues Instrument der Forschungsorganisation. Sie zielen darauf ab, das umfangreiche Wissen der beteiligten Leibniz-Institute zusammenzubringen, um gemeinsam Beiträge zur Lösung drängender gesellschaftlicher Probleme zu leisten und diese für verschiedenste Zielgruppen zugänglich zu machen. In der ersten Förderrunde hat die Leibniz-Gemeinschaft im März 2024 drei Labs zur Förderung ausgewählt: „Pandemic Preparedness“, „Systemische Nachhaltigkeit“ und „Umbrüche und Transformationen“. Das IRS beteiligt sich als eine von 28 Einrichtungen am Lab „Umbrüche und Transformationen“. Es untersucht den gesellschaftlichen Umgang mit plötzlichen, grundlegenden Umbrüchen.

Das Format des Leibniz-Labs ist darauf angelegt, die inter- und transdisziplinären Erfahrungen, Kompetenzen und Potenziale der Leibniz-Gemeinschaft bestmöglich zu nutzen und dazu ihre vielfältigen Wissensbestände zu integrieren.

Dabei binden die Labs Stakeholder aus Gesellschaft, Politik und Wirtschaft ein. Ziel ist die Entwicklung innovativer und experimenteller Foren und Formate für den Austausch zwischen Wissenschaft und Gesellschaft. Das Leibniz-Lab „Umbrüche und Transformationen“ hat drei Schwerpunkte:

- der rasante gesellschaftliche Umbau nach dem Ende des Kalten Krieges seit 1989, insbesondere in den postsozialistischen Gesellschaften;
- die gesellschaftlichen Herausforderungen im Zuge der Globalisierung, wie damit verbundene Umbrüche im Bereich der Ökonomie, Kommunikation/Digitalisierung, Migration, Bildung und Politik;
- gegenwärtige Herausforderungen durch Klimawandel und Ressourcenschutz, die mit Vorstellungen einer gesamtgesellschaftlichen („sozial-ökologischen“) Transformation zur Nachhaltigkeit verhandelt werden.

Die drei Schwerpunkte werden nicht getrennt voneinander untersucht. Vielmehr dient das Ende des Kalten Krieges als historischer Referenzfall für eine komplexe Umbruchsituation, in der verschiedene Prozesse – politische und gesellschaftliche Transformation, wirtschaftliche Krise und Neuorientierung, neue Migrationsbewegungen – ineinandergreifen. Unter Rückgriff auf historische Erfahrungen stellt das Lab den Umgang gesellschaftlicher Akteure mit Umbrüchen und Transformationen ins Zentrum seiner Arbeit.

Das Lab wird mit insgesamt drei Millionen Euro über eine Laufzeit von drei Jahren gefördert. Die beteiligten Einrichtungen können damit neue Transfervorhaben entwickeln und umsetzen. Das Leibniz-Institut für Länderkunde (IfL) in Leipzig und das Zentrum für Zeithistorische Forschung (ZZF) in Potsdam übernehmen die Koordination des Labs.



Prof. Dr. Oliver Ibert

Projekt zur Geschichte des Statistischen Bundesamts

Im Projekt „GeStat – wie die Vergangenheit zählt“ erforscht der Forschungsschwerpunkt „Zeitgeschichte und Archiv“ des IRS seit Juli 2024 gemeinsam mit dem Statistischen Bundesamt die Geschichte der Behörde. Die Initiative dazu ging vom Statistischen Bundesamt aus, wo es seit längerem Bemühungen gibt, die eigene Geschichte aufzuarbeiten. Die Forschung erfolgt im engen Dialog mit Mitarbeiter*innen der Behörde. Auf IRS-Seite ist auch der Bereich „Wissenschaftsunterstützung und Kommunikation“ beteiligt. Die Projektleitung liegt bei Forschungsschwerpunkt-leiterin Kerstin Brückweh.

Den Ausgangspunkt für die Analyse bilden dabei die 1980er-Jahre: Der Volkszählungsboykott, dessen Protagonistinnen und Protagonisten sich nicht zuletzt auf den Umgang mit statistischen Daten im Nationalsozialismus bezogen, und die anschließende grundlegende Rechtsprechung zum Datenschutz fielen in diese Zeit. Auch entwickelte sich

in Westdeutschland ein breiteres, gesellschaftliches Interesse an der Geschichte des Nationalsozialismus und ihren Auswirkungen auf die Bundesrepublik mit personellen Kontinuitäten und politischen Vorbelastungen. Zeitlich fiel dies mit dem beginnenden Ende der DDR zusammen. Die teilweise Integration des Personals aus der DDR in den Bundesdienst in den 1990er-Jahren überschneidet sich somit mit der Aufarbeitung der NS-Vergangenheit. Aufarbeitung wurde vor allem ab 2005 vermehrt auch von Behörden für ihre je eigene Geschichte betrieben, wobei das Statistische Bundesamt schon in den 1990ern die Rolle der Bevölkerungsstatistik im Nationalsozialismus von der Historikerin Jutta Wietog erforschen ließ. Auch hier zeigte sich die Bedeutung der parallelen zeitlichen Entwicklungen von NS-Aufarbeitung und Ende der DDR: Denn der Auftrag an Wietog war mit der Hoffnung verbunden, dass sich in den Archiven der ehemaligen DDR weitere Akten finden würden.

Dadurch kam es zur auch für andere Bereiche typischen Verflechtung eigentlich getrennter vergangenheitspolitischer Diskurse, was sich – so eine These des GeStat-Projektes – auf den Umgang mit der ehemaligen DDR auswirkte. Die Beteiligung der Mitarbeitenden des Statistischen Bundesamtes ist ein wichtiger Baustein der Forschung. Sie werden kontinuierlich über das Projekt informiert und in den Forschungsprozess einbezogen. Die Wissenschaftskommunikation des IRS unterstützt die umfassende interne Kommunikation des Projekts durch das Statistische Bundesamt, die auch Citizen Science-Ansätze einschließt.

Das Projekt „GeStat – wie die Vergangenheit zählt“ wird vom Statistischen Bundesamt finanziert. Es läuft von Juli 2024 bis Juni 2028.



Prof. Dr. Kerstin Brückweh
Veronika Stumpf

Studie zu Engagementförderung

Hohe Einsatzbereitschaft, schwierige Bedingungen

Zivilgesellschaftliches Engagement findet vor Ort statt und adressiert vielfach lokale und regionale Anliegen. Die Kommunen wissen um die Bedeutung ihrer Vereine und Initiativen und unterstützen diese auf ganz unterschiedliche Weise. In der Engagementforschung wurde der Bedeutung kommunaler Engagementförderung jedoch bislang nur wenig Beachtung geschenkt. Nun liegen erste Befunde des am IRS bearbeiteten Projekts „Kommunale Engagementförderung“ vor, das die kommunale Förderpraxis untersucht. Sie zeigen, dass sich kaum eine Kommune dieser freiwilligen Aufgabe entzieht. Der Professionalisierungsgrad und die eingesetzten Mittel unterscheiden sich jedoch beträchtlich.

Vor allem die kreisfreien Großstädte und Stadtstaaten setzen für diese Aufgabe umfangreiche Ressourcen ein. Viele unterhalten eigene Stabsstellen, haben Engagementstrategien entwickelt, bieten Fördermittel, Räumlichkeiten und organisieren Freiwilligenbörsen. Durch ihre geringere Finanzausstattung können kreisangehörige Städte und Gemeinden hier weniger mithalten. Dessen ungeachtet sind die Vereine und Initiativen für die Verantwortlichen in Mittel- und Kleinstädten von ganz besonderer Bedeutung. Für die Bürger-

meister*innen sind sie wichtige zivilgesellschaftliche Ansprechpartner und politische Korrektive. Gerade in diesen Orten leisten Vereine und Initiativen auch einen Beitrag zur Daseinsvorsorge, wenngleich den Beteiligten klar ist, dass Engagement und Ehrenamt komplementär zur staatlichen Leistungserbringung wirksam werden und diese nicht ersetzen sollte.

„Die Forschungsergebnisse zeigen aber auch, dass die Unterstützung von Engagement und Ehrenamt weniger wirksam ist als sie es sein könnte“, stellt IRS-Projektleiter Ralph Richter fest. Die kommunalen Engagementexpert*innen beklagen einen Fördermittelschmelgen, eine gestiegene Komplexität von Antragsverfahren, eine überhandnehmende Bürokratie und Haftungsrisiken. Letztere führten zu einer abnehmenden Bereitschaft, in Vereinen Vorstandspositionen zu übernehmen. Nicht die Nachwuchsgewinnung sei für viele Vereine das Hauptproblem, sondern das Zurückschrecken der Mitglieder vor der Übernahme verantwortlicher Positionen. Dazu passt ein weiterer interessanter Befund: „Wir beobachten einen Wandel in der Art des Engagements. Die Engagementbereitschaft ändert sich in der Summe zwar nicht, aber an die Stelle fester Vereinsbindung rücken

teilweise eher projektbezogene, weniger verbindliche Formen des Engagements“, so Richter weiter.

Diese und weitere Befunde werden für eine Publikation aufbereitet, die voraussichtlich im November 2024 erscheinen wird. Auftraggeber des Projektes, an dem neben dem IRS auch der Thinktank neuland21 mitarbeitet, ist die Deutsche Stiftung Engagement und Ehrenamt (DSEE). Grundlage der Studie ist eine deutschlandweite standardisierte Befragung unter fast 11.000 Kommunen. Als weitere Transferformate sind ein Podcast sowie die Präsentation in der DSEE-Veranstaltungsreihe #EngagiertGeforscht geplant. Das IRS knüpft mit der Projektbeteiligung an Arbeiten zur Digitalisierung im ländlichen Ehrenamt sowie insgesamt an die bestehende Engagement- und Partizipationsforschung an.



Klimapioniere in „abgehängten“ Orten

Kommunalverwaltungen spielen zunehmend eine wichtige Rolle bei der Bewältigung des Klimawandels. Die Forschung zu kommunalen Klimapolitiken hat sich bisher jedoch zumeist auf größere oder international sichtbare Städte konzentriert. Kleinere und weniger ressourcenstarke Kommunen und ihre Verwaltungen wurden in der Forschung weitgehend vernachlässigt, insbesondere strukturell benachteiligte und „abgehängte“ Orte.

Das Projekt „Unlikely Climate Pioneers: Local Governments' Net Zero Actions in Left Behind Places in the UK and Germany“ will diese Lücke schließen. Es nimmt klimabezogene Aktivitäten benachteiligter Kommunalverwaltungen im Vereinigten Königreich und in Deutschland international vergleichend in den Blick. Konkret verfolgt das

Projekt drei Ziele: Es soll „Unlikely Pioneers“, also Kommunen oder Landkreise, die unter schwierigen strukturellen Rahmenbedingungen klimapolitische Erfolge erzielen konnten, identifizieren. Es soll Schlüsselfaktoren, die ihre Vorreiterrolle erklären, bewerten. Und schließlich soll es diese Faktoren in beiden untersuchten Ländern miteinander vergleichen.

Das Projekt geht von der Überlegung aus, dass die Strategien und Initiativen, die in strukturell benachteiligten Kommunen erfolgreich waren, breiter anwendbar sind als solche, die in klassischen Vorreiterkommunen unter eher privilegierten Bedingungen entstanden sind. Die gewonnenen Erkenntnisse sollen weit verbreitet werden, um Praxisakteur*innen in Kommunen bei ihren

eigenen Klimaaktivitäten zu unterstützen und zu ermutigen. Die Leitung des Projekts am IRS liegt bei Wolfgang Haupt, Leiter der Forschungsgruppe „Urbane Nachhaltigkeitstransformationen“.

Das Projekt wird von der British Academy über einen Leverhulme Small Research Grant gefördert. Es startete Ende September 2024 und läuft bis August 2026.



Wie Klimamanager*innen sich an lokale Bedingungen anpassen

Kommunen beschäftigen zunehmend Klimamanager*innen, um die Umsetzung klimapolitischer Ziele voranzutreiben. Doch wie handeln diese Individuen, und wie beeinflussen die spezifischen lokalen Bedingungen ihr Handeln? In einem neuen Paper in der Fachzeitschrift „Regional Studies“ zeigen Forschende des IRS, dass unterschiedliche Strategien verfolgt werden, je nachdem ob eine Kommune bereits klimapolitisch aktiv ist oder nicht.

Wolfgang Haupt von der Forschungsgruppe „Urbane Nachhaltigkeitstransformationen“ sowie die ehemaligen Gruppenmitglieder Leonie Laug und Peter Eckersley haben untersucht, welchen Einfluss Agency, also die Aktivitäten von Einzelpersonen, auf die städtische Klima-

Governance hat. Basierend auf Fallstudien aus elf deutschen Mittelstädten vergleichen sie Handlungsweisen und Strategien von Klimamanager*innen aus strukturell sehr unterschiedlich gelagerten Städten. Zentrale Erkenntnisse sind, dass Klimamanager*innen, je nach lokalem Kontext, auf sehr unterschiedliche Ansätze zurückgreifen. In Städten, in denen es bereits einen breiten politischen Konsens für Klimaschutz gibt, arbeiten sie eher darauf hin, die Politik an ihre Beschlüsse zu erinnern und überprüfen kritisch, ob Maßnahmen wirklich wirksam sind. In Städten, in denen dieser politische Konsens fehlt und in denen Politik, Verwaltung und Stadtbevölkerung eher zurückhaltend auf Klimavorhaben reagieren, vermeiden sie in der Kommunikation meist direkte Verweise auf die Dramatik der Kli-

makrise. Stattdessen werden Themen, die als vermittelbarer angesehen werden, in den Vordergrund gestellt, wie beispielsweise der wirtschaftliche Wert von Energieunabhängigkeit oder der Wert von Begrünung.

Publikationen:



Haupt, Wolfgang; Laug, Leonie & Eckersley, Peter (2024).

Structure, Agency and Local Climate Governance: How do Individual Actors Exploit Local Contexts to Shape Policymaking in Smaller Cities and Towns.

Regional Studies
Online First

Datengestützte Planung hinterfragen

In der Fachzeitschrift „Raumforschung und Raumordnung“ nimmt IRS-Planungsforscher Christoph Sommer Stellung zu einer aktuellen Debatte über die Rolle von Wahrheit in der Planung. Die Kernfrage ist: Soll die Planungswissenschaft akzeptieren, dass es mehrere subjektive Wahrheiten nebeneinander gibt? Oder müssen Planung und Planungsforschung auf einer verbindlichen, wissenschaftlich belegten Wahrheit aufsetzen? Wie kann geplant werden, wenn Leute an alternative Fakten glauben und faktisch in alternativen Welten leben?

Ausgangspunkt der aktuellen Kontroverse war ein Aufsatz in der Fachzeitschrift „European Planning Studies“ von 2023. Darin schlagen die Planungswissenschaftler*innen Benjamin Davy, Meike Levin-Keitel und Franziska Sielker vor, „Polyrationalität“, also die Akzeptanz verschiedener nebeneinander existierender Wahrheiten, als Modus planerischer Praxis analytisch ernst zu nehmen. Der Politikwissenschaftler Gerd

Lintz warnte dagegen in „Raumforschung und Raumordnung“ eindringlich vor einer Art postmodernem Relativismus. Dieser werte den Kern wissenschaftlicher Erkenntnis (die intersubjektive Überprüfbarkeit von Wissen) ab und erschwere die Kooperation etwa mit Natur- und Ingenieurwissenschaften.

In seiner Intervention richtet Christoph Sommer den Blick auf die wichtige Rolle von Daten, etwa in Form von GIS-Datensätzen, die heute das Planungshandeln prägen. Er spricht sich dafür aus, eine kritische Auseinandersetzung mit Daten und datengestützter Wissensproduktion ins Zentrum der Debatte zu stellen. Nach seiner Auffassung hätte ein radikaler Glaube an die den Daten innewohnende wissenschaftliche Rationalität und ihre handlungsleitende Wirkung („Follow the Science“) das Potenzial, Planung zu entpolitisieren. Dabei bedürfe es gerade planungspolitischer Aushandlungen gemeinwohlorientierter Raumentwicklungsziele. Eine kritische Bewertung von

Daten und ihrer Aussagekraft biete eine gute Grundlage für den Austausch zwischen Wissenschaft und Planungspraxis sowie zwischen verschiedenen Wissenschaftsdisziplinen.

Publikation:



Sommer, Christoph (2024).

Planungsprobleme als epistemische Probleme. Anmerkungen zur Debatte über multiple Wahrheiten in der Planung.

Raumforschung und Raumordnung | Spatial Research and Planning, 82 (3), 195-198

Anspruchsvolle Modelle

In den Wissenschaftlichen Sammlungen des IRS befinden sich mehr als 80 Architekturmodelle in verschiedenen Größen und aus unterschiedlichen Materialien (Holz, Pappe, Styropor). Dazu gehören städtebauliche Modelle ebenso wie Wandabwicklungen (Fassadenmodelle), Schnittmodelle und Baumodelle von Fachwerkhäusern aus dörflichen Gebieten. Die Modelle in unterschiedlichen Erhaltungszuständen stammen aus den Nachlässen verschiedener Architekt*innen und des Instituts für Städtebau und Architektur (ISA) der Deutschen Bauakademie. Sie gehören zu den unentdeckten Schätzen des Archivs, da sie aus Platz- und Konservierungsgründen nur selten ausgestellt werden können und daher der Öffentlichkeit weitgehend unbekannt sind. Für die architekturgeschichtliche Forschung haben sie jedoch ein großes Poten-

zial: Sie bieten einen einzigartigen Blick auf eine Welt, wie sie hätte sein können. Im November 2022 haben Kai Drewes und Stefanie Brünenberg auf der internationalen Tagung „Are You a Model?“, veranstaltet von der Technischen Universität Darmstadt und dem Deutschen Architekturmuseum (DAM) in Frankfurt am Main, über die Modelle in den Wissenschaftlichen Sammlungen referiert. Darin haben sie beleuchtet, welche Forschungsfragen sich an Architekturmodelle aus der DDR-Zeit stellen und welche Schwierigkeiten die Archivierung der Modelle mit sich bringt. Archivierte Architekturmodelle haben hohe Erhaltungskosten und gleichzeitig extrem hohe Anforderungen an die Lagerung. Eine mögliche Digitalisierung der Modelle könnte sie für die Forschung nutzbar machen, etwa für Simulationen von Gebäuden, die nie

gebaut wurden oder bereits abgerissen sind. Allerdings verlieren sie durch die Digitalisierung auch ihren für die historische Forschung wichtigen Authentizitätswert und bleiben somit trotz der oft schwierigen Konservierungssituation im Original wertvoll. Dieses Spannungsfeld ist geradezu ein klassisches Problem der Digitalisierung von Kulturgütern.

Publikation:

Brünenberg, Stefanie, & Drewes, Kai (2024).

How to Use Architectural Models: Connecting Archive and Research.

in: Meister, A.-M.; Beißwanger, L.; Dähne, C.; Frankhänel, T.; Fülcher, C.; & Schubert, A. L. (Hrsg.). *Are You a Model?: On an Architectural Medium of Spatial Exploration.* Jovis.



Lektionen für gelingende Wissenschaftskommunikation

Unter welchen Bedingungen gelingt Wissenschaftskommunikation? Dieser Frage geht Kerstin Brückweh in ihrem Kapitel „Gute und schlechte Wissenschaftskommunikation“ anhand von zwei Beispielen nach. Der Text ist ein Beitrag zum Band „Past – Present – Progressive“, der erinnerungspolitische Debatten rund um die DDR und die Nachwendezeit für die außerschulische Bildung aufbereitet.

Das erste Beispiel zeigt gelingende Wissenschaftskommunikation: Am Leibniz-Zentrum für Zeithistorische Forschung untersuchte eine Forschungsgruppe die Lebenswelt historischer Akteur*innen vor, während und nach 1989/90. Ihre Forschung traf 2019 mit zwei Ereignissen zusammen: dem Brandenburger Landtagswahlkampf, in dem die AfD zentrale historische Begriffe, die auch im Titel des Forschungsprojektes standen, wie „Wende“, politisch für sich vereinnahmte, und dem 30-jährigen Jubiläum des Mauerfalls. Vor diesem Hintergrund verließen die Forschenden kurzentschlossen den vorgesehenen, geschützten Rahmen einer wissenschaftlichen Abschlusskonferenz. Stattdessen tourten sie mit ihren Forschungsergebnissen durch die untersuchten Orte und diskutierten diese dort – im Sinn von Citizen Science – vor der Öffentlich-

keit mit den Mitlebenden, die an den Abenden weitere Möglichkeiten der Mitwirkung hatten. Der daraus entstandene Abschlussband, in dem auch viele Bürger*innen zu Wort kamen, war nach einem Monat vergriffen. Das Projekt erhielt den Potsdamer Preis für Wissenschaftskommunikation.

Das zweite Beispiel zeichnet einen Misserfolg nach: Wieder geht es um ein wissenschaftliches Projekt zur Transformationsgeschichte. Diesmal sollten die Forschungsergebnisse in einer Ausstellung und einem Begleitband präsentiert werden. Der Anfang war vielversprechend, doch dann wechselte das Projektteam auf Seiten der auftraggebenden Bildungsstätte. Die neuen Verantwortlichen hatten andere Vorstellungen: Die Entwürfe entfernten sich zunehmend von den ursprünglichen Forschungsergebnissen. Wissenschaftliche Beratung fand kaum noch Gehör. Als der wissenschaftliche Text für den Begleitband eingereicht wurde, fiel der Satz: „Sie sind nicht auf unserer Linie.“ Das Ergebnis: Vertragsauflösung und ein Honorar für unveröffentlichte Arbeit. Ein bitteres Ende.

Kerstin Brückweh zieht aus beiden Fällen ihre Schlüsse, unter anderem: Der Erfolg von Wis-

senschaftskommunikation hängt entscheidend von ihren Formaten ab, die passgenau auf das Thema und die Zielgruppe zugeschnitten werden müssen. Weitere entscheidende Parameter sind: klare und vorab formulierte Zielsetzungen, Flexibilität im Umgang mit unvorhergesehenen Umständen, die vertragliche Sicherung der Unabhängigkeit der Beteiligten, demokratische Arbeitsstrukturen und die Bereitschaft der Beteiligten, sich selbst und die eigenen Positionen kritisch zu hinterfragen. Auch Bad-Practice-Beispiele sollten offen diskutiert werden, fordert die Historikerin, damit andere daraus lernen können. Denn gerade in Zeiten populistischer Vereinfachungen braucht es Wissenschaftskommunikation, die beteiligt und Raum für unterschiedliche Stimmen schafft, den leisen neben den lauten.

Publikation:

Brückweh, Kerstin (2024).

Gute und schlechte Wissenschaftskommunikation.

in: Schwarz, C. & Leistner, A. (Hrsg.): *Past – Present – Progressive. Praxisbuch zur DDR und Nachwendezeit in der außerschulischen Bildung.*

Beltz Juventa, Weinheim, Basel



Der Wert sozialer Innovationsprozesse

Special Issue zu Sozialinnovationen in der ländlichen Entwicklung

Schon seit längerem sind soziale Innovationen ein wichtiges Thema in der ländlichen Entwicklung, sowohl in der wissenschaftlichen Debatte als auch in der (förder-)politischen Praxis. Mit ihnen wird die Hoffnung verknüpft, den Strukturproblemen benachteiligter Stadtquartiere und ländlicher Räume (etwa schlechte infrastrukturelle Versorgung) mit kreativen Lösungen zu begegnen, die von Initiativen vor Ort vorangetrieben werden. Soziale Innovationen sind ein Ausdruck lokaler Selbstermächtigung beziehungsweise eines Empowerments von Gruppen und Gemeinschaften, deren Bedürfnisse durch soziale Innovationen adressiert werden. Transformative Prozesse sollen in Gang gesetzt werden und nachhaltige Wirkung erzielen, sprich, einen Impact erzeugen.

Die Begriffe „Empowerment“, „(disruptive) Transformation“ und „Impact“ sind in der sozialen Innovationsforschung omnipräsent, allerdings konzeptionell und methodisch kaum untersetzt. Diese Forschungslücke adressieren die IRS-Forscher*innen Gabriela Christmann und Ralph Richter sowie die ehemalige IRS-Mitarbeiterin Ariane Sept mit einem Sonderheft in der Fachzeitschrift „Societies“. Unter dem Titel „Social Innovation in Urban and Rural Areas: Empowerment, (Disruptive) Transformative Processes and Impact on Community Development“ versammelt das Heft acht Beiträge, die sich sozialen Innovationen in Hinblick auf diese Begriffe und anhand empirischer Beispiele in verschiedenen Regionen der Welt widmen.

Einen Beitrag zur Bewertungspraxis in ländlichen sozialen Innovationsprozessen steuert ein Team von Autor*innen im Forschungsschwerpunkt „Ökonomie und Zivilgesellschaft“ bei. Aus Sicht von Jonathan Hussels, Ralph Richter und Suntje Schmidt haben sich in der Debatte um den Impact sozialer Innovationen einige Denkmuster eingeschlichen, die es zu hinterfragen lohnt. Ein wichtiger Kritikpunkt ist die verbreitete Praxis, den Impact von sozialen Innovationen als objektiven Fakt zu begreifen, der gemessen und quantifiziert werden kann.

Die Autor*innen entwickeln eine Perspektive, in der zum einen der Wert eines sich noch entfaltenden, un abgeschlossenen Innovationsprozesses und zum anderen die Bedeutung sozialer Konstruktionen berücksichtigt wird. Es geht also darum, wie Personen „im“ und „um“ den Innovationsprozess Wert erleben, aushandeln und zuschreiben. Unter dem Titel „The Impact of Dissonance? A Valuation Perspective on Rural Social Innovation Processes“ führen die Autor*innen den Begriff der „Dissonanz“ ein, um subjektiver Bewertungspraktiken im Innovationsprozess habhaft werden zu können.

In einem weiteren Beitrag mit IRS-Beteiligung erklären Gabriela Christmann, Ariane Sept und Ralph Richter unter dem Titel „Socially Innovative Initiatives in Deprived Rural Areas of Germany, Ireland and Portugal: Exploring Empowerment and Impact on Community Development“, welche Erfahrungen von Empowerment die Beteiligten an sozialen Innovationsprozessen machen. In ihrem Artikel „Valuation in

Rural Social Innovation Processes—Analysing Micro-Impact of a Collaborative Community in Southern Italy“ gehen Federica Ammaturo und Suntje Schmidt auf eine Fallstudie zu kollaborativer Nahrungsproduktion in Süditalien ein, um zu zeigen, wie Bewertungsprozesse in das Innovationshandeln integriert sind.

Der IRS-Forscher Chen Gao beleuchtet zusammen mit Eleonora Psenner (Karlsruhe Institute of Technology) in ihrem Artikel „Transforming the Creative and Social Entrepreneurial Ecosystem: The Broker Roles of Rural Collaborative Workspaces“, wie kollaborative Arbeitsorte in den letzten Jahren verstärkt in ländlichen Räumen präsent sind. Sie zeigen, dass solche Orte dabei helfen, Netzwerkbeziehungen aufzubauen und deshalb bedeutend für die Entstehung von *Entrepreneurial Ecosystems* in ländlichen Räumen sind.

Publikation:

Christmann, Gabriela; Sept, Ariane & Richter, Ralph (eds.) (2024).

Social Innovation in Urban and Rural Areas: Empowerment, (Disruptive) Transformative Processes and Impact on Community Development.

Special Issue. Societies 14



Stellt die Zivilgesellschaft soziale Infrastrukturen bereit?

Soziale Infrastrukturen wie Kultureinrichtungen, Jugendclubs, Parks, Bibliotheken und Volkshochschulen schaffen gesellschaftliche Teilhabemöglichkeiten für Menschen in ihrem Einzugsbereich. Typischerweise ist aber die Bereitstellung solcher Einrichtungen – im Vergleich zu klassischen Infrastrukturen wie Straßen – keine kommunale Pflichtaufgabe. Besonders problematisch ist das in Gebieten, in denen starke soziale Problemlagen auf finanzschwache kommunale Akteure und ausgedünnte Infrastrukturen treffen. Das ist beispielsweise in ostdeutschen Großwohnsiedlungen der Fall. Diese waren über viele Jahre hinweg von Bevölkerungsverlusten und in der Folge Infrastrukturrückbau betroffen. Dann wandelten sie sich ab 2015 sehr schnell zu sogenannten Ankunftsquartieren internationaler Migration, insbesondere der Fluchtmigration. Damit kamen Herausforderungen bezüglich des Zusammenlebens der Bewohnerschaft und ein stark gewachsener Bedarf nach sozialen Infrastrukturen auf die Quartiere zu. Ein Beispiel für eine solche Dynamik ist die Großwohnsiedlung Mueßer Holz in Schwerin. Mueßer Holz verfügt über keine städtische Parkanlage abgesehen von begrünten Brachflächen, kein Kino, keine regulären Tanz-, Theater- oder Konzertmöglichkeiten

und kein Café außerhalb des Einkaufszentrums Kaufland. Wie können in solch einer Umgebung die benötigten sozialen Infrastrukturen bereitgestellt werden?

In einem Artikel in der Fachzeitschrift „sub\urban“ beschreiben Madlen Pilz (IRS), Katja Friedrich und Stefanie Rößler (beide Leibniz-Institut für ökologische Raumentwicklung), wie soziale Infrastrukturen dennoch bereitgestellt werden können. In vergleichender Perspektive betrachten sie eine Grünanlage, den „Plattenpark“, und einen Arabischsprachkurs, die „Sonntags:Schule!“. Die Autorinnen arbeiten heraus, dass beide Infrastrukturen Ergebnisse eines Koproduktionsprozesses zwischen zivilgesellschaftlichen und städtischen Akteur*innen sind. In beiden Fällen ging die Idee und Planung der Infrastrukturen von zivilgesellschaftlichen Initiativen aus: vom Verein die Platte lebt e.V. und vom Verein Miteinander- Ma’an e.V. Beide Angebote haben im Stadtteil ihren festen Kreis von Nutzenden. Es zeigt sich also, dass zivilgesellschaftliche Initiativen einen Beitrag zur Bereitstellung dringend benötigter sozialer Infrastrukturen leisten können. Allerdings gehen die Autorinnen auch auf die Grenzen dieses Ansatzes ein: Auch mit sehr großem persönlichem Engagement können

die Beteiligten nicht die fehlende Dauerfinanzierung sowie die institutionellen Ressourcen und Kompetenzen wettmachen, über die kommunale Angebote – wenn sie vorhanden sind – verfügen. Mittlerweile versucht die Stadt, beide Angebote nach Möglichkeit auch mit finanziellen Ressourcen zu unterstützen, stößt jedoch regelmäßig an Grenzen: Als Kommune in der Haushaltsnotlage kann Schwerin auch keine kleineren Summen für nicht-pflichtige Aufgaben einplanen und vorhandene Projektförderungen passen nicht in jedem Fall.

Der Beitrag basiert auf Forschungen im BMBF-finanzierten Verbundprojekt „Stadtumig“.

Publikation:



Pilz, Madlen; Friedrich, Katja & Rößler, Stefanie (2024).

Die Koproduktion sozialer Infrastrukturen in Ankunftsquartieren. Borderscapes in ostdeutschen Großwohnsiedlungen.

Sub\urban, 12 (1), 65-96

Was die Wirtschaftsgeographie von der Genetik lernen kann

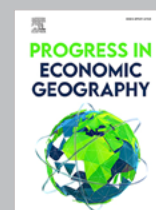
In der Wirtschaftsgeographie ist es schon lange Konsens, dass es wichtig ist, historische Entwicklungen zu betrachten, um wirtschaftsräumliche Strukturen zu verstehen. Unter der Überschrift der „evolutionären Wirtschaftsgeographie“ ist eine große Bandbreite von Konzepten und Forschungsansätzen versammelt, die beispielsweise die Pfadabhängigkeit von Entwicklungen oder Wege der Spezialisierung von Regionen untersuchen. In ihrem Artikel „Introducing Sequence Analysis to Economic Geography“ in der Fachzeitschrift „Progress in Economic Geography“ stellen Sebastian Losacker (Universität Gießen) und Andreas Kuebart (IRS) eine neue Methode vor, um raum-zeitliche Entwicklungspfade direkt zu analysieren. Sie schlagen vor, ein Set an Methoden zum Einsatz zu bringen, das

zusammenfassend als Geographische Sequenzanalyse bezeichnet wird. Der Ansatz stammt aus der Genetik und wird dazu eingesetzt, Sequenzen von Basenpaaren in einem DNA-Strang vergleichend zu analysieren. Heute wird Sequenzanalyse auch in den Sozialwissenschaften und der Bildungsforschung eingesetzt, beispielsweise dazu, biographische Sequenzen (Schule, Schulabschluss, Ausbildung, Berufseintritt etc.) zu erfassen, zu vergleichen und die Häufigkeiten und räumlichen Verteilungen unterschiedlicher Sequenzen zu ermitteln.

Losacker und Kuebart schlagen vor, sowohl die Entwicklungsschritte von Wirtschaftsräumen (etwa spezialisierten Clustern) mit Sequenzanalysen zu erfassen und zu vergleichen, als auch

die Bewegungen von Entitäten wie Unternehmen im Raum als Sequenzen zu verstehen. So könnten beispielsweise erfolgreiche und weniger erfolgreiche Entwicklungspfade anhand jeweils typischer Sequenzmuster identifiziert werden – und nicht erst im Nachhinein.

Publikation:



Losacker, Sebastian & Kuebart, Andreas (2024).

Introducing Sequence Analysis to Economic Geography.

Progress in Economic Geography 2 (4)

Spring Academy 2024 zu Transdisziplinarität



Research-Workshops ein. Die Multiperspektivität transdisziplinärer Forschung, die in einem Seminar von Wolfgang Haupt, Madlen Pilz und Suntje Schmidt theoretisch gerahmt wurde, schien auch in den Keynote Lectures auf. Lars Coenen, Western Norway University of Applied Sciences, Bergen, betonte die Wichtigkeit raumwissenschaftlicher Beiträge zum Übergang in eine nachhaltige Gesellschaft in einer zunehmend pluralistischen, handlungsorientierten und engagierten Forschung. Isabelle Doucet, Chalmers University of Technology, Göteborg, erörterte transdisziplinäre architektonische Praktiken und deren Auswirkungen auf soziale Räume. Die Teilnehmer*innen nahmen verschiedene Gesprächsfäden im „One on one“-Austausch mit eine/r Referent*in individualisiert auf und erhielten so weitere wertvolle Anregungen für ihre Projekte. Gelegenheiten zum Austausch bot auch das Begleitprogramm, das unter anderem aus einer Führung durch die alte Chirurgie und einem Besuch des Baumkronenpfades in Beelitz-Heilstätten bestand.

 **KONTAKT**
Stefan Lindemann

Mitte Mai 2024 veranstaltete das IRS zusammen mit dem Think & Do Tank neuland21 die IRS Spring Academy zum Thema „Transdisciplinarity and Social Scientific Research“. Neunzehn Promovierende und Postdocs aus zehn Ländern erörterten mit erfahreneren Wissenschaftler*innen das ebenso aktuelle wie komplexe Thema Transdisziplinarität – ein Ansatz, mit dem Forschende disziplinäre Grenzen hinter sich lassen und weitere gesellschaftliche Akteure in die Forschung einbinden. Wegen der Bauarbeiten im IRS-Gebäude (siehe Seite 54) fand die Spring Academy in diesem Jahr gänzlich außerhalb Erkners statt. Zum Auftakt trafen sich die Teilnehmer*innen im Haus der Leibniz-Gemeinschaft in Berlin. Die drei weiteren Veranstaltungstage führten die Gruppe zum Social Impact Hub Beelitz-Heilstätten und Gewerbehof Luckenwalde – zwei Räume, die sich einem Coworking im Sinne der Transdisziplinarität verschrieben haben und dem IRS daher bestens bekannt sind.

In Paper Pitches präsentierten die Nachwuchswissenschaftler*innen aktuelle Projekte etwa zur Einbindung der Stadtgesellschaft beim Erarbeiten lokaler Klima-Aktionspläne oder zur Frage, wie sich unterschiedliche Vorstellungen von

der Zukunft urbaner Mobilität miteinander ins Gespräch bringen lassen. Auf dezidiert methodische Fragen gingen Markus Egermann, Leibniz-Institut für ökologische Raumentwicklung, Dresden, Anna Momburg von neuland21 sowie der IRS-Forscher Ralph Richter in ihren Doing



Lange Nacht der Wissenschaften 2024:

Karten und Kartierungen

Das IRS ist traditionell auf der Berliner Langen Nacht der Wissenschaften vertreten. Es präsentiert sich dabei gemeinsam mit anderen Leibniz-Einrichtungen im Atrium des Hauses der Leibniz-Gemeinschaft in Berlin-Mitte. So auch am Samstag, dem 22. Juni 2024. Zwei Forschungsgruppen präsentierten der interessierten Öffentlichkeit ihre Arbeit.

Die neue Forschungsgruppe „Grenzen und Gedächtnis“ unter Leitung der Soziologin Vivien Sommer untersucht, wie die Erinnerung an Grenzen in innereuropäischen Grenzregionen im Alltag der Menschen präsent sind und wie sie sich verändern. Doktorandin Veronika Warzycha nimmt besonders die deutsch-polnische Grenze in den Blick. Die Forschungsgruppe bot

bei der Langen Nacht ein interaktives Mapping an, bei dem Interessierte ihre Vorstellung von der deutsch-polnischen Grenze auf einer Karte mit Hilfe von Symbolen visualisieren konnten. Auch Bildmaterial wurde genutzt, um zu Gesprächen anzuregen. Die Ergebnisse fließen zwar noch nicht als Datenmaterial in die empirische Forschung ein, aber sie gaben den Forscherinnen wichtige Impulse.

Für die Wissenschaftlichen Sammlungen des IRS präsentierten Kai Drewes und Paul Perschke einen wenig bekannten Teil ihres Archivbestands: ein Konvolut historischer Ansichtskarten aus der DDR. Wie auch bei den umfangreichen Fotobeständen ist die Erschließung der Ansichtskarten eine Herausforderung. Zwar kommen Ansichtskarten typischerweise mit Angaben wie beispielsweise zum Motiv oder zum Jahr. Doch diese Angaben erklären nicht den gesamten historischen Kontext. Welche Bedeutung hatte das Motiv zur Zeit des Drucks? Was verraten verschiedene Gestaltungsmerkmale? Die Sammlungen nutzen regelmäßig die Lange Nacht, um mit Zeitzeug*innen ins Gespräch zu kommen und, im Sinn von Citizen Science, ihr Erfahrungswissen zu nutzen. Dieser Wissensschatz hat sich auch dieses Mal wieder als ergiebig erwiesen.



KONTAKT
Veronika Warzycha
Paul Perschke



Digitale Technik für sozialhistorische Forschung



Am 17. Juli 2024 versammelten sich Master-Studierende der Geschichtswissenschaft der Europa-Universität Viadrina am IRS in Erkner. Die Studierenden waren Teilnehmer*innen des Seminars „Drohnen, 3D, Deep Mapping und mehr: Zur Verbindung von Raumanalyse, Alltagsgeschichte und Digital History“, das von Forschungsschwerpunktleiterin und Viadrina-Professorin Kerstin Brückweh angeboten wurde. Das Seminar war direkt an das Forschungsprojekt „Geodaten als Sozialdaten für die historische

Längsschnittanalyse?“ angebunden (siehe IRS aktuell No 101) und ging denselben Fragestellungen nach: Wie lassen sich soziale und kulturelle Schichten, die einen Raum prägen, auf einer Karte abbilden, und wie lassen sich soziale und kulturelle Prozesse in ihrem zeitlichen Verlauf auf Karten darstellen? Welche Karten eignen sich als Grundlage? Welche Quellen benötigt man für die Darstellung selbst? Wie könnte digitale Technik, beispielsweise Drohnen und die Geoinformationssoftware QGIS, in der Quellen-



erhebung, -auswertung und -präsentation zum Einsatz kommen? Gerade diese technischen Möglichkeiten waren ein Fokuspunkt des Termins in Erkner: IRS-Forscherin Liselore Durousset führte die Studierenden in die Nutzung der Software QGIS ein. Michael Sonntag, IT-Administrator am IRS, präsentierte der Gruppe die IRS-eigene Drohne vom Typ DJI Mavic 3 Cine, die für Forschungen zum Denkmalschutz angeschafft worden war.

 **KONTAKT**
Maren Francke

56. Regionalgespräch: Tesla-Verfahren kein Vorbild

Sollte Öffentlichkeitsbeteiligung zurückgefahren werden, um Planungsverfahren zu beschleunigen, etwa für große Infrastrukturprojekte? Oder gibt es dazu Alternativen? Wie kann Bürgerbeteiligung organisiert und wie können Konflikte produktiv ausgetragen werden? Diese Fragen diskutierten etwa 40 Vertreter*innen von Wis-

senschaft, Politik, Zivilgesellschaft und Verwaltung am Mittwoch, dem 24. April 2024, beim 56. Brandenburger Regionalgespräch des IRS. Das Gespräch nahm konkret Bezug auf die Genehmigungsverfahren rund um die Ansiedlung der Tesla-Gigafactory in Grünheide (siehe Seite 12). Aus der IRS-Forschung berichtete Planungsforscher Manfred Kühn. Ebenfalls aus der wissenschaftlichen Perspektive sprach Eva Eichenauer vom Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung, die als Doktorandin am IRS über Windkraftkonflikte geforscht hatte. Die politische und planerische Praxis wurde auf dem Podium von Timo Fichtner (Gemeinsame Landesplanung Berlin-Brandenburg), Wolfgang Rump (Regionale Planungsgemeinschaft Oderland-Spree) und

Sascha Gehm (Dezernent für Bauen, Ordnung und Umwelt, Landkreis Oder-Spree) vertreten.

In der mehrstündigen, sehr lebendigen Diskussion kamen die Teilnehmenden überein, dass es im Fall Tesla an Arenen für offenen Austausch und demokratische Konfliktaustragung gefehlt hatte, und dass falsche Erwartungen die formalen Beteiligungsverfahren belastet hatten. Die Anwesenden sprachen sich mit Blick auf künftige Großprojekte für eine frühzeitige und realistisch abgegrenzte Bürgerbeteiligung sowie eine ehrliche, proaktive und professionelle Kommunikation sowohl der Vorhabenträger als auch der Planungsbehörden aus.



 **KONTAKT**
Dr. Manfred Kühn
Gerhard Mahnken

mit Ariane Sept



Dr. Ariane Sept ist seit Oktober 2022 Professorin für Partizipative Kommunalentwicklung und Gemeinwesenarbeit an der Fakultät für angewandte Sozialwissenschaften der Hochschule München. Am IRS war sie von 2018 bis 2022 wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Forschungsgruppe „Soziale Innovationen in ländlichen Räumen“. Dort forschte sie unter anderem über die Bedeutung der Digitalisierung für die ländliche Zivilgesellschaft.

Guten Tag Frau Sept. Sie sind inzwischen Professorin an der Hochschule für angewandte Wissenschaften in München. Was sind dort Ihre Aufgaben?

Ja. Seit Oktober 2022 bin ich Professorin für Partizipative Kommunalentwicklung und Gemeinwesenarbeit an der Fakultät für angewandte Sozialwissenschaften der HM. Mit einem Deputat von 18 Semesterwochenstunden ist meine Hauptaufgabe die Lehre in unterschiedlichen Studiengängen. Überwiegend zu raumbezogenen Themen und oft in Kooperation mit lokalen Akteuren. Das mag nach viel Lehre klingen, ist aber eine ganz wunderbare Aufgabe. Auch die Betreuung von Abschlussarbeiten ist spannend und lässt mich viele Themen kennenlernen. Zudem bin ich Co-Leitung des Masterstudiengangs „Gesellschaftlicher Wandel als Gestaltungsaufgabe“. Ich versuche auch weiterhin zu forschen und zu publizieren, wofür aber in meinen ersten Semestern wenig Zeit blieb. Dazu kommen wie immer und überall unregelmäßige Aufgaben.

Welche Erfahrungen aus Ihrer IRS-Zeit spielen für Sie heute noch eine Rolle?

Hochschulen für angewandte Wissenschaften werden zunehmend forschungsorientierter, so gibt es in Bayern seit kurzem

ein Promotionsrecht für HAWs. Damit wird auch die Beantragung von Drittmitteln relevanter, worin ich am IRS viel Erfahrung sammeln und Unterstützung erfahren durfte, wovon ich heute stark profitiere.

Was gibt es nur am IRS? Könnten Sie im Nachhinein Ideen und Themen beschreiben, die aus Ihrer Sicht für das IRS ganz typisch sind?

Im Nachhinein stelle ich fest, dass die Themen soziale Innovationen, ländliche Räume und Digitalisierung in ihrer Kombination zumindest im deutschsprachigen Raum ziemlich einmalig sind und als solches mit dem IRS verknüpft werden. Ich persönlich hege auch eine große Bewunderung für das Archiv und die zeit-historischen Arbeiten, die das IRS für mich besonders machen.

Gibt es aus Ihrer Sicht bestimmte Ideenpfade im IRS, die Sie für Ihre eigene Entwicklung erkennen können und die Sie genutzt haben oder nutzen?

Das sind insbesondere Konzepte sozialer Innovationen. Ich lehre hier zum Beispiel im Studiengang „Management Sozialer Innovationen“, wo vor allem ein normatives Verständnis sozialer Innovationen verfolgt wird. Mir ist es wichtig, soziale Innovationen

„Die Karriereoptionen waren vielleicht nie so vielfältig wie heute.“

ebenfalls als konzeptuellen und räumlichen Ansatz zu verstehen. Dieses breite analytische Verständnis verdanke ich auch vielen Diskussionen am IRS und versuche, dies in meiner Lehre einzubringen. Neben den schon erwähnten sozialen Innovationen war vor allem die Auseinandersetzung mit ländlicher Entwicklung wichtig. Trotz einer insgesamt größeren Aufmerksamkeit für ländliche Räume merke ich doch immer wieder, dass viele Debatten überwiegend städtisch geprägt sind. Ab diesem Sommer unterstütze ich im Übrigen einen Brandenburger Kollegen als Sprecherin des Arbeitskreises „Ländliche Räume im Wandel“ in der SRL, der Vereinigung für Stadt-, Regional- und Landesplanung. Ich werde auch immer wieder für Vorträge oder Gutachten im Themenfeld angefragt.

Welche akademischen Fachgebiete haben aus Ihrer Sicht in letzter Zeit vom IRS-Ansatz der raumbezogenen Sozialforschung profitieren können? Und wo sehen Sie Ausbaupotenziale?

Mein Eindruck ist, dass die Stadt- und Raumsoziologie innerhalb der Soziologie in den letzten Jahren wieder an Bedeutung gewinnt. Auch das Feld der ländlichen Soziologie erfährt zunehmende Aufmerksamkeit. In der Stadt- und Regionalplanung sehe ich ebenfalls eine größere Bedeutung der raumbezogenen Sozialforschung. Hier ist meiner Meinung aber Vorsicht angebracht, damit die Wissenschaft sich nicht zu sehr von der praktischen Raumentwicklung entkoppelt. Deutschsprachige Publikationen, die sich an ein Fachpublikum außerhalb des akademischen Feldes richten, halte ich für besonders wichtig.

Stichwort Politik- und Gesellschaftsberatung. Wie hat Sie Ihre Zeit am IRS in Bezug auf Ihr Transferverständnis geprägt?

Die stärksten Erfahrungen waren das Format Leibniz im Bundestag, wo ich mehrere Bundestagsabgeordnete treffen durfte, und

zwei Live-Interviews im rbb-Fernsehen. Wirklich geprägt haben mich aber vor allem kleinere Formate im Land Brandenburg, bei denen man gemerkt hat, dass Wissenschaft Regionalentwicklung mitbeeinflussen kann. Dieses Verständnis versuche ich z.B. in Lehrforschungsprojekten umzusetzen, um in die räumliche Entwicklung hineinzuwirken und Studierenden zu zeigen, dass es sich lohnt, mit Akteuren an einem Tisch zu sitzen.

Welche Karriereoptionen sehen Sie für den heutigen IRS-Nachwuchs?

Die Karriereoptionen waren vielleicht nie so vielfältig wie heute. Wer perspektivisch an einer HAW-Professur interessiert ist, sollte neben Erfahrungen in der Praxis auch Lehrerfahrungen sammeln und ernsthaft prüfen, ob man daran Freude hat.

Haben Sie noch Kontakte ins IRS?

Nach meinem Ausscheiden aus dem IRS stehe ich in engem Kontakt mit einigen Kolleg*innen. Mit Ralph Richter und Gabriela Christmann gebe ich gerade ein Special Issue heraus. Auch konnte ich mir ein größeres Netzwerk in Forschung und Praxis aufbauen. Dieses In-Kontakt-Bleiben finde ich großartig und möchte die Gelegenheit nutzen, mich zu bedanken!

Wir haben zu danken, liebe Frau Sept!

Das Interview führte Gerhard Mahnken.

Neu am IRS



Paul Treffenfeldt ist seit März 2024 wissenschaftlicher Mitarbeiter im Forschungsschwerpunkt „Zeitgeschichte und Archiv“. Zuvor studierte er Geschichtswissenschaften an der Johannes Gutenberg-Universität Mainz sowie an der Humboldt-Universität zu Berlin, dort mit dem Schwerpunkt Zeitgeschichte. Am IRS promoviert er bei Kerstin Brückweh. Seine Dissertation zur Geschichte der Statistik in der Transformationszeit seit den 1990er-Jahren ist ein wichtiger Bestandteil des Forschungsprojekts „Wie die Vergangenheit zählt: Zur Geschichte des Statistischen Bundesamtes“.



Seit April 2024 ist **Veronika Warzycha** wissenschaftliche Mitarbeiterin im Forschungsschwerpunkt „Ökonomie und Zivilgesellschaft“. Als Doktorandin in der DFG-geförderten Emmy-Noether-Nachwuchsforschungsgruppe „Grenzen und Gedächtnis“ forscht sie zum Grenzgedächtnis an der polnisch-deutschen Grenze. Zuvor hat Veronika Warzycha an der Universität Leipzig im Master „European Studies – Osteuropa Global“ und an der Julius-Maximilians-Universität Würzburg im Bachelorstudiengang „Political and Social Studies“ studiert. Auslandserfahrungen sammelte sie während ihrer Semester an der Staatlichen Universität St. Petersburg und der Universität Bologna.



In der Forschungsgruppe „Grenzen und Gedächtnis“ ist seit April 2024 auch **Julia Heinle** als Doktorandin beschäftigt. Sie untersucht die Erinnerungs- und Vergessensprozesse an der deutsch-dänischen Grenze. Dabei liegt ihr Forschungsinteresse auf der sozialräumlichen Materialität von Grenzgedächtnissen. Julia Heinle absolvierte einen Master in Politikwissenschaft an der Universität Kopenhagen und studierte zuvor Staatswissenschaften an der Universität Passau. Ein Auslandssemester führte sie an die University of Malaya in Kuala Lumpur.



Die dritte Doktorandin in der Emmy Noether-Nachwuchsgruppe „Grenzen und Gedächtnis“ ist **Tabea Chaudhri**. Sie untersucht die Bedeutung des sozialen Gedächtnisses von Grenzen für Bewohner*innen der Irisch-Nordirischen Grenzregion. Konkret geht es in ihrer Arbeit darum, wie Erinnerungen zum Abbau von Grenzkonstruktionen beitragen. Tabea Chaudhri schloss 2020 ihren Master in Soziologie (Ethnic and Migration Studies) an der University of Amsterdam ab. Ihren Bachelor in Ethnologie absolvierte sie 2018 an der Universität Bayreuth.



Neu im Team der Verwaltung ist **Sandra Günther**. Dort ist sie für die Finanzbuchhaltung und Aufgaben im Haushalt zuständig. Sandra Günther bringt umfangreiche Berufserfahrung im Bereich der Finanzbuchhaltung mit. Sie kam mit ihrer Expertise direkt aus der „Leibniz-Welt“ ans IRS.



Maren Francke ist seit April 2024 wissenschaftliche Mitarbeiterin im NFDI4Memory-Projekt „Geodaten als Sozialdaten? Ein experimentelles Projekt zum Einsatz von Drohnen und Deep Mapping in der Zeitgeschichte“. Sie studierte Geschichte und Germanistik an der Humboldt-Universität zu Berlin und der Károli-Gáspár-Universität Budapest.



Seit Juli 2024 ist **Marie-Madeleine Ozdoba** als Postdoc am IRS tätig, finanziert über eine Kooperationsstelle der Max Weber Stiftung. Sie wechselte vom Deutschen Forum für Kunstgeschichte aus Paris nach Erkner. Marie-Madeleine Ozdoba studierte Architektur an der Technischen Universität Wien und Visuelle Kultur am Goldsmiths College in London. Nach mehreren Jahren als Architektin und Stadtplanerin promovierte sie an der École des Hautes Études en Sciences Sociales (EHESS) in Paris. Betreut wurde ihre Dissertation von André Gunthert und Giovanni Careri. Am IRS forscht die Spezialistin für Kunstgeschichte und -theorie zur Erfindung der sozialistischen Umwelt. Im Blick hat sie dabei insbesondere mediale Vermittlungen der modernen Stadt in der DDR.

Abschied vom IRS



Ende Februar 2024 verließ **Peter Eckersley** das IRS nach fast fünf Jahren. Er war zunächst im Projekt ExTrass-FundE und ab 2022 in ExTrass-V in der Forschungs- und ab 2022 in der Transferphase des Projekts ExTrass beschäftigt. Bei ExTrass handelt es sich um ein vom BMBF gefördertes Projekt, das seit 2017 in drei Phasen lief. Ziel des Projektes war es, Städte besser gegen extreme Wetterereignisse zu wappnen. Unter Peter Eckersleys Erst- und Ko-Autorenschaft entstanden in dieser Zeit zahlreiche referierte Zeitschriftenaufsätze, Buchbeiträge und Handlungsempfehlungen. Parallel zu seiner Tätigkeit am IRS war Peter Eckersley als Senior Researcher an der Nottingham Trent University tätig. Dort wurde er zum Associate Professor ernannt.



Im Frühsommer 2024 wurde auch **Alexander Obeth** verabschiedet. Er begann seine Karriere am Institut für Städtebau und Architektur (ISA) der Bauakademie der DDR, aus dem 1992 das IRS mit neuem Profil hervorging. Weitere seiner 42 Arbeitsjahre verbrachte er am IRS. Nun trat er in seinen wohlverdienten Ruhestand ein. Ganz verlässt er das IRS jedoch nicht: Mit wenigen Wochenstunden wird er sich weiterhin als begnadeter Vermittler in der Akquise, Vernetzung und Wissenssicherung für die Wissenschaftlichen Sammlungen engagieren.



Kathrin Westphal war über 18 Jahre lang am IRS tätig. Im Sommer 2024 verließ sie das Institut, um sich neuen beruflichen Herausforderungen zu stellen. Ihre Karriere am IRS begann sie als Bilanzbuchhalterin, bevor sie zur Leiterin des Bereichs Finanz- und Leistungsmanagement aufstieg. Später übernahm sie die Leitung der Bereiche Finanzen und Personal und schließlich die Gruppenleitung Personal. Besonders im Bereich Personal setzte Kathrin Westphal wertvolle Impulse: Dank ihres Engagements kann das IRS mit der Zertifizierung „berufundfamilie“ um exzellente Mitarbeitende werben.

Leitungspositionen



Mitte Juli 2024 entschied sich eine Auswahlkommission für **Jessica Heckel** als neue Verwaltungsleiterin des IRS. Ihr bisheriger Einsatz für das Institut, ihre weitsichtigen Pläne für die Weiterentwicklung der Verwaltung und ihr Ansatz, pragmatische Lösungen zu finden, überzeugten die Kommission. Besonders beeindruckten ihre ausgeprägte Führungskompetenz und ihre Fähigkeit, einen lebendigen Teamgeist zu befördern. Jessica Heckel hatte die Administration seit November 2023 kommissarisch geleitet. Die studierte Betriebswirtin verfügt über umfangreiche Erfahrung in den Bereichen Finanzen, Controlling und Change-Management.



Seit Juni 2024 ist **Suntje Schmidt** die alleinige Leiterin des Forschungsschwerpunkts „Ökonomie und Zivilgesellschaft“. Zuvor hatte sie diese Rolle gemeinsam mit Institutsdirektor Oliver Ibert ausgeübt, der seine Ko-Leitung nun abgegeben hat. Vor ihrer Position als Forschungsschwerpunktleitung wirkte Suntje Schmidt am IRS bereits als wissenschaftliche Mitarbeiterin, Projektkoordinatorin sowie stellvertretende Abteilungsleiterin.



Seit 2008 war **Gabriela Christmann** in verschiedenen leitenden Funktionen am IRS tätig. Zuletzt leitete sie die Forschungsgruppe „Soziale Innovationen in ländlichen Räumen“ innerhalb des Forschungsschwerpunkts „Ökonomie und Zivilgesellschaft“. Mehrfach fungierte sie auch als stellvertretende Institutsdirektorin. Im September 2024 ist Gabriela Christmann nun in den Ruhestand gegangen. Sie wird dem IRS jedoch weiterhin verbunden bleiben und laufende Projekte abschließen.

Mitgliedschaften



Ralph Richter wurde in den Beirat des vom Land Brandenburg finanzierten Kompetenzzentrums für Soziales Unternehmertum berufen. Das Zentrum geht auf eine Überblicksstudie zur Landschaft marktorientierter Sozialunternehmen in Brandenburg zurück, an deren Erarbeitung das IRS bereits beteiligt war. In seiner neuen Rolle begleitet Ralph Richter die Entwicklung von Unterstützungsstrukturen für soziale Unternehmen nun fachlich weiter. Zur Eröffnung des Kompetenzzentrums im Mai 2024 in Beelitz-Heilstätten nahm er zudem an einer Podiumsdiskussion teil. Dort diskutierte er die Herausforderungen sozialer Innovationen im ländlichen Raum.



Monika Motylińska und **Paul Sprute** sind dem International Network on Transport Research in Africa beigetreten. Dieses Netzwerk wurde 2022 gegründet und vereint Forschende überwiegend aus afrikanischen und europäischen Institutionen. Neben der gemeinsamen Organisation von Konferenzsektionen und Workshops hat es sich das Ziel gesetzt, den interdisziplinären Austausch in der Transport-, Mobilitäts-, und Infrastrukturforschung zu Afrika zu fördern.



Kerstin Brückweh wurde vom Senat der Europa-Universität Viadrina Frankfurt (Oder) als neues Mitglied der Ethikkommission bestellt. Die Ethikkommission wurde im März 2015 eingerichtet. Die Mitglieder der Kommission werden jeweils für einen Zeitraum von drei Jahren berufen.



Paul Sprute verteidigte im Juni 2024 erfolgreich seine Dissertation an der Bauhaus-Universität Weimar. Die Arbeit trägt den Titel „Harbouring Globalizations: Post-Colonial Projects of German Port Constructions and West African Hinterland Connections, 1950s-1970s“. Monika Motylińska betreute und begutachtete die Dissertation am IRS. Weitere Gutachter waren Michael Goebel (FU Berlin) und Jasper Cepl (Bauhaus-Universität Weimar). Als Postdoc im CTRAAF-Projekt in der Nachwuchsforschungsgruppe „Geschichte der gebauten Umwelt“ bleibt Paul Sprute weiter am IRS beschäftigt.



Gremien

Am 16. September 2024 ist **Prof. Dr. Jale Tosun**, Universität Heidelberg, einstimmig zur neuen Vorsitzenden des Wissenschaftlichen Beirats des IRS gewählt worden. Die Politikwissenschaftlerin ist seit November 2023 Mitglied des Gremiums. Ihre Amtszeit als Vorsitzende des Beirats beginnt am 4. November 2024. **Prof. Dr. Karsten Zimmermann**, Fachgebietsleiter „Europäische Planungskulturen“ an der Technischen Universität Dortmund, wird ihr Stellvertreter. Er ist bereits seit Dezember 2019 Beiratsmitglied. **Prof. Dr. Johannes Glückler**, Universität München, wurde als langjähriger Vorsitzender aus dem Beirat verabschiedet. Der Wirtschaftsgeograph war seit November 2016 Mitglied des Beirats und seit März 2021 dessen Vorsitzender.

Neu im Wissenschaftlichen Beirat des IRS ist **Prof. Dr. Astrid M. Eckert**. Sie ist Historikerin und forscht zur deutschen und europäischen Geschichte nach 1945 sowie zur Geschichte der Archive. Derzeit lehrt sie an der Emory University in Atlanta (USA). Mit ihrem Eintritt ist der Wissenschaftliche Beirat nun vollständig besetzt. Er umfasst maximal zehn Mitglieder.

Auf der Sitzung der IRS-Mitgliederversammlung im April verabschiedeten sich **Dr. Inge Schlotzhauer** vom Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur des Landes Brandenburg (MWFK), die bisherige Vorsitzende der Mitgliederversammlung, sowie ihre bisherige Stellvertreterin **Almuth Draeger** vom Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen (BMWSB). Institutsdirektor Oliver Ibert sprach beiden seinen großen Dank für ihr unermüdliches Engagement für das IRS aus. Im Juni besuchte **Anne Keßler** als neue Vertreterin des BMWSB in der Mitgliederversammlung das IRS. Sie zeigte sich begeistert von der Forschungsvielfalt und den wissenschaftlichen Sammlungen, die sie im Rahmen einer kurzen Führung näher kennenlernte.

Titelbeiträge



Prof. Dr. Oliver Ibert ist Direktor des IRS und Professor für Raumbezogene Transformations- und Sozialforschung an der BTU Cottbus-Senftenberg. Zu seinen Forschungsschwerpunkten gehören Innovations- und Kreativprozesse, ökonomische Wertekreation, regionalökonomische Transformation sowie die raumzeitlichen Dynamiken von Krisen und disruptiven Ereignissen.



Dr. Manfred Kühn arbeitet in der Forschungsgruppe „Stadtentwicklungspolitik“. Er leitet das Leitprojekt „Konflikte in der Planung“ sowie das DFG-Projekt „Arenen des Konflikts“. Seine Forschungsschwerpunkte sind Planungstheorie und -praxis.



Dr. Małgorzata Popiołek-Roßkamp ist Kunsthistorikerin und wissenschaftliche Mitarbeiterin der Forschungsgruppe „Historische Stadt- und Raumforschung“. Sie untersucht die Konversion militärischer Flächen in Berlin und Brandenburg als Teil der ostdeutschen Transformationsgeschichte.



Prof. Dr. Gabriela Christmann leitete bis September 2024 am IRS die Forschungsgruppe „Soziale Innovationen in ländlichen Räumen“. Sie ist außerplanmäßige Professorin für Raum-, Wissens- und Kommunikationssoziologie an der Technischen Universität Berlin. Sie forscht unter anderem zu ländlichen Digitalisierungsprozessen und der Rolle von Schlüsselfiguren in der Raumentwicklung.

Nachrichtenbeiträge



Prof. Dr. Kerstin Brückweh
kerstin.brueckweh@leibniz-irs.de

Dr. Stefanie Brünenberg
stefanie.bruenenberg@leibniz-irs.de

Prof. Dr. Gabriela Christmann
gabriela.christmann@leibniz-irs.de

Dr. Kai Drewes
kai.drewes@leibniz-irs.de

Maren Francke
maren.francke@leibniz-irs.de

Dr. Wolfgang Haupt
wolfgang.haupt@leibniz-irs.de

Prof. Dr. Oliver Ibert
oliver.ibert@leibniz-irs.de

Prof. Dr. Kristine Kern
kristine.kern@leibniz-irs.de

Dr. Andreas Kuebart
andreas.kuebart@leibniz-irs.de

Dr. Manfred Kühn
manfred.kuehn@leibniz-irs.de

Stefan Lindemann
stefan.lindemann@leibniz-irs.de

Gerhard Mahnken
gerhard.mahnken@leibniz-irs.de

Paul Perschke
archiv@leibniz-irs.de

Dr. Madlen Pilz
madlen.pilz@leibniz-irs.de

Dr. Ralph Richter
ralph.richter@leibniz-irs.de

Prof. Dr. Suntje Schmidt
suntje.schmidt@leibniz-irs.de

Dr. Christoph Sommer
christoph.sommer@leibniz-irs.de

Veronika Stumpf
veronika.stumpf@leibniz-irs.de

Veronika Warzycha
veronika.warzycha@leibniz-irs.de



Jae-Young Lee ist wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Forschungsgruppe „Soziale Innovation in ländlichen Räumen“. Sie arbeitet zu territorialen Dynamiken angesichts der Verbreitung globaler Plattformökonomien in ländlichen Räumen sowie die Entstehung und Bedeutung von ländlichen Peripherien. Als Architektin arbeitet sie zu dem seit 2016 an kommunaler Architekturpraxis mit der NGO Gyaw Gyaw an der thailändisch-myanmarischen Grenze.



Dr. Elisa Kochskämper ist wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Forschungsgruppe „Urbane Nachhaltigkeitstransformationen“. Sie untersucht Prozesse des politischen Wandels auf kommunaler Ebene, vor allem im Kontext von Resilienz. Weitere Schwerpunkte ihrer Arbeit sind die kommunale Wärmewende und lokale Wasser-Governance.



Dr. Piotr Kisiel ist Historiker und wissenschaftlicher Mitarbeiter der Forschungsgruppe „Historische Stadt- und Raumforschung“. Er forscht zur Geschichte der sozialistischen Stadtplanung sowie zum industriellen Erbe europäischer Länder.

Impressum

IRS AKTUELL No 102
Oktober 2024
ISSN 0944 7377

Bei Abdruck wird ein Belegexemplar erbeten.

Die Beiträge des Titelteils entstanden in Zusammenarbeit der angegebenen Autor*innen mit dem Redaktionsteam.

Herausgeber:

Leibniz-Institut für Raumbezogene Sozialforschung (IRS)

Flakenstraße 29-31
D-15537 Erkner
Tel. 03362 793 0
www.leibniz-irs.de

Druck:

SIGMA DRUCK, Steinfurt

Leitung:

Prof. Dr. Oliver Ibert

Redaktion:

Dr. Felix Müller (v.i.S.d.P.),
Stefan Lindemann,
Gerhard Mahnken,
Veronika Stumpf,
Katrin Vogel

Abonnements:

kontakt@leibniz-irs.de

Layout/Bildredaktion:

Andreas Paßens

Bildnachweise:

Andreas Paßens: Titelcollage, Collagen Seiten 8–12, 31,74, **Steve Jurvetson:** Seite 13, **Manfred Kühn:** Seite 14, **Leonhard Lenz:** Seite 16, **Małgorzata Popiołek-Roßkamp:** Seite 19,21, **Jae Young Lee:** Seite 24, **Andreas Paßens:** Seite 31, **Daniel Case:** Seite 34, **Felix Müller:** Seite 38-39, **Städtische Sammlungen Stadtarchiv Cottbus:** Seite 45, **Archivum Państwowe w Opolu (45/224/0/67/6105, 45/224/0/67/6109):** Seite 46-47, **Wolfgang Thieme:** Seite 49 links, **Poppei(wikimedia.de):** Seite 49 rechts, **Benjamin Pritzkeleit:** Seite 51, **Leibniz-Institut für Raumbezogene Sozialforschung (IRS):** alle anderen Fotos



Das **Leibniz-Institut für Raumbezogene Sozialforschung (IRS)** untersucht die Zusammenhänge zwischen gesellschaftlichen Veränderungen und der Transformation von Räumen.

Im Mittelpunkt stehen dabei Individuen, Gruppen und Institutionen, die Prozesse des Wandels aktiv mitgestalten.

Mit seiner interdisziplinären Forschung trägt das Institut zum Verständnis aktueller Probleme der Raumentwicklung und ihrer historischen Hintergründe bei.

Das IRS arbeitet problem- und lösungsorientiert mit Akteuren aus Politik, Verwaltung, Kultur, Wirtschaft und Zivilgesellschaft zusammen.

Es gibt Impulse für die nachhaltige Entwicklung von Städten, Dörfern und Regionen.

Am IRS arbeiten etwa 50 Forschende der Wirtschafts- und Sozialgeographie, Politikwissenschaft, Soziologie, Planungswissenschaft, Architekturwissenschaft, Geschichtswissenschaft, der Kulturwissenschaft und des Archivwesens als interdisziplinäres Team zusammen.



FOLLOW US @IRSErkner



IRS

Leibniz-Institut für
Raumbezogene Sozialforschung

Wenn Ihnen das Magazin IRS aktuell gefällt und Sie es ab jetzt regelmäßig lesen wollen, können Sie es unter kontakt@leibniz-irs.de als Printausgabe oder Onlineausgabe abonnieren. Sie bekommen IRS aktuell dann zweimal im Jahr kostenfrei zugesandt. Ihr Abonnement können Sie jederzeit kündigen.